



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 64

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 64

---

vom 10.06.2015

---

del 10/06/2015

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 64

vom 10.06.2015

## Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 177/14 vom 7.7.2014, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend: Baden als Bürgerrecht" (Fortsetzung) . . . . . Seite 1

Beschlussantrag Nr. 295/15 vom 21.1.2015, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend: Nein zur Rückführung nach Italien von jenseits des Brenners von der österreichischen Polizei aufgegriffenen Migranten . . . . . Seite 2

Beschlussantrag Nr. 368/15 vom 21.4.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend den Gebrauch der historisch fundierten Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung . . . . . Seite 13

Beschlussantrag Nr. 374/15 vom 12.5.2015, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend den Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken in der Laimburg . . . . . Seite 30

Beschlussantrag Nr. 378/15 vom 15.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend: WLAN, Mobilfunk, Strahlenbelastung: Das Vorsorgeprinzip gelten lassen . . . . . Seite 34

Begehrensantrag Nr. 39/15 vom 15.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker S., Blaas und Oberhofer, betreffend: Flüchtlingsdrama muss an der Wurzel bekämpft werden – Verteilungsplan lenkt von den Ursachen ab und hat bestenfalls Placebo-Effekt . . . . . Seite 47

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 64

del 10/06/2015

## Indice

Mozione n. 177/14 del 7.7.2014, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: La balneazione è un diritto! (continuazione) . . . . . pag. 1

Mozione n. 295/15 del 21.1.2015, presentata dal consigliere Urzi, riguardante: Basta ai respingimenti in Italia dei migranti fermati dalla Polizia austriaca oltre il Brennero . . . . . pag. 2

Mozione n. 368/15 del 21.4.2015, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante l'utilizzo dei toponimi di origine storica nella pubblicità a scopi turistici . . . . . pag. 13

Mozione n. 374/15 del 12.5.2015, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la produzione cannabis medica a Laimburg . . . . . pag. 30

Mozione n. 378/15 del 15.5.2015, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: Per WLAN, telefonia mobile radiazioni valga il principio di cautela . . . . . pag. 35

Voto n. 39/15 del 15.5.2015, presentato dai consiglieri Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker S., Blaas e Oberhofer, riguardante: Il dramma dei profughi va affrontato alla radice – il piano di distribuzione distoglie l'attenzione dalle cause e produce solo un effetto placebo . . . . . pag. 48

Begehrensantrag Nr. 40/15 vom 19.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend die elektronische Stimmabgabe (E-Voting) . . . . .Seite 64

Beschlussantrag Nr. 384/15 vom 26.5.2015, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend eine bessere Vertaktung der Personenzüge am Bahnhof Bozen Kaiserau . . . . . Seite 74

Voto n. 40/15 del 19.5.2015, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante il voto elettronico (e-voting) . . . . .pag. 64

Mozione n. 384/15 del 26.5.2015, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante: Aumentare la frequenza dei treni di passaggio per la stazione Bolzano Casanova . . . . .pag. 74

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.02 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich Landeshauptmann Kompatscher (vorm.) entschuldigt.

Wir haben in der Übersetzerkabine eine neue Mitarbeiterin, und zwar Dr. Verena Rainer. Ich heiße Sie im Namen aller Kolleginnen und Kollegen recht herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine gute Arbeit.

Wir fahren mit der in der vorherigen Sitzung unterbrochenen Behandlung der Tagesordnungspunkte, die in die der Opposition zustehenden Zeit fallen, fort.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 177/14 vom 7.7.2014, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend: Baden als Bürgerrecht"** (Fortsetzung).

Punto 4 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 177/14 del 7.7.2014, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: La balneazione è un diritto!"** (continuazione).

Gestern ist die Debatte unterbrochen worden.

Ich erteile der Abgeordneten Foppa das Wort zur Replik.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen für die ausführliche Debatte, die wir gestern geführt haben. Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Unterlandler Kollegen, Oswald Schiefer, der leider nicht anwesend ist, für die Insider Tipps bedanken, die er uns gestern geliefert hat. Er ist vielleicht schon am Zugang. Ich habe mir gedacht, ob wir uns nach diesen Informationen nicht womöglich alle einmal an jenem Strand treffen könnten, den er uns ganz besonders empfohlen hat.

Allerdings möchte ich einen Vorwurf des Kollegen Schiefer zurückweisen, nämlich den Schlafvorwurf, den er der Dorfliste Kaltern vorgesetzt hat. Er hat gesagt, dass die Dorfliste geschlafen habe, zwar nicht am Strand, aber in Sachen Lido. In Sachen Lido sollten wir schon darauf hinweisen, dass die Dorfliste jahrzehntlang gegen große Strukturen am See gekämpft, sich für den See eingesetzt und eine legendäre Volksabstimmung gegen das Hallenbad gewonnen hat, das damals auch einen kleinen Rüttler in der Südtiroler Demokratie bedeutet hat und dass nicht zuletzt die vielen Nennungen von Irene Hell, der Dorflistenvertreterin, in diversen Ausgaben der Fachschienszeitung belegen, dass sie eine der großen Kämpferinnen, wenn nicht die Kämpferin in Sachen Seeschutz und öffentlicher Zugang zum See ist. Das wird eindeutig auch von uns zurückgewiesen.

Auf einzelne Kommentare möchte ich kurz replizieren, und zwar einmal auf den politisch interessantesten Vorwurf, dass wir nicht in Gemeindebelange einzugreifen haben. Diesen Vorwurf teile ich, denn wir sind immer diejenigen, die gerade auch die Entscheidungsfähigkeiten der Gemeinden immer wieder hervorheben. Allerdings geht es hier beim Kalterer See doch auch um einen übergemeindlichen Aspekt. Der Kalterer See ist nicht nur eine Sache der Kalterer und Kaltererinnen, sondern ein Naturjuwel, weil dessen Bedeutung weit über die einzelne Gemeinde hinausgeht. Schließlich ist, jetzt rein vom Prozeduralen, auch zu sagen, dass, wenn das Land diese Fläche an die Gemeinde übergibt, sie dann sehr wohl auch in die Verhandlung mit einfließen lassen kann, wozu diese Fläche genutzt werden soll. Die naturnahe Nutzung kann nur im Sinne von uns allen sein.

Interessant und aufschlussreich war die gestrige Debatte über die Kommunikation in unserem Land, denn die Fraktion der Südtiroler Volkspartei hat angekündigt, diesen Beschlussantrag abzulehnen, und zwar aus genau jenen Gründen, mit denen die Landesregierung hingegen die Verhandlungen mit dem Heer geführt hat für eine

Nutzung, die dann auch wieder die eigene Fraktion als nicht so sinnvoll oder nicht durchführbar erachten würde. Ich bin als Lernende hier und irgendwann werden auch wir verstehen, in welchem richtigen Konkretisierungsgrad wir einen Beschlussantrag vorlegen müssen. Er ist meistens entweder zu vage oder zu konkret. Wir haben jetzt alle Vorwürfe schon gehört und alle sind gut, um Beschlussanträge mal grundsätzlich abzulehnen. Dasselbe gilt für den richtigen Zeitpunkt, denn es ist einmal zu früh und dann schon wieder zu spät, aber es gibt eine ausgewiesene Literatur, die uns zeigt, wie man zum richtigen Zeitpunkt kommt und werden uns diese zulegen.

Weil ich gerade vom richtigen Zeitpunkt spreche, möchte ich den Herrn Präsidenten fragen, ob ich die Abstimmung über diesen Beschlussantrag aussetzen kann. Dann würde ich an dieser Stelle einen Bruch machen, den Beschlussantrag etwa bis zu Beginn der nächsten Badesession aussetzen, inzwischen monitorieren wie sich die ganze Sache entwickelt und eventuell diesen Antrag nächstes Jahr zur Abstimmung bringen.

**PRÄSIDENT:** Dem Antrag wird stattgegeben.

Ich möchte die Klasse 4A Wirtschaftsfachoberschule Bozen mit Prof. Parth recht herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 295/15 vom 21.1.2015, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend: Nein zur Rückführung nach Italien von jenseits des Brenners von der österreichischen Polizei aufgegriffenen Migranten".**

Punto 5 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 295/15 del 21.1.2015, presentata dal consigliere Urzi, riguardante: Basta ai respingimenti in Italia dei migranti fermati dalla Polizia austriaca oltre il Brennero".**

*Der Flüchtlingsstatus fällt unter den umfassenderen Begriff des internationalen Schutzes nach der Definition der Richtlinie Nr. 2004/83/EG vom 29. April 2004, die in Italien mit dem GvD Nr. 251/07 (dem so genannten Qualifikationsdekret) umgesetzt wurde und die Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, enthält.*

*Nach Artikel 1 Buchstabe a) der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 gilt jede Person als Flüchtling, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will".*

*Die Dublin-II-Verordnung stützt sich auf ein als EURODAC bezeichnetes System zum Vergleich der digitalen Fingerabdrücke der Asylbewerber und einiger Kategorien von illegalen Einwanderern, das mit der Verordnung Nr. 2725/2000/EG eingeführt und mit der Verordnung Nr. 407/2002/EG umgesetzt wurde. Damit soll zügig festgestellt werden, welcher EU-Mitgliedsstaat für die Bearbeitung der Asylanträge oder für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention zuständig ist, damit ein Asylbewerber in diesen Staat zurückgeführt wird. Zusätzlich zu den EU-Mitgliedsstaaten gelten die Dublin-II-Verordnung und die Eurodac-Verordnungen auch für Island, Norwegen und die Schweiz (Beschluss Nr. 2006/188/EG; Beschluss Nr. 2001/258/EG).*

*Der Beschluss schreibt vor, welcher Mitgliedsstaat für die Prüfung des gestellten Asylantrags zuständig ist, und zwar das Land, das der Antragsteller in der Europäischen Union als erstes betreten hat.*

*Eines der Hauptziele der Dublin-Verordnung ist es, zu vermeiden, dass Drittstaatenangehörige Asylanträge in mehreren Mitgliedsstaaten stellen. Da jedoch das Erstaufnahmeland für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, stellt dies die Mitgliedsstaaten mit Außengrenzen stark unter Druck, da sie unter erheblichem Aufwand die Unterstützung und den Schutz der Asylbewerber gewährleisten müssen.*

*Derzeit wird jedoch nicht allen Drittstaatenangehörigen, die nach der Dublin-II-Verordnung in das Erstaufnahmeland zurückgeführt werden, ein Asylverfahren gewährt.*

Daher besteht die Gefahr einer Ungleichbehandlung der Asylbewerber, da nicht alle Anträge angemessen berücksichtigt werden können. Außerdem kommt es so zu einer ungleichen Verteilung der Asylanträge auf die Mitgliedsstaaten.

Jeder Mitgliedsstaat kann jedoch jederzeit von der Anwendung der Verordnungs-kriterien absehen und auf der Grundlage der so genannten Souveränitätsklausel (Artikel 3 Absatz 2 Verordnung (EG) Nr. 343/2003) die Zuständigkeit für die Prüfung des Asylantrags übernehmen. Ebenso kann er dies aufgrund der humanitären Klausel nach Artikel 14 Verordnung (EG) Nr. 343/2003 aus humanitären Gründen, die sich insbesondere aus dem familiären oder kulturellen Kontext ergeben, tun.

Angaben der österreichischen Polizei zufolge wurden im Juli und im August letzten Jahres 1400 Einwanderer am Brenner abgefangen. In den Folgemonaten sollen weitere Tausende hinzugekommen sein.

Diese von der österreichischen Gendarmerie aufgefangenen und der italienischen Polizei übergebene Flüchtlinge, werden, nachdem Fotos gemacht und digitale Fingerabdrücke abgenommen wurden, Aufnahmezentren zugewiesen, obgleich sie weder in Italien noch in Österreich bleiben wollen. Ihr Ziel ist nämlich meistens Deutschland oder Skandinavien, wo sie oft von Verwandten und Freunden erwartet werden und das Sozialsystem vor Ort im wahrsten Sinne des Wortes eine Geschenk des Himmels für sie darstellt.

Nach Angaben der Südtiroler Landesverwaltung ist das Flüchtlingszentrum am Brenner nicht für einen langfristigen Aufenthalt gedacht. Es dient lediglich dazu, den Aufenthalt bedürftiger Menschen am Brenner angenehmer zu gestalten und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Dies ist eine humanitäre Pflicht, die aus Verantwortungsbewusstsein und Solidarität geschuldet ist, als Antwort auf die mangelnde Solidarität seitens der Republik Österreich, die das Problem des humanitären Notfalls der Flüchtlinge einfach auf Italien und Südtirol abwälzt.

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

die österreichischen Behörden, beginnend beim Land Tirol, über die Einrichtung eines runden Tisches für diese Frage zu sensibilisieren, damit eine gemeinsame politische, vor allem aber humanitäre Aktion ins Leben gerufen werden kann, die unter anderem darauf abzielt, die ständigen Rückführungen von Einwanderern von Österreich nach Italien zu verhindern, da diese ausschließlich das Netzwerk der Solidarität und der Hilfe (auch finanzieller Natur) südlich des Brenners belasten.

-----

*Lo status di rifugiato è compreso nel più ampio concetto di protezione internazionale per come delineato dalla Direttiva n. 2004/83/CE del 29 aprile 2004 (c.d. Direttiva qualifiche), attuata nell'ordinamento italiano con il D.Lgs. n. 251/07 (c.d. Decreto qualifiche), che definisce le norme sull'attribuzione ai cittadini di paesi terzi o apolidi, della qualifica di rifugiato o di persona altrimenti bisognosa di protezione sussidiaria.*

*Ai sensi dell'articolo 1, lettera a), della Convenzione di Ginevra del 1951 è rifugiato "chi temendo a ragione di essere perseguitato per motivi di razza, religione, nazionalità, appartenenza ad un determinato gruppo sociale o per le sue opinioni politiche, si trova fuori del Paese di cui è cittadino e non può o non vuole, a causa di questo timore, avvalersi della protezione di questo Paese; oppure che, non avendo una cittadinanza e trovandosi fuori del Paese in cui aveva residenza abituale a seguito di siffatti avvenimenti, non può o non vuole tornarvi per il timore di cui sopra".*

*Il regolamento Dublino II, si fonda su un sistema per il confronto delle impronte digitali dei richiedenti asilo e di alcune categorie di immigranti irregolari chiamato EURODAC e istituito dal Regolamento (CE) n. 2725/2000, attuato con Regolamento (CE) n. 407/2002 ed è un regolamento europeo che mira a determinare con rapidità quale sia lo Stato membro dell'Unione europea competente a valutare le domande di asilo o riconoscimento dello status di rifugiato in base alla Convenzione di Ginevra e prevede il trasferimento di un richiedente asilo in tale Stato. Oltre ai Paesi dell'Unione europea il Regolamento "Dublino II" e i regolamenti EURODAC si applicano anche a Islanda, Norvegia e Svizzera (Decisione n. 2006/188/CE; Decisione n. 2001/258/CE).*

*Il regolamento determina quale sia lo Stato membro competente all'esame della domanda, che è quello in cui il richiedente ha messo piede per la prima volta nell'Unione Europea.*

*Uno degli obiettivi principali del regolamento di Dublino è impedire ai richiedenti asilo di presentare domande in più Stati membri, tuttavia poiché il primo paese di arrivo è incaricato di trattare la domanda, questo mette una pressione eccessiva sui settori di confine, dove gli Stati sono obbligati ad un notevole sforzo per garantire sostegno e protezione ai richiedenti asilo.*

*Attualmente, coloro che vengono trasferiti in virtù di Dublino non sempre sono in grado di accedere a una procedura di asilo.*

*Questo mette a rischio le garanzie dei richiedenti asilo di ricevere un trattamento equo e di vedere le proprie richieste prese in adeguata considerazione; si determina inoltre una distribuzione ineguale delle richieste d'asilo tra gli Stati membri.*

*Va però rilevato che qualsiasi Stato membro, e in qualunque momento, può derogare all'applicazione dei criteri previsti dal Regolamento, decidendo di assumersi la responsabilità per l'esame della domanda di asilo, in applicazione della cosiddetta "clausola di sovranità" (articolo 3, comma 2, Reg. (CE) n. 343/2003) oppure laddove sussistano ragioni umanitarie fondate su motivi familiari o culturali che giustifichino una deroga all'applicazione della normativa comunitaria, come previsto dalla c.d "clausola umanitaria" (articolo 14, Reg. (CE) n. 343/2003).*

*Secondo i dati forniti dalla Polizia Austriaca, negli scorsi mesi di luglio ed agosto sono stati infatti 1400 i migranti respinti al Brennero: Nei mesi successive se ne sono aggiunte altre migliaia.*

*Profughi che vengono riconsegnati dai gendarmi austriaci ai loro colleghi italiani, che devono procedere con la loro fotosegnalazione ed il relativo accertamento delle impronte digitali per poi accompagnarli in un centro di accoglienza mentre loro in realtà non vorrebbero fermarsi né in Italia e neppure in Austria ma raggiungere Germania e Scandinavia, dove spesso hanno parenti ed amici che li attendono e dove il locale welfare costituisce un vero e proprio miraggio.*

*Come puntualizzato dalla Provincia di Bolzano, il punto di assistenza per i profughi allestito al Brennero, non è un centro di accoglienza a lungo termine, ma una struttura atta ad offrire un riparo alle persone in situazione di necessità durante le ore di permanenza in loco, sostenendole nei bisogni primari.*

*Tale tipologia di intervento risponde ad un preciso dovere umanitario, di responsabilità e di solidarietà benché risponda alla mancanza di solidarietà manifestata dalla Repubblica austriaca che scarica sull'Italia e sull'Alto Adige l'emergenza immigrazione ed umanitaria.*

*Tutto questo considerato,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
impegna  
la Giunta provinciale*

*ad intraprendere un'opera di sensibilizzazione presso le amministrazioni austriache, a cominciare dal Tirolo, con l'istituzione di un tavolo di lavoro che possa concertare un'azione politica ma soprattutto umanitaria comune volta anche ad impedire i continui respingimenti di migranti dal territorio austriaco che continuano a gravare sulla rete di solidarietà ma anche di assistenza (infine anche economica) esclusivamente delle autorità a sud del Brennero.*

Der Abgeordnete Urzì hat das Wort, bitte.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Evito di leggere la mozione e cerco di arrivare al sunto. Stiamo vivendo un momento estremamente difficile della storia, non solo nazionale ma anche europea, un momento in cui il continente è oggetto di un flusso straordinario, che non ha conosciuto nel passato momenti simili, di persone che dalle sponde del continente africano e da quello asiatico tentano di raggiungere territori e paesi entro i quali poter ambire ad una vita in una condizione di ordinaria serenità che non è concessa nei territori dai quali queste persone provengono. Qui non è il luogo di fare un'analisi storica, sociologica e forse politica riguardo questo flusso. Di certo c'è che noi ci troviamo nella condizione di far fronte a questa emergenza perché, benché la provincia di Bolzano si trovi all'estremo nord del paese, come le più recenti cronache ci raccontano e le più recenti decisioni della Giunta provinciale nell'allestimento di luoghi di accoglienza ci raccontano, anche la provincia di Bolzano è chiamata a farsi carico di una quota parte del dovere all'accoglienza. Voglio usare questa espressione in maniera molto chiara e al di fuori di ogni ambiguità. Non credo che nessuno possa sottrarsi dalla responsabilità del dover considerarsi parte di un sistema più ampio che è quello nazionale ed europeo. Credo però che, se da una parte va esclusa ogni ten-

tazione facile in questo momento di affrontare il tema sulla base di presupposti legati all'emotività più automatica e spontanea, e questa è un'esigenza su un piano culturale e morale che deve essere posta al centro dell'obiettivo di una seria analisi politica rispetto alla più recente attualità sul tema, dall'altra parte non possiamo nemmeno sottrarci dalla responsabilità di sentirci in qualche modo come ente politico, come istituzione, responsabili di assunzione non solo di provvedimenti atti ad arginare e a far fronte a questa emergenza, ma anche come proponenti interventi attivi, perché subire un contesto senza avere un'idea chiara di come poter definire una prospettiva per liberarsi del peso del dover far fronte in condizioni di difficoltà estrema, come abbiamo visto, alle emergenze più assolute, credo sia una priorità assoluta anche per la Provincia autonoma di Bolzano.

Con questa mozione abbiamo posto il tema dei respingimenti che con sistematica frequenza si sviluppano lungo la frontiera che riguarda, non solo la provincia di Bolzano, ma anche tutte le frontiere esposte verso i territori che si affacciano verso il resto dell'Europa, la Francia, l'Austria e la Svizzera. I respingimenti sono diventati un fatto ordinario che purtroppo ci raccontano anche storie drammatiche. I fatti di cronaca che ci sono stati raccontati negli ultimi giorni, di persone che per sfuggire alle maglie molto strette dei controlli che sono stati definiti su base internazionale coinvolgendo l'Italia, l'Austria, la Germania, la storia personale di chi si stava incatenando sotto i convogli ferroviari per riuscire a superare questi controlli, ma non occorre arrivare a tanto, e forse potrebbe essere l'occasione, assessora Stocker, per una visita di grande valore educativo da parte del Consiglio provinciale oltre che ai centri di accoglienza anche sui treni dove accade normalmente che sia visibile come l'aspirazione e l'ambizione a raggiungere territori del nord Europa, la Germania, i paesi scandinavi, la Danimarca da parte di persone che intravedono in quei territori delle prospettive o hanno in quei territori dei punti di riferimento familiari, si scontra contro un muro di gomma che respinge verso l'Italia e verso l'Alto Adige un flusso di persone disperate che si trovano qui a dover vivere condizioni di un disagio fortissimo che poi hanno ripercussioni gravissime anche sulla percezione popolare rispetto al problema e al fenomeno, perché è evidente che se una persona tenta per tre o quattro volte di passare il valico del Brennero ma viene respinto in territorio italiano, ebbene, questo flusso continuo che viene rigettato verso sud determina nella provincia di Bolzano che è quella più prossima al confine, delle sacche di disagio di persone disperate che stanno riprogrammando il tentativo di superare questa frontiera ma che hanno un fortissimo impatto dal punto di vista sociale e anche di percezione sulle sensibilità delle persone. Poi ci si chiede perché e come nascono sentimenti negativi! Nascono anche da queste situazioni drammatiche che noi viviamo paradossalmente in maniera molto più forte rispetto ad altre regioni italiane, le Marche piuttosto che l'Abruzzo. Queste regioni che ho citato non hanno confini che si affacciano sul nord Europa e quindi non vivono questa particolare condizione, tanto è vero che il caso Alto Adige è diventato un caso nazionale. Nelle cronache delle varie vicende che si accompagnano al problema dell'accoglienza il capitolo "Brennero" è sempre presente.

Io credo che il Consiglio provinciale di Bolzano, al di là di tutte le norme che abbiamo voluto indicare nella mozione, delle disposizioni, degli elementi di carattere giuridico e dei vincoli che sono posti, ha il dovere morale, soprattutto se crede in quella forma di collaborazione transfrontaliera che sempre viene evocata come la panacea di ogni male, di superare ogni prospettiva legata al passato, deve porre il problema dell'accoglienza che va oltre il confine della provincia di Bolzano e che guarda quindi al Tirolo, alla responsabilità austriaca e dei paesi del nord Europa, ebbene, deve porlo come un tema politico. Non possiamo trovarci a fare le sedute del Dreier Landtag a parlare di fiorellini di campo e ignorare che gli stessi interlocutori del Dreier Landtag sono fra coloro che innalzano quelle barriere di cui paga il prezzo più alto proprio la provincia di Bolzano e le persone coinvolte direttamente. Questo è un tema politico da porre come elemento di rivendicazione per un valore, quello della collaborazione, che non può essere tradotto in semplice espressione di forza da parte della pattuglia della Gendarmeria che va avanti e indietro sul treno da Verona alla caccia dell'immigrato non da accogliere o da assistere, ma da ricacciare in Italia e quindi da lasciare in Alto Adige. La responsabilità della Provincia autonoma di Bolzano in quanto istituzione credo sia forte, ed è questo il senso della mozione.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Kollege Urzì spricht hier ein Thema an, das sicherlich richtig ist. Es ist ein Problem, dass Flüchtlinge irgendwo in Europa aufgegriffen und dann wieder zurückgeschickt werden. Das ist sicherlich keine Lösung. Das ist weder eine Lösung für die Flüchtlinge selbst noch für die Staaten, nur ist es schon – das muss man eben auch sehen – ein bisschen kurz gegriffen, das Ganze jetzt auf das Bundesland Tirol zu fokussieren, um nicht den globalen Kontext zu sehen, weil zum Beispiel ein Großteil der Flüchtlinge auch in Griechenland ankommt und nicht in Italien und den Weg so gehen.

Ich habe selbst Verwandte, die bei der Polizei in Nordtirol arbeiten und mir immer wieder berichten, dass es beispielsweise Flüchtlinge gibt, die auch ganz offen sagen, dass in den Zügen italienische Polizisten durchgehen, sie einfach fahren lassen und sie ganz bewusst nicht kontrollieren, damit sie nach Nordtirol fahren und man das



Problem nicht auf dem "italienischen Staatsgebiet" hat. Hier ist schon auch die Polizei in die Verantwortung zu nehmen. Wenn man weiß, dass es Flüchtlinge sind, die sich illegal auf dem Gebiet aufhalten, dann sollte man nicht einfach hergehen und sagen, dass man sie einfach gehen lassen sollte, damit man kein Problem habe. Ich habe ein Stück weit auch Verständnis für die Situation Italiens, das hier auf europäischer Ebene genauso wie Griechenland komplett alleine gelassen wird, aber es ist einfach zu kurz gegriffen zu sagen, dass die Flüchtlinge, die aus dem italienischen Staatsgebiet kommen und in irgendwelchen anderen Gebieten Europas aufgefasst werden, dort bleiben sollen, weil die Bürger gleichermaßen sagen, wie man dazu komme, dass andere Staaten ihrer Verpflichtung nicht nachkommen.

Ein Punkt, den Kollege Urzì aufgreift, ist dieser Runde Tisch. Wir hatten vor ungefähr zwei Wochen – der Landtagspräsident war mit dabei – eine Sitzung des EVTZ im Osttiroler Iselsberg, wo ich als Vertreter des Südtiroler Landtages mit dabei war und auch über das Thema Flüchtlinge gesprochen wurde. Auch dort wurde gesagt, dass das Thema Flüchtlinge nicht zu lösen sein würde, indem jeder sozusagen seine eigene Suppe kocht, indem jeder Staat seine eigene Suppe kocht, indem noch einmal das eigene Bundesland seine Suppe kocht und dann vielleicht auch noch die Gemeinden auf lokaler Ebene. Gleiches gilt nicht nur für die Aufnahme dieser Flüchtlinge, sondern auch mit deren Umgang.

Hier spielen natürlich auch die unterschiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen in Europa eine Rolle, das heißt, dass in manchen Gebieten Europas diese Menschen interniert werden, um es einmal so zu sagen, und in irgendwelche Ghettos kommen. Kollege Heiss war mit dabei, als wir den Vortrag an der Uni in Innsbruck hatten, wo über die Militärcamps in Lampedusa berichtet wurde dahingehend, dass diese Menschen, kaum sind sie dort, in irgendwelche – man muss es so sagen – Lager eingesperrt werden, die vom Militär bewacht werden. Es gibt aber auch andere Staaten in Europa, in denen die gesetzlichen Voraussetzungen jene sind, dass diese Menschen beispielsweise eine Arbeitsstelle annehmen oder in irgendeiner Form einen Beruf erlernen dürfen und dergleichen mehr. Ich glaube, es braucht auch auf europäischer Ebene gemeinsame gesetzliche Rahmenbedingungen, denn das Schlimmste, das passieren kann, ist, dass diese Menschen hierherkommen und zum Nichtstun verdonnert werden, in irgendwelchen Zentren ghettoisiert werden, in dieser Zeit nichts machen können und dazu verdammt sind, im Grunde genommen nur darauf zu warten, zum nächsten Ort hingeschoben zu werden.

Ich glaube aber auch, dass wir uns einmal darüber Gedanken machen müssen, wen wir in Europa effektiv als Flüchtlinge definieren und wer aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Europa kommt. Das ist für mich ein Unterschied. Wir haben es in den letzten Tagen immer wieder gehört. 80 Prozent derer, die hierherkommen, sind Männer, die ihre Frauen und Kinder in ihren Ländern alleine zurücklassen. Da müssen wir uns nicht nur, aber schon auch die Frage stellen, was es für diese Länder bedeutet, wenn nur die arbeitsfähige Bevölkerung nach Europa kommt – wir brauchen uns nicht einzubilden, dass diese zurückgehen – und im Grunde genommen die Alten, Frauen und Kinder zurückbleiben. Darüber müssen wir uns Gedanken machen. Das kann weder Italien und schon gar nicht Südtirol alleine lösen. Das ist ein Phänomen, das auf europäischer, wahrscheinlich sogar auf globaler Ebene gelöst werden muss.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zu diesem Thema haben wir einen Begehrensantrag auf der Tagesordnung, damit man die Flüchtlingsproblematik wenschon dort angeht, wo sie beginnt, nämlich in den Herkunftsländern. Wir machen hier nichts anderes als Show, als Schadensbegrenzung. Jeder, der sich hier in Aktionismus übt, vergisst die grundsätzlichen Elemente, nämlich die Rechtsstaatlichkeit.

Wenn Kollege Urzì verlangt, dass man einen Runden Tisch macht, um die humanitäre Hilfe zu regeln, dann ist es das eine, aber wenn er verlangt, eine politische Lösung mit dem Bundesland Tirol zu suchen, dann sind wir beide falsche Adressaten, denn die Länder haben überhaupt, ich sage, leider, keine Zuständigkeit. Wenn die Europäische Union mit Dublin II festschreibt – das ist gesetzlich festgeschrieben –, dass das Erstaufnahmeland für die Asylanträge zuständig ist, dann kann er jetzt nicht hergehen und Österreich mangelnde Solidarität vorwerfen, denn dann könnte Österreich gleich hergehen und dem Staat Italien vorwerfen, dass er alle Wirtschaftsflüchtlinge ganz einfach ohne Kontrollen durchlässt. Zu diesem Zeitpunkt, das muss ich sagen, hat die Grenze auch eine Berechtigung.

Ist es nicht gerade zynisch, wenn die großen Sieben in Ellmau ein Treffen veranstalten, 25.000 Polizisten aufmarschieren und die Grenzen dicht gemacht werden, damit sieben Leute nur verhandeln können? So etwas ist eigentlich absurd. Dann regt man sich auf, wenn man Grenzkontrollen errichtet, wo massenweise Illegale ins Land kommen, denn wir wissen – es muss erst festgestellt werden, ob es Flüchtlinge sind –, dass maximal 20 Prozent all jener, die kommen, das Anrecht auf einen Flüchtlingsstatus haben. Das andere sind Wirtschaftsflüchtlinge und sind per Gesetz ganz einfach illegal. Das will man nicht gerne hören, aber das ist so.

Ein Aufteilungsplan, wie ihn die Europäische Union vorsieht, kann eine politische Lösung sein, aber das zu verordnen, wird schwierig. Das haben wir gesehen. Die osteuropäischen oder mitteleuropäischen Staaten sind dagegen und die Hilflosigkeit drückt sich genau in diesem Plan aus. Man hat keinen Funken Bereitschaft, die Sache dort - ich sage es noch einmal -, wo sie beginnt, anzugehen, nämlich in den Herkunftsländern. Man möge mir nicht sagen, dass wir heute darüber reden können, dass all jene, die kommen, arme Leute sind, denn sonst könnten sie es sich nicht leisten, den Schleppern 10.000 Dollar zu zahlen und hier mit den besten Handys herumzulaufen. Das kann mir niemand weismachen. Man muss die Sachen von allen Seiten betrachten.

Zur humanitären Hilfe sage ich ja, da wird sich Südtirol beteiligen, soll sich auch beteiligen im Rahmen seiner Möglichkeiten, aber auch auf der Basis von Gesetzen, wer wirklich das Anrecht hat, denn eines sage ich ganz deutlich. In dieser Zeit, in der es bei uns sehr viele Menschen gibt, denen es nicht besonders gut geht, haben diese kein großes Verständnis, wenn auf der einen Seite die Schatulle aufgemacht und auf der anderen Seite der Riemen enger geschnallt wird. Man muss auch beachten, was sich insgesamt abspielt.

Noch einmal. Humanitäre Hilfe für jene, die es notwendig haben und für Flüchtlinge, die wirklich diesen Status haben. Diese Verpflichtung haben wir und ich aus persönlicher Überzeugung, aber auch aus Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerrecht und aus der Genfer Flüchtlingskonvention ableiten. Das alles aber so pauschal abzutun und zu glauben, dass man mit ein paar kleinen Maßnahmen und mit einem Runden Tisch in den Ländern die Problematik lösen könne, wird sowieso nicht gehen. Man kann humanitäre Hilfe leisten, aber das andere muss auf anderer Ebene abgewickelt werden, wo die Zuständigkeiten auch liegen.

**STEGER (SVP):** Dieses Thema eignet sich für einen politischen und parteipolitischen Schlagabtausch, und das ist schade. Es geht um ein Drama, das sich derzeit in und auch außerhalb von Europa abspielt. Mit Schlagworten kann man diesen Problemen nicht beikommen. Ich denke, dass das Hauptproblem tatsächlich in Dublin in Europa, also in der Dublin-II- und Dublin-III-Bestimmung besteht. Wir haben eigentlich keine einheitlichen Standards in Europa. Jedes Land macht es anders. In Italien wird beispielsweise alles mit Notstandsdekreten definiert und jede Region hat andere Vorgangsweisen.

Das von Dublin vorgesehene Prinzip, dass der Staat, in dem die Flüchtlinge ankommen, zuständig und verantwortlich ist, ist auch unfair. Das ist gegenüber Italien in diesem Fall und gegenüber jenen Ländern, wo der Ersteintritt in Europa stattfindet, unfair. Das gehört geregelt, aber damit habe ich auch gleich gesagt, dass das Problem auf europäischer Ebene und auf keiner anderen Ebene zu lösen ist. Wir dürfen nie vergessen, dass es hier nicht um Nummern, sondern um Menschen geht, die in den Herkunftsländern oft in dramatischen Situationen leben und da braucht es auch Verständnis von unserer Seite.

Herr Urzi, ich glaube, dass Ihre Stoßrichtung in Richtung Österreich oder Tirol total in die falsche Richtung geht, dort eine Einigung zu finden. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie die Zahlen aussehen, weil Sie hier sagen, dass es ausschließlich zu Lasten des südlichen Tirols geht. Die Zahlen sind, wenn wir ehrlich sind, ganz andere. Tirol hat viel, viel mehr Flüchtlinge zu betreuen als Südtirol und nicht doppelt oder dreimal so viele, sondern noch mehrere. Das muss auch einmal gesagt werden. Da muss man die politische Redlichkeit haben, dass man auch die Verhältnismäßigkeit sieht und sieht, dass wir heute noch in einer Lage sind, wiewohl wir uns in den nächsten Monaten und Jahren rüsten müssen, wiewohl dieses Problem wahrscheinlich nicht von heute auf morgen zu lösen ist, aber Fakt ist, dass wir noch in einer Lage sind, wo es berechenbar ist und wo wir noch die Möglichkeit haben, und das mit allen Schwierigkeiten, die die Landesrätin hat und all jene haben, die dann die kurzfristige Notwendigkeit organisatorisch bewältigen müssen. Ich warne aber davor, dass man hier eine falsche Stoßrichtung der Thematik gibt. Ich bitte, dass man die Verhältnismäßigkeit sieht und sieht, was unsere Belastung zurzeit ist und sieht, was die Belastung von anderen Regionen ist. Ich denke an Österreich, an Deutschland, auch an Schweden, das weit mehr tut als das, was von Dublin und von den europäischen Rahmenbedingungen vorgesehen ist. Daran sollten wir uns messen. Wir müssen uns mit der Thematik auf europäischer Ebene beschäftigen. Ich denke, es ist gut und sinnvoll, dass die Frau Landesrätin einen permanenten Runden Tisch mit Trient und mit Tirol eingerichtet hat, damit man gemeinsam die Lösungen dieser Problematik, dieser Dramatik, die in Europa sich abspielt, abwickeln kann. Wir als Südtiroler Volkspartei werden diesem Antrag sicher nicht zustimmen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** La parte introduttiva della mozione non è condivisibile e mi pare che abbia anche alcuni pregiudizi, come diceva anche il collega Steger. I dati sono diversi, la capacità di accoglienza in Tirolo, che è sei volte più grande dell'Alto Adige, la distribuzione dei profughi in tutta Europa vede la Germania e l'Austria come due delle nazioni che più hanno accolto i profughi in rapporto alla popolazione.

La parte deliberativa che chiede di avere un colloquio continuo con le autorità tirolesi e con l'autorità trentina è già in atto. Che in questo tavolo si debba discutere dell'inutilità e dell'arbitrarietà delle famose pattuglie trilaterali sui treni, lo trovo ragionevole, credo sia un argomento di discussione. Chiedo quindi la votazione separata fra le premesse e la parte deliberativa. Poi discuteremo anche della mozione dei Freiheitlichen. Volevo però dire che qui c'è chi grida, ho sentito oggi Maroni alla radio, io sono convinto che però, di fronte ad un fenomeno epocale di questo tipo e di fronte ad alcuni doveri dell'Europa che subito dopo la seconda guerra mondiale si è preso, la questione dell'asilo politico e dei profughi è un accordo mondiale dopo il dramma dell'olocausto, della seconda guerra mondiale, del nazismo e del fascismo. Qui noi abbiamo un debito con la storia! C'è chi grida e c'è chi fa, e quando chi grida si mette a fare, fa la stessa cosa di chi fa oggi, perché c'è poco da fare di fronte a questa situazione in questo momento. Se hai una barca in mare che sta per affondare, tu salvi la gente. Li porti a terra e cerchi di assisterli, non li fai morire di fame. E Maroni, Pius Leitner, Martha Stocker, Dello Sbarba quando hanno responsabilità farebbero la stessa cosa. Credo che anche Lei, collega Leitner, farebbe la stessa cosa, cioè che prende una persona, la tira su dall'acqua e non la fa affogare, quando l'ha tirata su la vesta, e quando l'ha vestita gli dà da mangiare, e poi, visto che non è un carcerato, quella persona può muoversi e poi arriva al Brennero. Neanche Maroni quando era ministro è riuscito a portarli a casa, questa è la verità. Qui c'è un fenomeno mondiale che bisogna guardare in faccia, perché se si guarda in faccia vedrete che i ragionamenti sono completamente diversi. Comunque poi discuteremo sulla vostra mozione con più calma.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Bisogna affrontare il fenomeno dei respingimenti a livello europeo. Abbiamo un altro strumento che dovrebbe tornare a riunirsi a settembre prossimo, che è la macroregione alpina composta da Austria, Francia, Germania, Italia, Liechtenstein, Slovenia e Svizzera e anche lì si potrebbe fare pressione perché si possa trovare un programma europeo. Chiaramente in questo momento avendo firmato l'Accordo di Dublino, abbiamo l'obbligo, come Paese, di registrare tutte queste persone che arrivano.

È vero che la polizia austriaca si sta comportando in maniera molto dura con questi profughi, con queste madri e questi bambini. Si sta diffondendo anche il fenomeno della gente che cammina a piedi lungo i binari, ed è pericolosissimo, perché se ti trovi in una galleria magari con dei bambini e un treno ti passa vicino a velocità sostenuta, c'è il rischio di grossi incidenti. Non è che se la polizia austriaca sta dalla mattina alla sera sui nostri treni cambia la situazione, e questo va affrontato politicamente, vista la fortuna che ha l'Alto Adige di aver sempre fatto da ponte, bisogna spiegare loro che hanno ragione del fatto che dovremmo registrare tutti i profughi ma se loro ce li buttano giù dai treni in maniera abbastanza dura - ed è quello che sta accadendo, avete visto le proteste delle nostre forze di polizia - noi non possiamo far finta di niente, possiamo aiutare. Chiaramente non potremo risolvere il problema, noi come Alto Adige, è giusto che li vestiamo, li accogliamo, diamo loro da mangiare come diceva prima il collega Dello Sbarba, stiamo parlando di esseri umani e spesso la gente lo dimentica, ma dobbiamo anche trovare delle soluzioni a problemi concreti. È inutile che facciamo finta di non vedere che si stanno legando addirittura sotto i treni, perché è successo anche questo. Se andiamo a parlare con i responsabili delle Ferrovie di Bolzano vi diranno che tutti i giorni qualcuno prova ad andare a piedi sui binari. Sappiamo che sono andati a piedi anche sulla A 22! Ha senso che non parliamo di questo con le autorità austriache? Dobbiamo dire loro che hanno ragione, noi facciamo il possibile, li registriamo, facciamo ciò che dobbiamo fare come Paese Italia in una situazione d'emergenza, ma nello stesso tempo evitate di buttarli giù dai treni in questa maniera, perché si sta parlando di esseri umani, anche se in questo momento le regole non sono condivise. La notizia di ieri che l'Europa dice che ci penseranno a settembre di come affrontare il problema immigrazione è una cosa che meriterebbe uno sciopero di tutti i presidenti di regioni e di tutti i premier degli Stati europei! Bisogna trovare un'alleanza per poter combattere con forza, invece subiamo continuamente. Il nostro rappresentante di "Liberal-Pd" a Catania si ritrova 3000 persone al giorno nei porti e deve affrontare tutta questa cosa da solo, l'ha ribadito anche ieri sera durante una trasmissione dalla giornalista Lilli Gruber. Non può un sindaco o un presidente di Regione affrontare da solo questa emergenza, e in questo momento siamo tutti lasciati soli, ed è gravissimo.

Non condivido la mozione del collega Urzì, se non la parte che chiede di parlare con la polizia austriaca. Il resto non è fattibile, perché abbiamo firmato l'Accordo di Dublino, quello che possiamo fare è fare pressione a livello europeo e a settembre, visto che la macroregione alpina si riunisce nuovamente, chiedere come primo punto che si affronti insieme il problema immigrazione.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte die Klassen 2A und 3A der Wirtschaftsfachoberschule Innichen mit Prof. Schönegger recht herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.  
Kollege Heiss, bitte.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Kollege Dello Sbarba hat bereits für unsere Fraktion, für die Grünen gesprochen. Ich möchte nur ein paar Ergänzungen anbringen, um die Dimension in das rechte Licht zu rücken.

Österreich ist nicht der Gendarm Europas, der sozusagen systematisch die Menschen abweist. Die Zahlen sprechen eine relativ klare Sprache. Österreich hat im vergangenen Jahr 4.400 Migranten an der Grenze zurückgewiesen, davon wird ein Großteil wieder auf anderem Wege hinübergelangen sein. Im heurigen Jahr ist es so, dass Tag für Tag ungefähr 130 bis 150 Flüchtlinge - die Landesrätin weiß es genau - auf der Brennerstrecke nach Norden streben. Das macht im Monat ungefähr 4.000 bis 5.000 und auf das Jahr gesehen 60.000 aus, die zum allergrößten Teil über die Grenze gelangen. Trotz der Dreifachkontrollen Österreich-Italien-Deutschland kommen sie zum Großteil drüber, weil die Überwachungen trotz der demonstrativen Haltung der Trilaterale sehr lückenhaft sind. Aus diesem Grund landet ein Großteil der Flüchtlinge, die hier über den Brenner kommen und die Brennerroute begehen - es werden im heurigen Jahr sicher 50.000 bis 60.000 sein -, im Norden, in Österreich, in Bayern und in Deutschland insgesamt, in Schweden und in anderen aufnahmebereiten Ländern.

Die Zahlen Österreichs muss man sich vor Augen halten. Österreich hat eine große Tradition der Flüchtlingsaufnahme seit dem Zweiten Weltkrieg, seit dem Ungarnaufstand 1956. Allein im Bundesland Tirol - die Landesrätin kennt die genauen Zahlen - sind inzwischen ungefähr 3.000 Flüchtlinge untergebracht. Unsere Zahlen haben zwar in den letzten Wochen deutlich zugenommen, auch die Maßnahmen der Landesregierung in der Hinsicht sind zu begrüßen, aber wir sind immer noch bei annähernd 500. Von daher ist die österreichische Situation wirklich nicht jene einer Verengung der Situation, das muss man wirklich sagen.

Es geht darum, in den nächsten Jahren eine europäische Lösung zu finden und diese muss rasch gefunden werden. Es geht nicht, dass die nationalen Egoisten bestimmte Länder sehr belasten, darunter auch Italien, wo nicht der reichere Norden, sondern vor allem der Süden wie Apulien, Kampanien und Sizilien enorme Flüchtlingsmengen aufnehmen. Auf europäischer Ebene muss eine Anstrengung unternommen werden, die dieses dauerhafte Phänomen in den Griff bekommt. Es sind enorme Zahlen, und zwar 200.000, 250.000 bis 300.000 im Jahr, aber wir können davon ausgehen, dass auch diese Zahlen in den nächsten Jahren anhalten. Würde Europa gemeinsam eine Strategie entwickeln, wäre das sehr wohl zu verkraften. Diese gemeinsame Strategie muss sich auf eine bessere Verteilung und auf eine Afrikapolitik richten, die diesen Namen verdient, denn diese sehen wir nicht. Diese Flüchtlinge sind nicht primär Wirtschaftsflüchtlinge, die mit vollen Moneten dem besseren Job zustreben, sondern kommen aus zerfallenen Staaten wie Somalia, Eritrea, Syrien, wo man vor vier Jahren von einem Bürgerkrieg noch nichts wusste. Diese Phänomene, diese Dramen muss man politisch bekämpfen.

Ich glaube auch, dass die Maßnahme im beschließenden Teil zwecks besserer Abstimmung in Ordnung ist, aber der einleitende Teil in dieser Form, Kollege Urzi, wie Kollege Dello Sbarba ausgeführt hat, nicht zu unterstützen ist.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Jetzt ist sehr, sehr vieles gesagt worden. Ich habe gestern zu dieser Thematik zufällig einen Artikel in der deutschen Tageszeitung "Die Welt" gelesen, die sich sehr ausführlich mit diesem Thema beschäftigt hat. Da haben sehr, sehr hohe EU-Diplomaten, also nicht irgendwelche Freiheitliche oder sonst Verdächtige davon gesprochen, dass rascher Handlungsbedarf notwendig ist, dass in der Zwischenzeit nur mehr jeder Dritte bzw. Vierte ein echter Flüchtling ist. Der Großteil sind Wirtschaftsflüchtlinge, die aus rein wirtschaftlichen Motiven diesen Weg über das Meer suchen, dass vor allem Syrer in der Zwischenzeit den Landweg nach Europa nehmen, weil ihnen dieser sicherer erscheint, also über die Türkei nach Europa kommen.

Eines wurde ganz stark von der EU kritisiert. Es ist zwar leicht, wenn die EU Italien kritisiert, aber auch ich habe es immer wieder gesagt. Italien ist natürlich überfordert und steht alleine da, aber was wirklich viel, viel schneller gehen müsste, ist die Registrierung. Mir tut besonders leid, dass man die Behörden alleine lässt. Eigentlich müssten die Behörden schneller sein als viele Kriminelle. Wir wissen heute alle aus den Erfahrungen - das wird von der EU bestätigt -, dass es in der Zwischenzeit in sehr, sehr vielen Aufnahmezentren Verbindungsleute zu den Schleusern und zu den Schleppern gibt. Diese Menschen sagen den ankommenden Flüchtlingen, was sie auf die Fragen der Behörden antworten müssen. Es zieht sich alles unglaublich in die Länge und ich wundere mich, dass man hier in Südtirol eigentlich nicht mehr Druck macht, dass man zumindest, was unseren Teil hier betrifft, schon versucht, dass wir die bürokratischen Dinge selbst in die Hand nehmen können. Es ist ein Unding, dass wir Leute hier haben, die teilweise bis zu einem Jahr warten müssen, bis sie überhaupt in den Status des Flüchtlings gelangen oder nicht. Das ist vergeudete Zeit. Es ist auch ein Unding, dass man diese Menschen, wenn sie tatsächlich den Flüchtlingsstatus haben, dahinvegetieren lassen, ohne ihnen irgendwelche Beschäftigungs-

möglichkeiten zu geben. Ich denke, dass es schon in unserem Interesse sein müsste, dass wir in dieser Sache mehr Druck machen, dass wir die Kompetenzen bekommen.

In der EU wird derzeit, laut diesem Artikel, die rasche Rückführung von Illegalen gefordert. Mich stört dies an dieser Diskussion ganz besonders. Ich verstehe die Menschlichkeit, ich verstehe das Mitleid, ich verstehe die Not und ich verstehe, dass jeder verpflichtet ist, hier nicht wegzuschauen, sondern hinzuschauen und zu helfen, aber ich bin nicht bereit mitzumachen, wenn wirklich Illegale unterstützt werden. Mir tut es leid, dass wir jene belohnen, die den Weg hierhergeschafft haben, die Kriminalität, die Schlepper bezahlt haben und wir nehmen sie hier als die Ärmsten der Armen auf. All jene, denen das nicht möglich ist, sind vor Ort. Ich denke, es müsste Aufgabe der EU sein, den Ärmsten der Armen zu helfen, vor Ort hinzugehen und dort endlich die Weichen zu stellen und die ganze Afrikapolitik, Außenpolitik so zu gestalten, dass man diesen Kontinent nicht weiter aussaugt.

Es stimmt, dass die EU unglaubliche Projekte fördert, wo wir diesen Menschen ihren Lebensunterhalt vor Ort wegnehmen, wie die Fischerei usw. Wir beuten diesen Kontinent aus, es werden Waffen geliefert. Ich habe vollstes Verständnis, dass Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie es irgendwo anders vielleicht versuchen möchten, aber es ist schon auch Aufgabe der EU hinzuschauen, um wen es sich handelt, wer hier hereinkommt. Mich ärgert, dass die Beamten alleine gelassen werden, dass ihnen von Hilfsorganisationen noch der Rücken gestärkt und gesagt wird, dass man sie aus traumatischen Gründen nicht drängen könne, ihren Namen zu sagen, bestimmte Formulare auszufüllen, Fingerabdrücke abzugeben, sie vielleicht fotografisch festzuhalten. Spinnen wir? Bei aller Menschlichkeit! Wir helfen hier diesen Menschen nicht und sind schon der angestammten Bevölkerung auch verpflichtet.

Pius Leitner hat etwas sehr Richtiges gesagt. Mich ärgert, dass wegen sieben Leute in Ellmau die Grenzen dicht gemacht werden. Dort ist es kein Thema, wie es diesen Menschen ergangen ist, wie es diesen Menschen geht. Der Brenner wird alleine gelassen, die Menschen werden irgendwo alleine gelassen. Für sieben Menschen hat es ein unglaubliches Sicherheitsaufgebot gegeben, aber für die Bevölkerung, die hier tagtäglich lebt, Steuern zahlt, damit dieser ganze Wahnsinn auch noch finanziert werden kann, tut man nichts. Wenn man dann über Sicherheit spricht, dann ist man ein Rassist oder ein Rechtsradikaler. Das stört mich, denn auch für unsere Menschen muss die Sicherheit gelten.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Auch ich finde, dass, wie ich es das letzte Mal bei einer ähnlichen Debatte bereits gesagt habe, Symptome behandelt werden, jedoch das Problem nicht bei der Wurzel gepackt wird. Das Problem ist nicht dort, wo sie ankommen, sondern wo sie starten. Das Problem ist, dass sie aus ihren Ländern flüchten, warum auch immer. Ich habe bereits im Regionalrat gesagt, dass es viel braucht, dass Menschen ihr Land verlassen. Auch bei uns hier können wir aus der Vergangenheit lernen, denn auch bei uns wurde den Menschen in der Optionszeit etwas vorgegaukelt und dann wurden sie gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, indem gesagt wurde, dass sie entweder Italiener werden oder sonst gehen müssten. Vielleicht spielt es sich dort auf die gleiche Art und Weise ab, dass sie in die Enge getrieben werden und ihnen etwas vorgegaukelt wird, was sie im fremden Land erwartet und alles gar nicht so rosig ist.

Ich war letzte Woche auf einer Diskussionsrunde, bei der ich mit dem Präsidenten eines Ausländerbeirates von Südtirol sehr harmonisch diskutiert habe. Er selbst hat gesagt, dass es nicht leicht wäre, wenn Zuwanderer zu uns kommen und hier plötzlich mit nichts dastehen, eine neue Gegebenheit, ein neues Land vorfinden, kein Zuhause, keine Arbeit haben und mit neuen Gesetzen erst einmal zurechtkommen müssen. Das ist alles zu verstehen. Es geht jedoch darum, zu verstehen, warum sie ihre Heimat verlassen, warum sie sich dazu entschließen. Hier darf diese Kriminalität, wo Schlepperbanden dahinter stehen, die diese Leute massenweise nach Europa bringen, nicht unterstützt werden. Wir dürfen deren Problem nicht plötzlich zu unserem Problem machen.

Ich habe es schon einmal gesagt. Seit Jahrzehnten werden arme Länder auch über die Geschäfte wie über die Dritte-Welt-Läden zum Beispiel mit Projekten gefördert, wo ihnen für die Wirtschaft geholfen wird. Es werden Wasserleitungen gebaut, damit sie sich dort in der Landwirtschaft selbst versorgen können. Das ist auch richtig. Heute ist es so, dass die Welt so viel machen kann. Wir haben weltweit eine Vernetzung vom Pentagon, vom Militär, von UNO, denn diese gehören alle zusammen. Auf der einen Seite versuchen sie zusammenarbeiten, auf der anderen Seite ist man aber nicht imstande, etwas zu bewegen, dass diese Situationen besser werden. Auf der einen Seite schießt man Raketen ins Weltall, der Fortschritt ist so weit, aber auf der anderen Seite ist man nicht imstande, die Situation der Menschen in ihrem Land zu ändern und zu verbessern. Man schickt sie viel lieber nach Europa, wobei dann Europa zusehen soll, wie es mit diesem Problem klar kommt. Ich muss sagen, dass es nicht ein europäisches Problem ist, sondern dass man schauen muss, wie man hier zurechtkommt und Europa eigent-

lich die Augen davor verschließt. Ich finde, dass das Problem an der Wurzel gepackt werden soll, denn das Problem ist nicht hier, sondern irgendwo anders.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Die letzte Wortmeldung führt uns vielleicht zu dem, dass wir manchmal versuchen können, die Problematik der Flüchtlinge in Europa auch etwas mit unserer eigenen Geschichte in Verbindung zu bringen, um vielleicht von dem her auch etwas mehr Einsicht, mehr Verständnis dafür zu bekommen. Das zum Ersten.

Zum Zweiten ist das, was wir zu tun haben, eine einfache Frage und eine Herausforderung an die Humanitas. Wenn wir sagen, dass die Welt, also Europa ein Problem hat, dann muss uns, denke ich, bewusst sein, dass wir ein Teil dieser Welt und ein Teil Europas sind, dass jeder seinen Auftrag, seine Verpflichtung und seine Verantwortung wahrzunehmen hat, und zwar dort, wo er ist.

Die Dramatik, die Kollege Urzì am Anfang seiner Ausführungen gestellt hat, führt dazu, dass wir uns im Umgang mit diesen Menschen schwer tun, weil hier etwas dermaßen aufgebauscht wird, was auf die vernünftige Ebene zurückzuführen ist. Wenn wir moralisieren - auch das ist heute gemacht worden -, dann sollten wir bitte über uns selber moralisieren, bevor wir über andere moralisieren, denn dann haben wir auch ein Recht dazu.

Die Verantwortung - das ist heute auch verschiedentlich angesprochen worden - ist eine europäische und uns ist allen bewusst, dass wir ein Teil dieser europäischen Staatengemeinschaft sind. Wir haben diese Verantwortung als Europa nicht nur aus der Verantwortung des Nationalsozialismus und Faschismus, sondern sicherlich auch schon weiter zurückliegend aus der Zeit der Kolonialisierung, aus der Zeit des Imperialismus, wenn wir das so analysieren. Dass wir eine ganz andere Afrikapolitik, Nahostpolitik brauchen, ist auch allen bewusst, aber wir alle wissen - das werden wir bei einem anderen Beschlussantrag noch ausführlicher diskutieren -, dass es relativ einfach gesagt ist, was dann zu tun ist. Wenn es um die einzelnen Handlungsoptionen und Handlungsweisen geht, dann wird es schon wieder etwas schwieriger.

Von verschiedenen Abgeordneten ist bereits darauf hingewiesen worden, wie die Zahlen in Europa sind, die natürlich auch die rechtliche Voraussetzung von Dublin-II und Dublin-III ist. Tatsache ist, dass wir in Südtirol etwas mehr als 500 Menschen haben, die fix hier sind. Natürlich haben wir auch die Belastung der Menschen, die hier durchreisen, aber ich denke, dass es eine doch relative Belastung ist. Darüber zu moralisieren, wie man hier vorgeht und den anderen sozusagen diese Flüchtlinge überlässt, finde ich auch etwas billig. Zu sagen, dass das Bundesland Tirol oder Bayern anders vorgehen sollte und wir unsere Voraussetzungen oder unsere Aufgaben nicht erfüllen, ist, denke ich, etwas zu billig und etwas zu kurz gegriffen. Wir haben etwas mehr als 500 Flüchtlinge. Das Bundesland Tirol hat ungefähr 3.000, Bayern 60.000. Ich denke, das sind ganz andere Zahlen, die zu bewältigen sind und auch das ist zu wissen. Wenn wir heute von der Zuweisung laut der Quoten, wie sie Europa hat, ausgehen, dann hat diese überfüllt Schweden, Deutschland, Österreich, Italien ist etwas drunter, hat also noch nicht jene Quoten erreicht, die es von einer europäischen Quotenregelung erfüllen müsste. Auch das muss gesagt werden.

Daneben gibt es eine Reihe von anderen Staaten in Europa, die viel mehr in die Pflicht genommen werden müssen, auch das wissen wir. Richtig ist auch, dass wir das ganze Thema umfassender anzuschauen haben, aber wir sollten nicht auf die anderen schauen und sie anmahnen, was sie zu tun hätten, denn das ist, denke ich, nicht unser Zug. Wichtig ist aber, dass wir auf dieser Achse, auf der wir uns befinden, zwischen Südtirol, dem Bundesland Tirol und Bayern, versuchen, nicht nur uns aufeinander abzustimmen, und das tun wird, sondern auch gegenseitig zu sensibilisieren, aber diese Sensibilisierung geht in beide Richtungen und muss in beide Richtungen gehen. Das machen wir gemeinsam, und zwar Emilia Müller, die in Bayern und Christine Baur, die im Bundesland Tirol zuständig sind und ich, die hier zuständig ist. Das haben wir schon vor langer Zeit auf den Weg gebracht. Wir sind im kontinuierlichen Austausch und versuchen, auch gegenseitig die Informationen, die Sensibilisierungsmaßnahmen etwas aufeinander abzustimmen. Ich glaube aber nicht, dass wir hergehen und in Richtung Bundesland Tirol moralisieren sollen. Ich denke, wir haben unsere Aufgaben zu machen, wir haben uns gegenseitig zu informieren, wir haben gemeinsam vorzugehen und auch auf europäischer Gemeinschaft gemeinsam vorzugehen und auch das machen wir. Wir haben eine Anfrage an die EU-Außenbeauftragte gestellt. Wir werden alle drei gemeinsam versuchen, auch unseren Beitrag zu leisten, auch unseren Teil einzubringen von dem, was wir glauben, was gesamteuropäisch zu tun ist. Dass wir in erster Linie die betroffenen Menschen im Blick haben müssen, ist selbstverständlich.

Vielleicht noch eine Zahl. Wir haben in Südtirol von Seiten des Staates seit April 2014, wenn es um die Zuweisungen geht, 1.136 zugewiesen bekommen. Von diesen sind jetzt noch 430 bei uns, das heißt, dass sie, wie zu Recht gesagt worden ist, in den Norden weitergereist sind. Wir hätten weitaus mehr unterzubringen gehabt. Ich

denke, hier ist vielleicht auch einmal die Solidarität jener zu sehen, die diese Menschen aufgenommen haben. Eines ist auch klar, es ist richtig, dass die einen oder anderen oder teilweise auch mehr, das ist von den Zeiten abhängig, auch zurückgewiesen worden sind, aber von diesen sind eigentlich keine mehr hier. Zeitweise ist eine bestimmte Anzahl hier, aber im Grunde sind sie alle weitergekommen. Jetzt kann man sich berechtigterweise fragen, ob es überhaupt einen Sinn macht. Nein, es macht keinen Sinn. Wenn wir imstande sind, eine vernünftige gesamteuropäische Lösung in Solidarität und in Ausgleich untereinander zu finden, dann ist es das, was wir gemeinsam auf den Weg bringen und man sollte nicht kleinräumig dem anderen jeweils die Schuld in die Schuhe schieben und mit dieser Art und Weise moralisierend mit erhobenem Zeigefinger herumgehen, wo wir überhaupt keinen Grund dazu haben.

Interessant ist auch, wie die Flüchtlingsströme in letzter Zeit waren. Bei den Durchreisenden waren es in der Regel mehr oder weniger – sie sind alle durchgereist – zwischen 135 und 148. In der Zeit vom G7-Gipfel waren es bedeutend weniger. Da hatten wir zwischen 40 und 60, das heißt natürlich auch, dass die Information ankommt und dass man sich entsprechend ausrichtet und organisiert.

Ich darf die Gelegenheit nutzen, um jenen, die an den Bahnhöfen, vor allem in Bozen und am Brenner Dienst leisten und diese Menschen begleiten, ein großes Dankeschön auszudrücken. Wir haben versucht, eine Abstimmung aller Akteurinnen und Akteure in regelmäßigen Treffen zu machen, uns auch innersüdtirolerisch zwischen dem Zivildienst, der Caritas, dem Roten Kreuz und Volontarius und all den freiwilligen Helfern, die in der Hilfestellung für die Flüchtlinge tätig sind, abzusprechen. Ich denke, sie können ein Beispiel sein für das, was dieses Land in den nächsten Jahren auszeichnen muss, weil wir mit Sicherheit noch mehr Menschen haben, die auf der Flucht sind und die sich erwarten und, ich denke, auch erwarten können, dass wir versuchen, ihnen jene Hilfestellung auch zu gewährleisten, dass sie sich in diesem Land zurechtfinden können, wobei es mir ein großes Anliegen ist, dass wir in den Zeiten bis zum sechsten Monat, in denen sie nicht arbeiten können, etwas schaffen, dass wir ihnen etwas an Möglichkeiten bieten können, wo sie sich sinnvoll einbringen können. Wenn wir ihnen einerseits die Akzeptanz erleichtern, andererseits auch eine Sinnhaftigkeit geben auch in der Zeit, in der sie keine Möglichkeit einer regulären Arbeit haben, dann wird das eine große Herausforderung an uns alle sein. Ich gehe davon aus, dass es im Sinne der Humanitas, die ich am Anfang angesprochen habe, für uns selbstverständlich ist, wenn wir es auch durchaus selbstkritisch und europakritisch zu beleuchten haben, wie danach mit jenen umgegangen wird, die kein Asylrecht, also nicht den Status der Flüchtlinge bekommen, aber das werden wir im Zusammenhang mit einem anderen Beschlussantrag noch zu besprechen haben.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Ringrazio tutti i colleghi e le colleghe che sono intervenuti, dando la presentazione chiara di come esiste un'articolazione di pensiero sul problema molto importante.

Voglio sgomberare il campo, come faccio sempre, da un equivoco di fondo. Non accetto mai che su tematiche di questa delicatezza e importanza ci sia l'attivazione solo delle mozioni e si deve avere la consapevolezza del fatto che si devono avere reazioni legate alle responsabilità. Non c'è nulla di emozionale, tanto per essere chiari, nel ragionamento fatto. C'è invece la presa d'atto di una condizione. Il quadro è stato ampiamente descritto sul piano dei numeri ufficiali, e qui c'è poco da discutere. Cosa diversa sono invece i numeri non ufficiali su cui raramente si ha il coraggio di parlare in termini istituzionali, politici e di responsabilità e qui non si sta, dal mio punto di vista, affrontando la tematica con quella capacità di azzardare amministrativa, di saggezza politica che invece è imposta anche alla nostra realtà, perché i casi indicati anche dall'assessore, delle stazioni ferroviarie di Bolzano e di Brennero, ma non sono gli unici, di affollamento di persone, di disperati, vogliamo chiamarli profughi? dice l'assessore che non corrispondono al vero. Allora chiederei al presidente se è possibile, dal punto di vista tecnico, prevedere il trasferimento della sessione del Consiglio provinciale in questo momento, attraverso una decisione unanime da parte dei colleghi, presso la stazione ferroviaria. Ossia chiedo se è possibile sospendere la seduta e andare a verificare sul posto cosa significa la realtà non ufficiale che ci viene raccontata. Ed è la realtà non dei profughi ufficiali che sono collocati nelle sistemazioni ufficiali ma di coloro che, soprattutto in conseguenza dei respingimenti di cui abbiamo parlato, si trovano purtroppo a vivere una condizione di illegalità o clandestinità indotta che è legata anche al fatto che molte di queste persone rifiutano o hanno rifiutato, io le comprendo bene, il riconoscimento, perché essere riconosciute ufficialmente nel territorio della Repubblica italiana significa non avere più la possibilità di vedere accolta la loro domanda di asilo in paesi diversi come la Germania, i paesi scandinavi o la stessa Austria. Allora molte di queste persone si rifugiano nella clandestinità, e questi numeri sfuggono alle statistiche ufficiali, ed è quello di cui oggi non abbiamo parlato.

I respingimenti sono legati per una quota parte a coloro che sono stati assegnati in quota alla provincia di Bolzano, ma sono legati a tutti coloro che invece in provincia di Bolzano sono arrivati al di fuori dei flussi ufficiali,

sono arrivati con viaggi della speranza che sono partiti dalla Sicilia, dalla Puglia o da altre regioni italiane e sono arrivati fino a Bolzano che è la frontiera con l'Austria, e l'Austria respinge, restituisce indietro un flusso di persone che sfuggono alle statistiche ufficiali. Di questo dovevamo parlare! È purtroppo l'ambiguità e l'equivoco che sempre ruota attorno alla visione fantastica della provincia di Bolzano: l'immagine e la sostanza. Talvolta le due cose non coincidono perfettamente e cioè non mette in discussione gli sforzi positivi in termini di accoglienza, di capacità di fornitura di servizi, di attenzione, ma tutto questo non può nascondere una realtà diversa, parallela della quale oggi non abbiamo parlato, che è quella della clandestinità, non dei flussi ufficiali. Su questo si deve intervenire, ed è ingiusto che la provincia di Bolzano o tutto quello che sta sotto al Brennero si debba fare carico di un enorme problema che non trova soluzione in virtù della drammatica impermeabilità del confine del Brennero.

Di questo si doveva parlare in maniera più attenta e accorta, comunque credo che la validità della parte impegnativa sia stata raccolta anche da altri colleghi, ricordo che è stata richiesta la votazione separata, credo che si debba comunque procedere nella votazione come marcatura di una volontà di rendere più chiaro un problema che non è solo quello dato dalle statistiche ufficiali ma è quello legato ad un fenomeno più generale che sfugge alle statistiche.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen somit über den Beschlussantrag Nr. 295/15 nach getrennten Teilen ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 1 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den beschließenden Teil: mit 4 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 368/15 vom 21.4.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend den Gebrauch der historisch fundierten Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung"**.

Punto 6 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 368/15 del 21.4.2015, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante l'utilizzo dei toponimi di origine storica nella pubblicità a scopi turistici"**.

*Immer wieder kommt es vor, dass Süd-Tiroler Tourismusverbände und -vereine außerhalb der deutschsprachigen Werbung – nicht nur in der italienischen – die offiziellen, so genannten "italienischen" Orts- und Flurnamen verwenden. In Einzelfällen geht man sogar soweit, dass zusätzlich Namentile in die jeweilige Fremdsprache übersetzt werden. Ein jüngeres Paradebeispiel hierfür ist die auf dem Penser Joch befindliche Begrüßungstafel des Tourismusvereins Sarntal, auf welcher auf Englisch die Gäste mit Sarentino Valley willkommen geheißen werden (siehe Anlage 1). Die Süd-Tiroler Freiheit hat versucht, im konkreten Fall zu intervenieren und hat den Tourismusverein Sarntal schriftlich informiert, dass u.a. „der Gebrauch der amtlichen, so genannten ‚italienischen‘ Ortsnamen, wie in diesem Fall Sarentino, außerhalb des italienischen Kontextes gesetzlich nicht verbindlich ist“ (siehe Anlage 2). In seiner Antwort berief sich der Tourismusverein Sarntal auf eine so genannte "Wording"-Liste der Südtirol Marketing Gesellschaft (SMG): "Wir richten uns beim Wording unserer Orts- und Flurnamen nach den jeweiligen Märkten. So gibt es ein von der SMG ausgearbeitete[s] Markt gerechtes Wording, an das wir uns halten, gerade eben bei engl. Begrifflichkeiten." (siehe Anlage 3). Besagtes "Wording" der Südtirol Marketing Gesellschaft ist diesem Antrag beigefügt (Anlage 4) und gibt Anlass zur Kritik. Untenstehend die Kritikpunkte im Einzelnen:*

*1. Die Frage, ob im fremdsprachigen Text die deutschen oder italienischen Orts- und Flurnamen zu gebrauchen sind bzw. welcher Sprache in jenen Kontexten, wo beide Sprachformen vorgesehen sind, der Vorzug zu geben ist, wird vom jeweiligen Markt abhängig gemacht. In der Mehrheit der Fälle (Italien, englischsprachige Märkte, Benelux, Polen) hat man sich für die so genannte "italienische" Diktion entschieden, dagegen lediglich in zwei Fällen (deutschsprachige Märkte, Tschechien) für die deutsche. Der Mehrheit der Märkte wird Süd-Tirol somit als in erster Linie italienischsprachiges Land präsentiert. Dieses Bild entspricht jedoch nicht der Realität. Darüber hinaus wird dadurch, dass die Sprache der Orts- und Flurnamen marktorientiert festgelegt wird, den Märkten in ihrer Gesamtheit betrachtet kein einheitliches Bild von Süd-Tirol vermittelt.*

*2. Bei den so genannten "italienischen" Diktionen der Orts- und Flurnamen handelt es sich größtenteils um Konstruktionen bzw. Rekonstruktionen, die jeder siedlungs- und sprachhistorischen Grund-*



lage bzw. Kontinuität entbehren. Sie wurden den Süd-Tirolern während des Faschismus amtlich auferlegt, um die Geschichte des neu geschaffenen "Alto Adige" in ein falsches Licht zu rücken und die Süd-Tiroler zu demütigen. Der Gebrauch von derartigen pseudoitalienischen und faschistisch belasteten Orts- und Flurnamen steht im diametralen Widerspruch zum Anspruch der Tourismusbranche, mit Authentizität und Traditionsbewusstsein zu werben. Dass ein solcher Anspruch und demnach Widerspruch durchaus besteht, geht aus dem Schreiben des Tourismusvereins Sarntal deutlich hervor: "Trotzdem sind wir als Sarner stolz auf unser Tal, wohlwissend, dass wir eines der deutlichsten, mit unverfälschter Tradition, Bodenständigkeit und Heimatverbundenheit gesegneten Täler des gesamten Alpenraumes sind." (siehe Anlage 3). Zudem werden auf diese Weise die Märkte in die Irre geführt, zumal diese meist nicht wissen, dass die so genannten "italienischen" Namen größtenteils manipuliert sind.

3. Das "Wording" der SMG beinhaltet keinerlei Richtlinien zum Gebrauch der ladinischen Orts- und Flurnamen. Dies lässt den Schluss zu, dass beispielsweise für den englischsprachigen Markt die ladinischen Orte auf Italienisch, dagegen für den tschechischen Markt auf Deutsch zu benennen sind. Beides würde eine zusätzliche Irreführung der Kunden bedeuten.

4. Das "Wording" der Südtirol Marketing Gesellschaft wird von den einzelnen Verbänden und Vereinen, so auch im Falle des Tourismusvereins Sarntal, nicht kritisch hinterfragt. Mehr noch: Es werden sogar übernormiert Diktionen gebraucht, indem Namentile wie -tal übersetzt werden. Das Ergebnis ist dann eine pseudoitalienisch-englische Hybridbildung wie Sarentino Valley, und darüber hinaus für ein deutsches Tal! Zwar ist der Zusatz Valley nicht inkorrekt, aber keineswegs notwendig, da zu aufgesetzt und nur zufällig wie ein Wort klingend. De facto handelt es sich bei Sarntal um einen Eigennamen und nicht um ein Wort. Eigennamen bezeichnen, selbst wenn diese oft, wie im Fall von -tal, wie Wörter klingen und inhaltlich transparent sind. Wörter bedeuten. Nur Letztere sind übersetzbar. Selbst von den Welschtirolern wurde der Name Sarntal nie übersetzt. In deren Mundart wurde und wird das Tal mitunter bis heute als Sarentol bezeichnet. Der Begriff Sarentino kam erst mit Ettore Tolomei, dem Erfinder des „Alto Adige“ auf und ist daher, wenngleich amtlich, konstruiert, pseudoitalienisch und faschistisch belastet. Der Begriff Sarentino bzw. Sarentino Valley ist nur ein Beispiel von vielen, das zeigt, wie sorglos artifizielle und manipulative geografische Namen verwendet werden, wohingegen den authentischen, historisch fundierten Namen nicht jene Relevanz beigemessen wird, die ihnen zusteht. Es ließen sich zahllose weitere Beispiele für pseudoitalienische Namen beibringen, die darüber hinaus nicht einmal mit einem der drei faschistischen Namensdekrete amtlich festgelegt wurden und daher gesetzlich gar nicht verbindlich wären, wie Monzoccolo für den Tschöggberg, Orto del Toro für den Stiergarten oder Pracupola für Kuppelwies. Eine weitere Stufe der Namensverunstaltung ist dann erreicht, wenn diese sogar auf das Deutsche überschwappt. So wirbt z.B. der Tourismusverein Ritten in seinem Logo auf Italienisch mit Corno del Renon und auf Deutsch mit Horn Rittner (siehe Anlage 5)! Maßgeblich für das Logo, auf dem die Bestimmung der Namensbildung in kleinerer Schriftgröße erscheint, ist also der so genannte „italienische“ Name. Diesem wird, dem stimmigen Layout zuliebe, der deutsche Name untergeordnet und damit entstellt!

Zusammenfassend und schlussfolgernd gilt Folgendes festzuhalten: Orts- und Flurnamen sind identitätsstiftend und wichtige Zeugen der Siedlungs- und Sprachgeschichte eines Gebiets. Sie sind, wie die übrigen Traditionen, Teil der Kultur. Sie gehören der Allgemeinheit und sind nicht als Ware zu betrachten, die von den Touristikern (aber nicht nur) beliebig und aus einem falschen Selbstverständlichkeitsdenken heraus marktspezifisch angepasst werden darf. Konstruierte bzw. rekonstruierte geografische Namen stellen hingegen eine Manipulation der Geschichte und der Bewohner sowie im Falle der Tourismuswerbung zusätzlich eine Irreführung der Feriengäste dar. Die Tendenz von politischer Seite, diese Namen als mittlerweile entfaschisiertes und friedenserhaltendes Kulturgut zu reinterpretieren, kommt der Relativierung und Verharmlosung der Geschichte sowie der Gegenwart gleich und ist daher entschieden abzulehnen! Zudem haben diverse Studien ergeben, dass selbst von den italienischen Touristen, die außerhalb von Süd-Tirols kommen, die autochthonen Orts- und Flurnamen auf Grund ihrer Authentizität viel positiver aufgenommen werden als die (re)konstruierten und nur scheinbar italienischen. Das Paradebeispiel hierfür ist der Begriff Südtirol bzw. Sudtirolo im Gegensatz zur tolomeisch-faschistischen Etikette Alto Adige. Diese Tatsache wurde unlängst auch von Landeshauptmann Arno Kompatscher in einer Antwort auf eine Landtagsanfrage der Süd-Tiroler Freiheit festgestellt: „Es ist eine Tatsache, dass die Landespolitik und auch

Vertreter von Parteien und Verbänden im restlichen Staatsgebiet immer häufiger den Begriff Südtirol verwenden. Aber auch in den italienischen Medien und der Zivilgesellschaft findet die Bezeichnung Südtirol anstelle von Alto Adige immer größeren Zuspruch." (siehe Anlage 6). Spätestens jetzt drängt sich die Frage auf: Wäre es nicht naheliegend und folgerichtig, wenn auch die Landesregierung entsprechende Zeichen in diese Richtung setzen würde?

Vor dem Hintergrund des Dargelegten stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag  
fordert

die Landesregierung auf,

bei der Südtirol Marketing Gesellschaft zu intervenieren, damit diese die Feriengäste Stück für Stück an die authentische Toponomastik heranführt und die Richtlinien zum Gebrauch der Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung entsprechend modifiziert und verfeinert:

- 1) für den fremdsprachigen, d.h. nicht deutsch-, italienisch-, ladinischsprachigen Markt sind nur noch die historisch fundierten Orts- und Flurnamen zu verwenden (siehe Anlage 7); d.h. in Bezug auf mehrheitlich deutsche Gebiete die deutschen, auf mehrheitlich italienische Gebiete die italienischen und heute noch gebräuchlichen sowie in Bezug auf die ladinischen Gebiete die ladinischen, z.B. mehrheitlich deutsch: Meran; mehrheitlich italienisch: Bolzano; mehrheitlich ladinisch: Urtijëi;
- 2) für den italienischsprachigen Markt sind die (re)konstruierten und damit historisch nicht fundierten „italienischen“ Orts- und Flurnamen nur noch als rein informativer Zusatz bei Erstnennungen zu verwenden, z.B. Sterzing / Vipiteno ... in der Folge nur noch Sterzing;
- 3) für den italienischsprachigen Markt ist der Gebrauch der Landesbezeichnung Südtirol jenem von Alto Adige in zunehmendem Maße vorzuziehen;
- 4) die in der Originalsprache/in den Originalsprachen bezeichneten geografischen Objekte können bei deren Erstnennung in der Zielsprache im Fließtext mit einem eigenen Begriff definiert werden. Dieser Begriff hat rein deskriptiven Charakter und dient der Zusatzinformation. Er ist appellativisch und gehört nicht zum Namen, der als solcher eine Einheit bildet und unverändert bleibt, z.B. dt. Sarntal: ital. valle Sarntal, engl. Sarntal valley, frz. vallée Sarntal ... in der Folge nur noch ital. Sarntal (vgl. italienisch-mundartlich Sarentol), ebenso engl., frz. Sarntal; dt. Vinschgau, ital. (val) Venosta: engl. Vinschgau valley, frz. vallée Vinschgau ... in der Folge nur noch engl., frz. Vinschgau; dt. Sellajoch, ital. passo di Sella, lad. Mëisules (Jëuf de Sela): engl. Mëisules pass (Sela pass), frz. col de Mëisules (col de Sela) ... in der Folge nur noch engl., frz. Mëisules (oder weiterhin engl. Sela pass, frz. col de Sela) (weitere Beispiele zu Punkt 4 bis 8, siehe Anlage 8);
- 5) appellativische Zusätze, mit denen in einer der Ausgangssprachen die Namen fakultativ versehen werden können, sind in die Zielsprache übersetzbar, z.B. dt. Passeier(tal), ital. (val) Passiria: engl. Passeier valley, frz. vallée Passeier ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. Passeier; dt. Gröden(tal), ital. (val) Gardena, lad. Gherdëina: engl. Gherdëina valley, frz. vallée Gherdëina ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. Gherdëina; dt. Brenner(pass), ital. (passo del) Brennero: engl. Brenner pass, frz. col du Brenner ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. Brenner; dt. (Schloss) Runkelstein, ital. (castel) Runkelstein: engl. Runkelstein castle, frz. château Runkelstein ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. Runkelstein;
- 6) jene Elemente, die als Name und Wort zugleich empfunden werden, weil sie dem wissenschaftlich-geografischen Fachwortschatz entnommen sind, können in die Zielsprache übersetzt werden, sofern die Konstruktion als Ganzes segmentierbar ist, z.B. dt. Öztaler Alpen: ital. Alpi dell'Ötztal, engl. Ötztal Alps, frz. Alpes de l'Ötztal; dt. Sextner Dolomiten, ital. Dolomiti di Sesto: engl. Sexten Dolomites, frz. Dolomites de Sexten; dt. Schlerngruppe: ital. gruppo del-lo Schlern, engl. Schlern group, frz. groupe du Schlern;
- 7) auf der Grenze zwischen Appellativ und Eigennamen befindliche Namenbestandteile können, wie überwiegend bei Namen mit hohem Verkehrswert üblich, in die Zielsprache übersetzt werden, sofern die Übersetzung wissenschaftlich fundiert ist, dt. Kalterer See, ital. lago di Caldaro: engl. lake Kaltern, frz. lac de Kaltern; dt. Sellajoch, ital. passo di Sella, lad. Jëuf de Sela (Mëisules): engl. Sela pass (Mëisules [pass]), frz. col de Sela ([col de] Mëisules);
- 8) für den fremdsprachigen Markt sind für die an einer Sprachgrenze befindlichen Gebiete – dies trifft überwiegend auf Pässe, Berge und Almen zu – die Namen bei deren Erstnennung in beiden Spra-

chen zu verwenden. Dabei ist der Name in jener Sprache vorzuziehen, die mehrheitlich im beschriebenen Gebiet vorherrscht wird bzw. in jenem Sprachgebiet vorherrscht, von dessen Seite aus das beschriebene Gebiet betrachtet wird. Je nachdem kann es also heißen z.B. deutsch-italienisch Karerpass / passo di Costalunga: engl. Karerpass / Costalunga pass, frz. col du Karerpass / de Costalunga oder italienisch-deutsch passo di Costalunga / Karerpass: engl. Costalunga pass / Karerpass, frz. col de Costalunga / du Karerpass; deutsch-ladinisch Würzjoch / Ju de Börz: ital. passo Würzjoch / Ju de Börz, engl. Würzjoch / Ju de Börz pass, frz. col du Würzjoch / Ju de Börz oder ladinisch-deutsch Ju de Börz / Würzjoch: ital. passo Ju de Börz / Würzjoch; engl. Ju de Börz / Würzjoch pass, frz. col du Ju de Börz / Würzjoch. Um die Lesbarkeit nicht zu beeinträchtigen, gilt es, bei nachfolgenden Nennungen im Text nur noch eine Sprache, und zwar jene, die bei der Erstnennung prioritär behandelt wurde, zu verwenden.

Einzig historisch fundiert am Begriff Corno del Renon ist das Grundwort Renon. Doch ist dieses nicht italienisch, sondern grödnerisch. Die Gadertaler Version lautet Rignùn, die fassanische Retenón.

Der Name Vipiteno ist eine tolomeische Rekonstruktion auf der Grundlage von lateinisch Vipitenum, Vepiteno, das heute im Talnamen Wipptal fortlebt. Noch bis 1916 verwendet Tolomei persönlich das italienische, aus dem Deutschen importierte Exonym Stérzen. Doch dann Tolomeis plötzlicher Wechsel zu Vepiteno, Vipiteno mit folgender Begründung: „Quando si fosse trattato d'un villaggio o d'una piccola borgata ci saremmo tenuti ad una delle forme italianate correnti. (Per questo luogo son parecchie: fin qui abbiamo usato, di preferenza, Stérzen). Ma nessuna di cotesti suoni deformati s'addice al decoro d'una città, quando essa è per entrare nel novero delle cento sorelle. Abbiamo proposto la resurrezione del nome antico: Vepitèno.“ Stérzen als Beweis gegen die romanische Siedlungskontinuität war Tolomei ein Dorn im Auge.

Vgl. auch Punkt 7.

Der Name Runkelstein geht auf älteres Runkenstein zurück. Er beinhaltet möglicherweise den mittelhochdeutschen Begriff runke 'Falte'. Die Burg könnte nach dem zerklüfteten Stein, auf dem sie errichtet wurde, benannt sein. Der amtliche italienische Begriff Roncolo ist eine tolomeische Konstruktion und soll wohl einen Zusammenhang mit lateinisch runcare 'roden', der mit Sicherheit nicht gegeben ist, suggerieren.

Die Bezeichnung Alpi Venoste e Passirie ist eine tolomeische Konstruktion, deren Intention wie bei Alpi Breonie für die Stubai oder Alpi Aurine für die Zillertaler Alpen darin besteht, jeden Zusammenhang mit Nordtirol zu leugnen. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts gebrauchte Tolomei für die Ötztaler Alpen den ebenfalls konstruierten Begriff Monti d'Ezio.

<sup>6</sup> Beim amtlichen „italienischen“ Namen Sciliar (älter Sciliàr) handelt es sich um eine tolomeische Konstruktion. De facto geht der Name Schlern auf vorrömisch \*Skillèrio zurück, das lautgesetzlich zu den ladinischen sowie zur deutschen Form führte (italienisch „korrekt“ rekonstruiert müsste es wennschon \*Scillèrio heißen).

<sup>7</sup> Vgl. auch Punkt 4.

-----

Molto spesso, tranne che per la pubblicità turistica in tedesco, le associazioni turistiche altoatesine usano – e non solo nella pubblicità in italiano – i macro e microtoponimi ufficiali, quelli cosiddetti "italiani". In certi casi si arriva addirittura a tradurre parti del toponimo nella relativa lingua straniera. Ne è un esempio emblematico il cartello dell'Associazione turistica val Sarentino al passo Pennes, che in inglese dà il benvenuto ai turisti nella Sarentino Valley (allegato 1). In questo caso la Süd-Tiroler Freiheit ha cercato d'intervenire, informando per iscritto l'Associazione turistica che fra l'altro "l'uso dei toponimi ufficiali, cosiddetti 'italiani', in questo caso Sarentino, non è prescritto dalla legge al di fuori del contesto italiano" (allegato 2). In risposta, l'Associazione turistica val Sarentino si è riferita a un elenco di "wording" dell'Alto Adige Marketing (SMG): "Per il wording dei nostri micro e macrotoponimi ci orientiamo secondo i diversi mercati. Abbiamo uno wording orientato ai mercati elaborato dalla SMG, al quale ci atteniamo specialmente per i termini da usare in inglese" (allegato 3). A nostro parere questo "wording" dell'Alto Adige Marketing (allegato 4), è criticabile, e i motivi sono spiegati qui di seguito per singoli punti.

1. Si è deciso che nei testi redatti in lingue straniere la scelta di usare i toponimi tedeschi o quelli italiani, e a quale toponimo dare la precedenza nei contesti per cui sono previste entrambe le forme, dipenda dal mercato a cui ci si rivolge. Nella maggior parte dei casi (Italia, mercati anglofoni, Bene-

lux, Polonia) ci si è decisi per la forma cosiddetta "italiana", e solo in due casi (mercati di lingua tedesca e Repubblica ceca) per la forma tedesca. Così, alla maggior parte dei mercati l'Alto Adige è presentato come una regione fondamentalmente italiana. Ma quest'immagine non corrisponde alla realtà. Inoltre, fissando la lingua dei toponimi secondo i diversi mercati, si dà ai mercati nel loro insieme un'immagine disomogenea dell'Alto Adige.

2. I toponimi "italiani" sono in massima parte costruzioni ovvero ricostruzioni, senza alcuna base né continuità nella storia linguistica e degli insediamenti della regione. Sono stati imposti d'ufficio ai sudtirolesi durante il fascismo, per falsificare la storia dell'"Alto Adige", entità di nuova creazione, e per umiliare i sudtirolesi. L'uso di queste denominazioni pseudoitaliane e collegate al fascismo contraddice diametralmente la pretesa del settore turistico di far propaganda basandosi su autenticità e tradizione. L'esistenza di questa pretesa, e dunque della contraddizione, risulta chiaramente dalla lettera dell'Associazione turistica val Sarentino: "Nondimeno noi siamo orgogliosi della nostra val Sarentino, consapevoli di essere una delle valli più tedesche dell'intero arco alpino, e della fortuna di aver una tradizione autentica, radicamento e amore per i nostri luoghi" (allegato 3). Così i mercati sono anche tratti in inganno, tanto più che normalmente il pubblico non sa che i nomi cosiddetti italiani sono in gran parte manipolati.

3. Il "wording" della SMG non comprende alcuna indicazione sull'uso dei macro e microtoponimi ladini. Ciò fa pensare che ad esempio per il mercato anglofono le località ladine debbano essere indicate in italiano, e per quello ceco in tedesco. Entrambi i casi costituirebbero ulteriori falsificazioni ai danni del cliente.

4. Le singole associazioni, come anche l'Associazione turistica val Sarentino, non mettono in discussione il "wording" dell'Alto Adige Marketing. Ma c'è di più: con un'ulteriore forzatura si traducono parti del toponimo, p.es. -tal. Ne risulta una costruzione ibrida pseudoitaliana-inglese come Sarentino Valley, e ciò per una valle tedesca! L'aggiunta Valley non è scorretta, ma niente affatto necessaria, perché è troppo artificiale, e solo per coincidenza suona come un nome comune. In effetti Sarntal è un nome proprio, non un nome comune. I nomi propri indicano senza significare – anche se spesso, come nel caso di -tal, suonano come nomi comuni e hanno un contenuto trasparente. I nomi comuni significano, e solo questi ultimi si possono tradurre. Nemmeno i tirolesi di lingua italiana hanno mai tradotto il nome Sarntal. Nel loro dialetto era chiamata Sarentol, e lo è anche oggi. Il nome Sarentino è stato creato da Ettore Tolomei, l'inventore dell'"Alto Adige": quindi anche se ufficiale è artificiale, pseudoitaliano e legato al fascismo. L'esempio Sarentino ovvero Sarentino Valley è solo uno fra molti, che mostra con quanta superficialità si usino toponimi artificiali e falsificatori, mentre a quelli autentici, storicamente fondati non si dà la dovuta rilevanza. Si potrebbero aggiungere innumerevoli altri esempi di nomi pseudoitaliani, che non sono stati neanche fissati ufficialmente da uno dei tre decreti fascisti sulla toponomastica e perciò non sarebbero prescritti dalla legge, come Monzoccolo per Tschöggberg, Orto del Toro per Stiergarten o Pracupola per Kuppelwies. Un ulteriore stadio nella deformazione si raggiunge quando questa coinvolge addirittura il nome tedesco. Ad esempio l'Associazione turistica Renon, nel suo logo in italiano, pubblicizza il Corno del Renon<sup>1</sup> e in tedesco lo Horn Rittner (allegato 5)! Dunque per il logo, sul quale il termine più specifico del toponimo appare in caratteri piccoli, il nome determinante è quello cosiddetto "italiano". Per un effetto grafico migliore il nome tedesco è posto in second'ordine rispetto a quello italiano, e così è deformato.

Riassumendo, macro e microtoponimi sono fattori d'identità e testimonianze importanti della storia linguistica e degli insediamenti di una regione. Come le altre tradizioni, anch'essi fanno parte della cultura. Appartengono alla collettività, e gli operatori turistici (ma non solo loro) non possono arbitrariamente considerarli come una merce da adattare alle esigenze dei mercati, secondo una logica sbagliata di apparente ovvietà. I toponimi costruiti ovvero ricostruiti costituiscono invece una manipolazione della storia e degli abitanti, e nella pubblicità turistica anche un inganno a danno dei destinatari. Da parte politica c'è la tendenza a reinterpretare questi nomi come un patrimonio culturale ormai defascistizzato e utile a mantenere la pace. Ciò equivale a relativizzare e sminuire la storia e il presente, perciò questa tendenza va decisamente respinta. Risulta inoltre da diversi studi che anche i turisti italiani provenienti da fuori provincia preferiscono chiaramente i macro e microtoponimi locali autoctoni, per la loro autenticità, a quelli (ri)costruiti e italiani solo in apparenza. Ne è esempio emblematico il nome Südtirol ovvero Sudtirolo invece della denominazione tolomeiana e fascista di Alto Adige. Lo ha recentemente constatato anche il presidente della Provincia Arno Kompatscher in ri-

sposta a un'interrogazione consiliare su temi di attualità della *Süd-Tiroler Freiheit*: "È un fatto che il dibattito politico in questa provincia, e anche rappresentanti di partiti e autorità nel resto d'Italia usano sempre più spesso "Sudtirolo". Ma anche nei mezzi d'informazione italiani e nella società civile, il nome "Sudtirolo" invece di "Alto Adige" trova sempre più favore" (allegato 6). Ma a questo punto s'impone una domanda: non sarebbe ovvio e coerente che anche la Giunta provinciale desse dei segnali nella stessa direzione?

In base a quanto esposto, i sottoscritti sottopongono all'aula la presente mozione.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita

la Giunta provinciale

a intervenire presso la Alto Adige Marketing affinché, passo per passo, introduca i turisti alla toponomastica autentica, e a tal fine modifichi e perfezioni le direttive sull'uso della macro e microtoponomastica nella pubblicità turistica:

1) per i mercati esteri a esclusione di quelli di lingua italiana, tedesca e ladina, si devono usare solo più i macro e microtoponimi storicamente fondati (allegato 7), cioè per aree a maggioranza tedesca i nomi tedeschi, per aree a maggioranza italiana quelli italiani ancora in uso comune, e per le aree ladine quelli ladini: ad esempio a maggioranza tedesca Meran, a maggioranza italiana Bolzano, a maggioranza ladina Urtijëi;

2) per i mercati di lingua italiana i macro e microtoponimi "italiani" (ri)costruiti e dunque storicamente non fondati devono esser usati solo più come aggiunta informativa la prima volta che si cita il toponimo, p.es. Sterzing/Vipiteno2... poi solo Sterzing;

3) per i mercati di lingua italiana si deve preferire sempre più Sudtirolo ad Alto Adige;

4) gli oggetti geografici denominati nella lingua originale o nelle lingue originali possono essere definiti, alla prima citazione nel testo redatto in una lingua diversa, da un termine specificativo in quella lingua. Questo termine ha solo carattere descrittivo e dà un'informazione aggiuntiva. È solo appellativo e non fa parte del nome, che costituisce un'unità e resta identico, ad esempio td. Sarntal: it. valle Sarntal, ingl. Sarntal valley, fr. vallée Sarntal ... poi solo it. Sarntal (cfr. it. dialettale Sarentol), così ingl., fr. Sarntal; td. Vinschgau, it. (val) Venosta, ingl. Vinschgau valley, fr. vallée Vinschgau ... poi solo ingl., fr. Vinschgau; td. Sellajoch, it. passo di Sella, lad. Mëisules (Jëuf de Sela)3: ingl. Mëisules pass (Sela pass), fr. col de Mëisules (col de Sela) poi solo ingl., fr. Mëisules (o ancora ingl. Sela pass, fr. col de Sela) (per altri esempi sui punti 4-8 vedi allegato 8);

5) gli appellativi che si possono facoltativamente aggiungere ai toponimi in testi nella lingua di origine degli stessi si possono anche tradurre, p.es. td. Passeier(tal), it. (val) Passiria: ingl. Passeier valley, fr. vallée Passeier ... poi facoltativamente anche senza appellativo aggiunto ingl., fr. Passeier; td. Gröden(tal), it. (val) Gardena, lad. Gherdëina: ingl. Gherdëina valley, fr. vallée Gherdëina ... poi facoltativamente anche senza appellativo aggiunto ingl., fr. Gherdëina; td. Brenner(pass), it. (passo del) Brennero: ingl. Brenner pass, fr. col du Brenner ... poi facoltativamente anche senza appellativo aggiunto ingl., fr. Brenner; td. (Schloss) Runkelstein, it. (castel) Runkelstein4: ingl. Runkelstein castle, fr. château Runkelstein ... poi facoltativamente anche senza appellativo aggiunto ingl., fr. Runkelstein;

6) gli elementi che si considerano nomi propri e al contempo comuni perché appartenenti al gergo scientifico-geografico, possono esser tradotti nella lingua del testo se l'insieme del nome è suddivisibile, p.es. td. Ötztaler Alpen: it. Alpi dell'Ötztal, ingl. Ötztal Alps, fr. Alpes de l'Ötztal5; td. Sextner Dolomiten, it. Dolomiti di Sesto: ingl. Sexten Dolomites, fr. Dolomites de Sexten; td. Schlerngruppe: it. gruppo dello Schlern6, ingl. Schlern group, fr. groupe du Schlern;

7) quelle parti dei nomi che si trovano al limite fra appellativo e nome proprio, frequenti nei toponimi di uso più comune, possono esser tradotte se la traduzione è scientificamente fondata, td. Kalterer See, it. lago di Caldaro: ingl. lake Kaltern, fr. lac de Kaltern; td. Sellajoch, it. passo di Sella, lad. Jëuf de Sela (Mëisules): ingl. Sela pass (Mëisules [pass]), fr. col de Sela ([col de] Mëisules)7;

8) per i mercati esteri, a esclusione di quelli di lingua italiana, tedesca e ladina, i nomi di oggetti geografici in aree su un confine linguistico – cioè soprattutto passi, monti e malghe – devono esser citati per la prima volta in entrambe le lingue. Deve avere la precedenza il nome nella lingua predominante nell'area descritta, ovvero nell'area linguistica da cui si guarda all'area descritta. Cioè secondo i casi si può avere, p.es. tedesco-italiano Karerpass / passo di Costalunga: ingl. Karerpass / Costalunga

pass, fr. col du Karerpass / de Costalunga, o italiano-tedesco passo di Costalunga / Karerpass: ingl. Costalunga pass / Karerpass, fr. col de Costalunga / du Karerpass; tedesco-ladino Würzjoch / Ju de Börz: it. passo Würzjoch / Ju de Börz, ingl. Würzjoch / Ju de Börz pass, fr. col du Würzjoch / Ju de Börz, o ladino-tedesco Ju de Börz / Würzjoch: it. passo Ju de Börz / Würzjoch, ingl. Ju de Börz / Würzjoch pass, fr. col du Ju de Börz / Würzjoch. Per non compromettere la leggibilità, nelle citazioni successive nel testo si deve usare solo una lingua, quella che ha la precedenza nella prima citazione.

<sup>1</sup> L'unica parte fondata del nome Corno del Renon è la parola base Renon. Questa però non è italiana ma gardenese. La versione badiotta è Rignùn, quella fassana Retenòn.

<sup>2</sup> Il nome Vipiteno è una ricostruzione tolemeiana basata sul latino Vipitenum, Vepiteno, che oggi sopravvive nel nome della valle, Wipptal. Fino al 1916 Tolomei usò l'esonimo italiano Stérzen, basato sul tedesco. Poi improvvisamente si decise per Vepiteno, Vipiteno, con la seguente motivazione: "Quando si fosse trattato d'un villaggio o d'una piccola borgata ci saremmo tenuti ad una delle forme italianate correnti. (Per questo luogo son parecchie: fin qui abbiamo usato, di preferenza, Stérzen). Ma nessuno di cotesti suoni deformati s'addice al decoro d'una città, quando essa è per entrare nel novero delle cento sorelle. Abbiamo proposto la resurrezione del nome antico: Vepitèno." Per Tolomei Stérzen era una prova contro la continuità dell'insediamento romano, e dunque una spina nel fianco.

<sup>3</sup> Vedi anche punto 7.

<sup>4</sup> Il nome Runkelstein risale a un più antico Runkenstein. È possibile che contenga il termine medio alto tedesco runke, "piega". Il castello potrebbe aver avuto il nome dalla roccia frastagliata su cui è edificato. Il nome italiano ufficiale Roncolo è una costruzione di Tolomei e probabilmente suggerisce un nesso, certamente inesistente, col latino runcare "dissodare, disboscare".

<sup>5</sup> La denominazione Alpi Venoste e Passirio è una costruzione di Tolomei che, come Alpi Breonie per quelle della Stubaital e Alpi Aurine per quelle della Zillertal, intende negare qualsiasi nesso col Tirolo del Nord. Ancora agli inizi del XX sec. Tolomei usava per le Alpi della Ötztal la denominazione altrettanto artificiale di Monti d'Ezio.

<sup>6</sup> Il nome "italiano" ufficiale Sciliar (prima era Scilià) è una costruzione di Tolomei. In realtà il nome Schlern deriva dal preromano Skillèrio, che secondo le leggi fonetiche ha poi portato alle forme ladine e a quella tedesca (la ricostruzione italiana "corretta" sarebbe, semmai, \*Scillèrio).

<sup>7</sup> Vedi anche punto 4.

Bevor ich dem Abgeordneten Knoll das Wort erteile, möchte ich die Klasse 3B der Mittelschule Ulten mit Prof. Margesin recht herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Um vorweg gleich einmal ein bisschen vielleicht politischen Wind aus den Segeln zu nehmen, möchte ich sagen, dass wir heute nicht über eine gesetzliche Regelung der Ortsnamen reden. Das ist ein separates Thema, zu dem es einen Landesgesetzentwurf gegeben hat, wo wir sicherlich noch Gelegenheit genug haben werden, darüber zu diskutieren, wo viele Meinungen hier im Landtag bereits ausgetauscht wurden.

Worüber wir heute reden - das betone ich -, ist die freiwillige Verwendung von Namen bzw. Bezeichnungen in der Tourismuswerbung. Wir haben Ihnen vorweg eine Reihe von Unterlagen zu diesem Beschlussantrag beigelegt, aber ich habe vorher den Kollegen diese kleine Mappe ausgeteilt, wo wir eine Reihe von Beispielen aufgelistet haben, die uns Bürger zugetragen haben, wo man sieht, dass immer öfters von Seiten der Südtiroler Tourismuswerbung ausschließlich nur noch italienische Namen in der fremdsprachigen Tourismuswerbung verwendet werden. Wir haben Beispiele angeführt, wie beispielsweise im Sarntal, dort wurde vor einiger Zeit eine Panoramatafel aufgestellt, auf der beispielsweise im Englischen "Welcome Val Sarentino", als ob Val Sarentino im Englischen ganz selbstverständlich der zu bezeichnende Name war. Man muss betonen, dass es für die freiwillige Bezeichnung in der Tourismuswerbung keine gesetzliche Regelung oder Verpflichtung gibt. Im Grunde genommen kann im Tourismus jeder den Namen verwenden, den er gerne möchte.

Es sind uns dann weitere Beispiele zugetragen worden. Wir haben sie hier in einer DIN-A3-Kopie aufgelistet, und zwar einmal die Bezeichnung "Welcome Sarentino Valley", aber auch die jüngsten Schöpfungen wie beispielsweise am Rittner Horn. Das Rittner Horn heißt auf Italienisch "Corno del Renon" und im deutschen Logo

muss sich der Name dem Italienischen unterordnen. Vom Logo her ist es nicht mehr das "Rittner Horn", sondern das "Horn Rittner". Man sieht also, was hier für Politik betrieben wird. Das jüngste Beispiel aber ist eine APP für den Radweg zwischen Innichen und Lienz, wo man eigentlich meinen müsste, dass es eine tolle Sache wäre, wenn Osttirol mit dem Südtiroler Teil vom Pustertal ganz im Sinne der Europaregion Tirol zusammen wachsen und sich die Hände reichen würde. Wie wunderbar könnte man das in einem Logo ausdrücken, aber nein, Südtirol kommt in diesem Logo nicht einmal mehr vor. Es geht hier nur noch, ostentativ dargestellt, mit den Fahnen, um ein Ineinanderfließen und -schmelzen von Italien und Österreich. Und, wohlgemerkt, das ist jetzt nicht die englischsprachige Werbung, sondern für den deutschsprachigen Markt. Dort gibt es nur noch die Bezeichnung "San Candido". Innichen gibt es nicht einmal mehr.

Wir haben dann die Tourismustreibenden sowohl vom Ritten, vom Sarntal als auch von Innichen angeschrieben und sie gefragt, was der Grund dafür ist, dass sie in der Tourismuswerbung immer öfters und manches Mal, wie man sieht, inzwischen fast ausschließlich, nur noch die sogenannten pseudoitalienischen Namen verwenden. Als Antwort haben wir bekommen, dass es von Seiten der SMG, also von der Südtirol Marketing Gesellschaft eine Wording-Liste, eine Richtlinie gibt, die in Anlage 4 dem Beschlussantrag auch beigelegt ist, wo genau festgelegt wird, welche Sprache für welches Land in der Tourismuswerbung zu verwenden ist. Diese sollte man sich einmal durchlesen. Dort sind die deutschsprachigen Märkte aufgelistet, wo man noch, weil man am Beispiel Innichen sieht, dass es selbst dort nicht mehr ausschließlich ist, zumindest die deutschen Namen verwenden darf. Im Italienischen sollen ausschließlich nur die faschistischen Ortsnamen verwendet werden und die italienischen, die historisch gewachsen sind, aber in den englischen Märkten, in den Benelux-Märkten und in Polen wird ausschließlich nur noch der italienische Name verwendet. Wenn beispielsweise ein Bericht über Gemeinden des Pustertales gemacht wird, dann steht hier drinnen, dass bei der Erstnennung der deutsche Name noch genannt werden darf, dann in der Folge soll aber nur noch der italienische Name verwendet werden. Einzige Ausnahme bildet interessanterweise Tschechien. Tschechien sollte – das ist auf der Wording Liste der SMG vermerkt - mit deutschem Namen vermerkt werden. Da fragen wir uns schon, was die wissenschaftliche Basis einer solchen Wording Liste der Südtirol Marketing Gesellschaft ist, denn niemand kann mir erzählen, dass im tschechischen Markt die Affinität für das Deutschsprachige mit all den historischen Belastungen wie Benes-Dekreten usw. so viel größer wäre als gegenüber den italienischen, aber selbst in den Gebieten, in denen es Deutsche gibt - nehmen wir die Benelux-Länder her, denn in Belgien lebt auch eine große deutschsprachige Gemeinschaft – werden die Deutschen mit italienischen Namen angeschrieben, weil man sich darauf beruft, dass das italienische Flair angeblich besser ankommen würde als unsere eigene Identität.

Wie hirnlos eine solche Maßnahme ist, zeigt sich im Umgang, wie andere Tourismusgebiete diesem Beispiel folgen müssten. Wie sollte beispielsweise die Ferienregion "Zugspitze" sich in den Benelux-Ländern vermarkten, wenn man weiß, dass dort das Deutsche nicht so gut ankommt? Sollen diese dann auch einen italienischen Namen finden? Vielleicht mit "Cima del Treno", weil es besser ankommt? Hier muss man sich schon die Frage stellen, was für Leute hier effektiv am Werk sind. Hier wird Stück für Stück unsere eigene Identität untergraben, aber nicht nur untergraben, sondern sogar noch geleugnet, weil es in diesem Beispiel auf dieser APP weder Südtirol noch Innichen gibt.

Wir haben einmal mit unserem Sprachwissenschaftler Dr. Cristian Kollmann erhoben - ich betone, dass es hier nicht um einen politischen Beschlussantrag geht -, wie andere Tourismusgebiete mit der Frage der Tourismuswerbung umgehen, denn viele Gebieten stehen vor der gleichen Frage, wie man zum Beispiel Namen wie das Ötztal im Englischen bewirbt. Ist es dann Ötztal, Ötz Valley oder Ötztal Valley usw.? Wir haben uns angesehen, wie es andere Tourismusregionen machen und sind draufgekommen, dass in allen anderen Tourismusgebieten niemand Probleme hat, die eigenen Namen zu verwenden, selbst dort nicht, wo es italienische Namen geben würde, weil sie von überregionaler Bedeutung sind, geschweige denn, dass Namen erfunden werden. Auf der Basis dieser wissenschaftlichen Erhebung haben wir diesen Beschlussantrag ausgearbeitet und selbst einmal eine Art Wording Liste erstellt, wie man im Umgang mit den Ortsnamen in der Tourismuswerbung verfahren könnte und haben hierzu im beschließenden Teil acht Punkte ausgearbeitet, die ich jetzt gerne vorlesen würde, weil sie im Detail doch wichtig sind:

*"Der Südtiroler Landtag fordert die Landesregierung auf,*

*bei der Südtirol Marketing Gesellschaft zu intervenieren, damit diese die Feriengäste Stück für Stück an die authentische Toponomastik heranführt und die Richtlinien zum Gebrauch der Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung entsprechend modifiziert und verfeinert:*

*1. für den fremdsprachigen, d.h. nicht deutsch-, italienisch-, ladinischsprachigen Markt sind nur noch die historisch fundierten Orts- und Flurnamen zu verwenden, d.h. in Bezug auf mehrheitlich deutsche Gebiete die*

deutschen Ortsnamen, auf mehrheitlich italienischsprachige Gebiete, in der fremdsprachlichen Werbung natürlich die italienischen Namen wie zum Beispiel Bozen könnte sich selbstverständlich in der fremdsprachigen Tourismuswerbung als *città di Bolzano* oder *city of Bolzano* bewerben. Dasselbe gilt für die ladnischen. Welchen Sinn macht es, die ladnischen Gemeinden nicht mit den ladnischen Namen zu bewerben?

2. Für den italienischsprachigen Markt sind die (re)konstruierten und damit historisch nicht fundierten "italienischen" Orts- und Flurnamen nur noch als rein informativer Zusatz bei Erstnennungen zu verwenden, z.B. Sterzing / Vipiteno ... in der Folge nur noch Sterzing, weil wir glauben, dass es für die italienischen Gäste wichtig ist, die hierher kommen etwas über die Identität und Kultur unserer Sprache und unseres Landes zu erfahren. Kein italienischer Gast kommt weniger nach Südtirol, nur weil sich dieser Tourismusort nicht mit einem italienischen Namen bewirbt und das kann ich von meiner eigenen Heimatgemeinde Schenna sagen. Sie finden in keinem einzigen Prospekt den Namen Schenna, auch im Italienischen nicht. Immer wieder kommen italienische Gäste gerne in unser Dorf;

3. für den italienischsprachigen Markt ist der Gebrauch der Landesbezeichnung *Sudtirolo* jenem von *Alto Adige* in zunehmendem Maße vorzuziehen. Hier gibt es interessanterweise sogar von der SMG selbst eine Markterhebung, dass der Name *Sudtirolo* in Italien marketingtechnisch viel besser zu vermarkten ist als der Begriff *Alto Adige*. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, damit gerade die Italiener in Italien die Besonderheit Südtirols erkennen und damit langfristig auch eine Rechtfertigung für die Autonomie erkennen, denn wenn diese uns italienische verkaufen am italienischen Markt als Italien selbst, dann wird niemand in Zukunft Verständnis dafür haben, warum wir in Südtirol eine Sonderautonomie haben;

4. die in der Originalsprache/in den Originalsprachen bezeichneten geografischen Objekte können bei deren Erstnennung in der Zielsprache im Fließtext mit einem eigenen Begriff definiert werden. Dieser Begriff hat rein deskriptiven Charakter – zum Beispiel *Sarntal* würde dann im Englischen *Sarntal Valley* werden; man hätte den Namen *Sarntal* drinnen, aber die Bezeichnung des *Valley*, dass der englischsprachige Gast versteht, dass es sich hier um ein Tal handelt - und dient der Zusatzinformation. Er ist appellativisch und gehört nicht zum Namen, der als solcher eine Einheit bildet und unverändert bleibt, z.B. dt. *Sarntal*: ital. *valle Sarntal*, engl. *Sarntal valley*, frz. *vallée Sarntal* ... in der Folge nur noch ital. *Sarntal* (vgl. italienisch-mundartlich *Sarentol*), ebenso engl., frz. *Sarntal*; dt. *Vinschgau*, ital. (val) *Venosta*: engl. *Vinschgau valley*, frz. *vallée Vinschgau* ... in der Folge nur noch engl., frz. *Vinschgau*; dt. *Sellajoch*, ital. *passo di Sella*, lad. *Mëisules* (*Jëuf de Sela*): engl. *Mëisules pass* (*Sela pass*), frz. *col de Mëisules* (*col de Sela*) ... in der Folge nur noch engl., frz. *Mëisules* (oder weiterhin engl. *Sela pass*, frz. *col de Sela*) (weitere Beispiele zu Punkt 4 bis 8, siehe Anlage 8);

5. appellativische Zusätze, mit denen in einer der Ausgangssprachen die Namen fakultativ versehen werden können, sind in die Zweitsprache übersetzbar, z.B. dt. *Passeier(tal)*, das man auch als *Psaier* benennen kann, im ital. (val) *Passiria*, selbstverständlich historisch belegbar, engl. *Passeier valley*, frz. *vallée Passeier* ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. *Passeier*; dt. *Gröden(tal)*, ital. (val) *Gardena*, lad. *Gherdëina*: engl. *Gherdëina valley*, frz. *vallée Gherdëina* ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. *Gherdëina*; dt. *Brenner(pass)*, ital. (passo del) *Brennero*: engl. *Brenner pass*, frz. *col du Brenner* ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. *Brenner*; dt. (Schloss) *Runkelstein*, ital. (castel) *Runkelstein*: engl. *Runkelstein castle*, frz. *château Runkelstein* ... in der Folge fakultativ auch ohne appellativischen Zusatz engl., frz. *Runkelstein*;

6. jene Elemente, die als Name und Wort zugleich empfunden werden, weil sie dem wissenschaftlich-geografischen Fachwortschatz entnommen sind, können in die Zielsprache übersetzt werden, sofern die Konstruktion als Ganzes segmentierbar ist, z.B. dt. *Öztaler Alpen*: ital. *Alpi dell'Ötztal*, engl. *Ötztal Alps*, frz. *Alpes de l'Ötztal*; dt. *Sextner Dolomiten*, ital. *Dolomiti di Sesto*: engl. *Sexten Dolomites*, frz. *Dolomites de Sexten*; dt. *Schlerngruppe*: ital. *gruppo dello Schlern*, engl. *Schlern group*, frz. *groupe du Schlern*;

7. auf der Grenze zwischen Appellativ und Eigennamen befindliche Namenbestandteile können, wie überwiegend bei Namen mit hohem Verkehrswert üblich, in die Zielsprache übersetzt werden, sofern die Übersetzung wissenschaftlich fundiert ist, dt. *Kalterer See* ist seit dem 19. Jahrhundert als *Iago di Caldaro* bekannt: engl. *lake Kaltern*, frz. *lac de Kaltern*; dt. *Sellajoch*, ital. *passo di Sella*, lad. *Jëuf de Sela* (*Mëisules*): engl. *Sela pass* (*Mëisules* [pass]), frz. *col de Sela* ([col de] *Mëisules*);

8. für den fremdsprachigen Markt sind für die an einer Sprachgrenze befindlichen Gebiete – dies trifft überwiegend auf Pässe, Berge und Almen zu – die Benennung von der Seite zu wählen, von dem dieser Pass beschrieben wird. Wenn beispielsweise der *Karerpass* von deutscher Seite aus beschrieben wird, dann ist er selbstverständlich im fremdsprachlichen Kontext auch mit dem deutschsprachigen Namen zu versehen. Wird er von italienischer Seite aus beschrieben, dann soll dafür der italienische Name verwendet werden."



**STEGER (SVP):** Wenn Wissenschaftler Tourismus machen, dann ist das relativ schwierig.

Zunächst die Sprache, die Toponomastik ist für Südtirol ganz besonders wichtig. Das setze ich voraus. Wir sind somit nicht in einer Situation sonst, wenn wir nicht in Südtirol, sondern in irgendeinem Bundesland in Tirol oder in einem Bundesland in Deutschland wären, denn dann würde ich sagen, Kollege Knoll, lassen Sie die Finger von der Toponomastik in der Tourismuswerbung. Letztendlich ist es so, dass der Köder den Fisch schmecken muss und nicht den Fischer. Oft ist es so, dass das, was der Fischer gerne als Köder setzen würde, beim Fischen nicht ankommt, und das ist ein Problem.

Hier in Südtirol – diesbezüglich gebe ich Ihnen recht, das möchte ich auch ganz klar zum Ausdruck bringen – ist das Thema der Toponomastik ein ganz besonderes. Aus diesem Grunde kann ich mich auch mit dem einführenden Teil Ihres Beschlussantrages sehr wohl anfreunden, wo Sie schreiben: "Bei der Südtirol Marketing Gesellschaft zu intervenieren, damit diese die Feriengäste Stück für Stück an die authentische Toponomastik heranzuführt und die Richtlinien zum Gebrauch der Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung entsprechend modifiziert und verfeinert." Darüber ist zu wählen. Wir sind auch nicht mit allen Entscheidungen glücklich, die auf der Basis der Richtlinien der Südtirol Marketing Gesellschaft von den Tourismusorganisationen angewandt werden. Aber dass man hergeht und einen wissenschaftlichen Exkurs macht und überhaupt nicht den Köder von der anderen Seite betrachtet ... Ich möchte dieses Bild wirklich bringen, denn der Tourismus ist für Südtirol ein ganz wichtiger Aspekt auch von der Wohlstandssituation her. Wir brauchen auch die Gäste, neue Märkte und es ist wesentlich, dass wir auf jenen Märkten den potentiellen Kunden so ansprechen, dass er ganz besonders von uns in der Einschätzung getroffen wird, die unsere Touristiker in den Märkten mit ihren Marketing Strategien und Marketing Entscheidungen haben. Bitte keine rein wissenschaftlichen Exkurse, wenn man Gäste gewinnen will.

Aus diesem Grunde bin ich persönlich, wie gesagt, ganz gegen diese detaillierte wissenschaftliche aufbereitete Abhandlung, aber wir haben es hier, wie Sie richtig sagen, nicht allein mit Politik zu tun, sondern auch mit Tourismus und mit der Notwendigkeit, dass wir die Gäste in unser Land bringen, dass wir qualitativ hochwertige Märkte ansprechen. Es ist so, dass die Gäste gewisse Sensibilitäten spüren. Es ist nicht so, dass die SMG in der Früh aufgestanden ist und gesagt hat, dass dies das Wording ist, das wir verwenden, sondern ist auf der Basis von Marktstudien erfolgt. Insofern ...

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** *(unterbricht)*

**STEGER (SVP):** Sie haben uns Richtlinien beigelegt.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** *(unterbricht)*

**STEGER (SVP):** Wenn Sie mich fragen, ob es eine wissenschaftliche Grundlage ist, dann werde ich zumindest einmal darüber nachdenken, um Ihnen keinen Blödsinn zu sagen. Die Studie ist entweder repräsentativ oder nicht repräsentativ, aber Sie wissen ganz genau, dass eine repräsentative Studie auch mit extremen Kosten verbunden ist. Es könnte durchaus sein, ich weiß es nicht, dass aus diesem Grunde gesagt worden ist, dass es nicht wissenschaftlich fundiert ist, aber es sind Marktfragen oder Marktforschungen gewesen, davon gehe ich einmal aus. Das würden wir auch einfordern, wenn wir in Diskussion stehen. Der Herr Landeshauptmann steht mit der SMG genau in dieser Frage bereits in Absprache und in Diskussion, weil auch wir gemäß dem, was Sie eingangs im ersten Teil des Beschlussantrages schreiben, eine Verbesserung der Situation wollen. Wir glauben auch, dass es hier zu Stilblüten oder, sagen wir, zu unnotwendigen Affronts auch in Bezug auf die Toponomastik in den letzten Jahren gekommen ist und dass wir ganz bestimmt nachbessern müssen. Zu sagen, dass wir es so fundiert zu machen haben, dass der eine so und der andere so zu tun habe, halte ich gerade im Bereich der Tourismuswerbung für gefährlich. Wir müssen letztendlich schon wissen, worum es in erster Linie geht.

Es geht darum, dass wir auch Gäste in unser Land holen. Wir in Südtirol müssen ganz besonders sensibel sein, da haben Sie völlig recht, und müssen schauen, dass wir das eine mit dem anderen verknüpfen können, das wollen wir machen. Der Herr Landeshauptmann ist im Gespräch mit der SMG und möchte das auf die Reihe und auf den Weg bringen und eine Verbesserung der Situation erreichen. Sie haben mit Ihrer Einschätzung recht, dass diesbezüglich einiges nicht gut läuft, wie das Beispiel von Innichen. Hier ist allerdings zu sagen, und das wissen Sie auch, dass es sich um eine APP handelt und eine APP hat ganz wenige Zeichen, die man setzen kann und beide Zeichen sind nicht möglich, nämlich 15. Das eine oder das andere. Die Entscheidung ist dann so getroffen worden. Mir würde es auch anders besser gefallen, aber man muss sagen, dass oft auch die technische Voraus-

setzung nicht möglich ist, dass man beide Namen gemeinsam gerade in den neuen Medien verwenden kann. Ich werde für meine Fraktion sicher sagen können, dass wir mit dem einführenden Teil im beschließenden Teil sehr wohl einverstanden sind, aber den Rest ablehnen.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich kann die Einschätzungen vom Kollegen Steger nicht teilen. Wenn er von Studien redet, dann müssen wir auch noch französische und russische Namen hinzufügen. Wenn man schon davon ausgeht, dass diese Liste von der SMG aufgrund von irgendwelchen Studien oder wissenschaftlichen Belegen erstellt worden ist, dann müssten diese Namen, weil wir auch russische und französische Gäste hier haben, auch übersetzt werden, wenn es darum geht, den Anliegen und der Sprache von Touristen nachzukommen, dass wir nur deshalb attraktiv sind.

Von den Zahlen her ist es so, dass wir in Südtirol im Jahr 29 Millionen Übernachtungen haben und davon sind 50 Prozent aus Deutschland. Weitere Anteile sind aus der Schweiz, aus Österreich und Italien, jedoch von dem her sind sie vorwiegend deutsch. Deshalb müsste man in erster Linie die deutsche Sprache stellen. Dass unser Land für Touristen attraktiv ist und sie schon seit Jahrzehnten nach Südtirol kommen, geht auf die kulturelle Vielfalt zwischen Essen, Landschaft usw. zurück. Bei uns gibt es die Schlutzer, die man sonst nicht leicht bekommt, die Knödel, das Gröstl und das ist diese Einzigartigkeit, das Zusammenspiel auch zwischen der Kultur, was die Trachtenumzüge ausmacht, was zu unserem Land gehört. Damit sind wir authentisch, damit sind wir echt. Es sind die Musikkapellen, es ist unsere Landschaft, die einerseits vom landwirtschaftlichen Anbau geprägt ist, jedoch hat der Gast auch die Auswahl, sich an den See zu legen oder auf den Berg zu gehen. Und all dieses Zusammenspiel miteinander macht Südtirol aus. Hier muss man jedoch eine klare Linie vorweisen. Jeder, der einen Betrieb zu Hause hat, weiß genau, was er mit seinem Betrieb darstellen will. Das ist wichtig. Mit dem, was ich darstelle und ganz klar ausdrücke, kann ich auf dem Markt bestehen. Das ist das Land Südtirol, das auf dem Weltmarkt eine klare Linie darstellen muss, um auf dem Weltmarkt mitfahren und überleben zu können. Dazu gehört auch eine klare Linie im Ausdruck sozusagen von Orts- und Flurnamen und das besonders in der touristischen Werbung, denn hier geht es um die Authentizität und das ist wichtig.

Im Moment geht alles in eine falsche Richtung. In Navigationssystemen sowie auch in digitalen Landkarten über Google oder über andere Suchmaschinen sind nur noch die italienischen Namen vorzufinden. Es passiert nicht selten, dass Leute, Gäste bzw. Touristen kommen und sagen, dass sie heute in Avelengo oder in Marlenigo waren. Wo waren Sie bitte? Die Realität ist, dass sie die deutschen Namen nicht einmal mehr wissen. Das behaupte nicht ich, sondern das kann man in Gastbetrieben quer durch die Bank durchfragen und das passiert sehr, sehr oft. Das bedeutet, dass das, was hier dargestellt wird, in die falsche Richtung geht, und dem muss man entgegenwirken. Deshalb ist es wichtig, gerade auch für die Zukunft, um das Bild von Südtirol auf dem Weltmarkt nicht zu verfälschen und auch weiterhin zu bestehen, dass das authentische Bild gezeigt wird. Das hängt mit den originalen, authentischen und historisch gewachsenen Orts- und Flurnamen zusammen. Das ist das Bild für Südtirol.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Approvare il primo punto della parte impegnativa significa nascondersi dietro un dito, cioè dire tutto e il contrario di tutto, perché la prima parte che dice che bisogna intervenire presso "Alto Adige Marketing" perché passo dopo passo introduca i turisti alla toponomastica autentica non si capisca cosa voglia dire, e credo sia l'operazione che la Volkspartei in questo momento si sente nella condizione di fare, cioè fare intendere di voler fare qualcosa e poi non chiarire bene quale voglia essere l'intervento, ed è un po' quel gioco della politica che non sta bene, perché bisognerebbe essere molto chiari sulle volontà, anche perché quando si parla di toponomastica autentica ognuno la interpreta a modo suo, perché per me e credo per le persone di buona responsabilità in Alto Adige la toponomastica autentica dell'Alto Adige è quella delle sue diverse espressioni linguistiche. Nessun nome, ricordiamocelo, fu stato assegnato da Dio. Non è che quando fu fatta la terra furono assegnati i nomi ai luoghi. I nomi nascono dalle consuetudini umane, dalle abitudini, dalle esperienze delle persone e non tutti nascono in un certo momento storico, alcuni nascono nell'età della pietra, altri nell'epoca successiva, altri nell'epoca contemporanea. Ancora oggi noi facciamo nascere dei nomi, quando per esempio dobbiamo far nascere una zona industriale o creare un nuovo insediamento abitativo piuttosto che fare innalzare un condominio. Cosa vuol dire autentico? È tutto quello che nel tempo si è sviluppato, indipendentemente dall'origine storica, non solo quello che è nato prima del 1918 è autentico e quello che è successivo non lo è. Nemmeno quello che lo è dopo il 1945 piuttosto che prima del 1945, o gli anni 70 piuttosto che gli anni 80. Tutto è autentico. A me viene da sorridere, pur essendo la storia che ci viene raccontata molto seria, perché potrebbe essere vista da due lati differenti, nel senso che potrebbero essere consegnati grandi documentazioni rispetto alle scelte che

talvolta hanno invece limitato l'espressione linguistica italiana da parte di "Alto Adige Marketing", e su questo potrei anche concordare che si debba rivedere qualche criterio, d'altronde sono gli stessi colleghi che ci hanno allegato degli atti dai quali risulta come l'"Alto Adige Marketing" impone l'uso del marchio esclusivo "Südtirol" in determinati mercati compresa l'Italia. Questo è un dato che nessuno ha rilevato e che invece ritengo rilevare: se si ritiene coerente un ragionamento, lo si dovrebbe ritenere coerente in tutte le sue espressioni. Allora risolvo la questione dicendo che il valore aggiunto del nostro territorio è il plurilinguismo, e la questione si risolve utilizzando i nomi nelle due lingue, non facendo braccio di ferro su chi ha più forza per imporre solo il proprio modello, solo la propria lingua contro le altre. Il braccio di ferro della nostra comunità dovrebbe essere per affermare il valore del plurilinguismo, di più lingue che si affermano sul mercato nazionale e il mercato straniero. Questa sarebbe la grande sfida vinta dell'Alto Adige, altrimenti sarà sempre una sfida a chi perde o a chi riusciamo a far perdere, e questo significherebbe far perdere l'Alto Adige nel complesso!

**STIRNER (SVP):** Ich kann diesem Beschlussantrag einiges an Positivem abgewinnen. Ich teile nicht die Meinung der Vorredner, die gesagt haben, dass eine Marketinggesellschaft oder meistens Vertreter der Marketinggesellschaften sich mit den Auswirkungen der Übersetzung auseinandersetzen, eventuell mehr Touristen ins Hand holen zu wollen. Ich glaube, wirtschaftliche Interessen sollten nicht vor dem Respekt vor kultureller und sprachlicher Besonderheit in unserem Land gehen und dass sehr oft auch Menschen, die im Bereich Werbung arbeiten, wenig Sensibilität für die Besonderheiten, für die Eigenheiten zeigen, die gerade in einem Land wie Südtirol sehr wohl zu respektieren sind.

Ich bemerke auch immer wieder die vielen Negativbeispiele, angefangen von dieser Werbung für Gröden. Es heißt nur Val Gardena und fertig. Wir haben Beispiele noch und nöcher. Ich glaube, Leute, die unser Land kommen, schätzen es sogar und legen Wert darauf, dass sie die ursprünglichen Namen des Landes Südtirol kennenlernen und dass diese dann auch gebraucht werden. Ich finde es schade, wenn man hergeht und nur, weil es besser klingt oder vielleicht besser im Ohr bleibt, auf die italienische Übersetzung zurückgreift. Damit bin ich absolut nicht einverstanden und ich glaube schon, dass wir dem etwas entgegenhalten sollten. Das bedeutet nicht, dass wir das Italienische ablehnen, ganz und gar nicht, aber dass wir auf die ursprünglichen Namen, die in Südtirol verwendet werden, Wert legen.

Was den Begriff "Sudtirolo" anbelangt, Folgendes. Ich habe sehr viele Freunde und Bekannte, auch im Rest Italiens. Für mich und für diese Freunde ist es ganz selbstverständlich, den Begriff "Sudtirolo" und nicht den Begriff "Alto Adige" zu verwenden. Deshalb finde ich diesen Vorschlag positiv.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte die Klasse 3C der Mittelschule Leifers mit Prof. Kerschbaumer recht herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Heiss, bitte.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Der Tourismus ist natürlich ein erstrangiger Wirtschaftsfaktor in diesem Land, aber wenn man – das möchte ich schon ein wenig polemisch sagen – sein kulturelles, landschaftliches Bewusstsein bewertet, dann sieht man doch manche Lücken in diesem Bereich. Das ist sehr deutlich. Der Umgang mit Landschaft, der Umgang mit Geschichte, der Umgang mit Kultur ist in vieler Hinsicht ein instrumenteller. Das ist bedauerlich. Wir sehen es als Grüne im ganz besonderen Maße, dass hier der Respekt, aber oft auch die Kenntnis fehlt. Es wird vor allem der Markt, das Incoming betrachtet und es wird weniger darauf geachtet, was die komplexe, vielfältige und reiche Kultur dieses Landes ausmacht. Das halten wir für ein großes Defizit. Wir sehen es auch in vielen anderen Diskussionen, wenn es darum geht, Wanderführer oder Wanderleiter zu qualifizieren, denn dort ist die kulturelle Kompetenz völlig untergewichtet.

Die Südtiroler Freiheit ist in der Lage, ständig solche Beschwerdefälle entgegenzunehmen, auch sehr merkwürdige Konstruktionen wie Sarentino Valley. Das klingt eher wie Mendosino oder andere vergleichbare Schlagerhits. Das sind Wortschöpfungen, die auf dem englischen Markt Wirkungen zeigen, aber sie verwischen in wesentlichen Teilen auch jene Authentizität, mit der dieses Land immer nach außen hin punkten will. Das ist ein wirklich gravierendes Defizit.

Zu diesem Land gehört allerdings auch eine Mehrsprachigkeit, das Zusammenleben mehrerer Kulturen und mehrerer Sprachgruppen und das sollte in der Tourismuswerbung zum Ausdruck kommen. Hier haben wir Grüne eine relativ klare Position, denn wir sind der Auffassung, dass keine entstellenden Formen eingeführt werden dürfen. Ich halte umgekehrt auch, Kollegin Atz Tammerle, das Schenna-Prinzip für sehr entstellend oder auf Dorf Tirol, dass dort sämtliche Gasthofbezeichnungen, sämtliche Formen von Aufschriften völlig germanisiert sind. Das

ist eine, aus meiner Sicht, radikale Entstellung. Ich glaube, es müsste möglich sein, diese Diktion, dieses Wording der Südtirol Marketing Gesellschaft gründlich zu überprüfen und diese kulturelle Authentizität stärker zu fördern, aber im Hinblick, und das ist unsere Überzeugung, auf eine relativ konsequente Zweisprachigkeit der Namen sollte eine Erstreichung nach der mehrheitlichen Sprachgruppe möglich sein. Wir glauben, dass dies eingehend studiert und in diese Richtung vertieft werden sollte. Das ist unser Grundprinzip und nicht sozusagen der Versuch, einen zweiten Namen sozusagen radikal auszumerzen wie etwa in diesem Vorschlag, wenn Sterzing Vipiteno genannt sind, beim ersten Mal zweifach und beim zweiten Mal Vipiteno gestrichen.

Aus unserer Sicht ist der Ansatz, diese Stillblüten auf kulturellen rein marktgerechten Wortschöpfungen zu überprüfen, in Ordnung, aber wir stehen nach wie vor für eine entschiedene Zweisprachigkeit oder Dreisprachigkeit in diesem Bereich ein.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Natürlich ist dies ein politischer Beschlussantrag. Wieso soll man sich dahinter verstecken? Steht doch dazu! Ich unterstütze es und ich stehe auch dazu. Das ist ein hochpolitischer Beschlussantrag, der einen kleinen Makel hat. Der schlaue Fuchs Urzi hat einmal gesagt, dass 70 Prozent seiner Motivation, in die Politik zu gehen, die Toponomastik sei. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Er hat es schnell herausgefunden, nämlich den Begriff der authentischen Toponomastik.

Ich schätze die sprachwissenschaftliche Arbeit von Dr. Kollmann sehr, ein Kompliment meinerseits. Die Umsetzung ist dann schlussendlich auch sehr politisch. Gibt es den Begriff authentische Toponomastik in der Terminologie als solchen, denn ich weiß es nicht? Ich lasse mich gerne belehren, denn die Interpretation ist hier gleich wieder gegeben. Diejenigen, die für die zweisprachige bzw. dreinamige Toponomastik eingetreten sind, drehen es jetzt um und sagen, dass aus gebräuchlich authentisch wird, und das befürchte ich. Da sehe ich einen Schwachpunkt. Ansonsten bin ich selbstverständlich damit einverstanden, aber wir müssen die Schneid haben, endlich auch die Regelung so vorzunehmen, dass sie auch juristisch hält, denn die Touristiker werden sagen, dass man den politischen Streit selber ausmachen solle.

Wir haben jetzt die Unterlagen lesen können. Typisch sind die Aussagen des Geschäftsführers Walter Perkmann vom Sarntal, der sich für die politische Aufklärung sehr bedankt und sagt, dass er überhaupt keinen Grund sehe, von der Bezeichnung "Sarentino Valley" abzugehen. Zum Ersten habe er keine Klagen gehört und zum Zweiten führt er süffisant hinzu: "Trotzdem sind wir als Sarner auf unser Tal stolz, wohl wissend, dass wir eines der deutschesten mit unverfälschter Tradition, Bodenständigkeit und Heimatverbundenheit gesegneten Täler des gesamten Alpenraumes sind. Bitte?"

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich zitiere es jetzt. Das kann jeder so wahrnehmen wie er glaubt, es wahrnehmen zu müssen oder wahrnehmen zu können. Das ist nicht das Entscheidende. Dass die Tourismusvereine die Verantwortung auf die SMG abwälzen, verstehe ich, richtig ist und das unterstütze ich, dass wir die SMG, die vom Land finanziert wird, aufgefordert wird, Kriterien zu schaffen, die vielleicht ein bisschen einheitlich sind. Wir sollten aber vermeiden, dass dann überall anders vorgegangen wird, wo sich dann überhaupt keiner mehr auskennt. Die Toponomastik, die Ortsnamengebung verdient es nicht, vielleicht so hin- und hergezogen und interpretiert zu werden. Wir sollten endlich zu einer ganz klaren Lösung kommen.

Unser Vorschlag ist klar, diesen wiederhole ich, auch wenn es ein politischer ist. Die Proporzregelung kommt auch der Gebräuchlichkeit näher, aber, wie gesagt, die historische Lösung ist sie nicht, aber mit dem Begriff "authentische Toponomastik" werden wir möglicherweise Schwierigkeiten bekommen und dort landen, wo wir schon sind, nämlich bei der Gebräuchlichkeit. Dann wird Spiluck wieder Spelonca, weil Kollege Urzi sicher jemanden finden wird, der sagt, dass er diesen Ort immer Spelonca bezeichnet habe und er somit so bleiben soll, was natürlich der totale Unsinn ist.

**SCHIEFER (SVP):** Grundsätzlich bin ich in Fragen der Toponomastik als Fundamentalist bekannt. Auch Kollege Urzi kann ein Lied davon singen.

Ich müsste diesem Beschlussantrag grundsätzlich auch zustimmen. Allerdings habe ich einige Vorbehalte und ich möchte dazu auch etwas sagen. Vorab ein Kompliment Dr. Christian Kollmann, der sicherlich allen bekannt ist und als Experte und Sprachwissenschaftler auf diesen Gebiet auch anerkannt ist. Er hat sich sicherlich bemüht zu recherchieren.

Ich persönlich finde es nicht gut, wenn die SMG und die Tourismuswerbung einer Kommerzialisierung der Landschaft, der Umwelt und der Kultur frönen. Das ist der falsche Weg und es ist ein gefährlicher Trend. In diesem Fall ist es deswegen auch problematisch, weil ich manchmal den Eindruck habe, dass unter dem Vorzeichen der Werbung und des Erfolges vielfach unser alter und großer Gegner Tolomei aus Glen bei Montan fröhlich Urständ feiert. Das müssen wir auf alle Fälle vermeiden, denn Tolomei hat, glaube ich, genügend Schaden angerichtet.

Trotzdem würde ich sagen - da knüpfe ich bei dem an, was unser Fraktionssprecher gesagt hat -, dass wir dem Landeshauptmann, der in dieser Angelegenheit bereits Gespräche führt, die Zeit lassen und die Chance geben, mit der SMG und der Tourismuswerbung darüber zu sprechen, dass man genau in diesen Punkten mehr Vorsicht walten lässt und nicht willkürlich einmal den Begriff "Alto Adige" und dann die Begriffe "San Candido", "Sarentino" usw. verwendet, denn irgendwo geben wir, glaube ich, nicht nur die eigene Identität auf, sondern verlieren sehr viel an Glaubwürdigkeit den Touristen, sogar den italienischen Touristen gegenüber.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich finde auch, dass es ein Skandal ist, wie sich Touristiker, Private oder auch Unternehmer am wichtigen Kulturgut Toponomastik bedienen, das verfälschen und für ihre Zwecke verwenden. Das sollte nicht sein. Das erinnert schon irgendwie an die jetzigen Aktivitäten im Nahen Osten, wo man mit der Spitzhacke die eigene Kultur verschandelt. Irgendwo ist dies nicht nachvollziehbar.

Die Argumentation von Dieter Steger ist, meines Erachtens, falsch. Ich habe auch ein paar aktuelle Beispiele, die ich anführen kann. Gröden hat zum Beispiel – Kollegin Stirner hat es schon angesprochen – aus werbetaktischen Gründen die Bezeichnung "Val Gardena" eingeführt und es inzwischen wieder abgeschafft. Kollege Mussner kann das bestätigen. Da sieht man schon, dass es in eine andere Richtung gehen kann, wie von Dieter Steger aufgezeichnet. In der Nähe meines Heimatortes gibt es zum Beispiel das sogenannte Knutental. Dieses wurde im Internet von den Touristikern mit der Bezeichnung "Valle dei Dossi" beworben. Dann sind die schönen Kommentare von italienischen Gästen gekommen, welche drunter geschrieben haben: "Ma che bello il Knutental." Dann habe ich dazu geschrieben und gefragt: "Liebe Touristiker, wäre es nicht sinnvoll, den ursprünglichen Namen zu verwenden?" Als Antwort kam Folgendes: "Ewig Gestrige", und das von den eigenen Leuten. Normalerweise haben diese hier den falschen Platz ausgesucht.

Die Topomastik ziehen wir über Jahre und Jahrzehnte dahin. Eine gute Gelegenheit wäre 1992 bei der Streitbeilegung gewesen, dieses leidige Thema endlich zu lösen. Das wurde nicht durchgeführt. Inzwischen sind wieder über 20 Jahre vergangen. Schritt für Schritt geht unsere Toponomastik langsam unter. Dieser Beschlussantrag wäre ein erster Schritt, eine vernünftige Lösung herbeizuführen. Meine Unterstützung ist hier gegeben. Wir sollten als Südtiroler schon mehr Mut zeigen, weil es im Grunde vom Faschismus herkommt. Wir haben hier sämtliche Unterstützung der freien Welt, wenn wir diese Relikte endlich einmal abschaffen und den Mut zeigen, dies endlich abzuschaffen.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Ich möchte bei Hans Heiss anschließen, der für mich etwas ganz Wichtiges gesagt hat. Das ist einfach die Unwissenheit, die wir in unserem Land immer mehr verspüren, was Autonomie ist, denn Autonomie ist auch Sprache. Autonomie ist auch Schutz der Ortsnamen, und das ist wahr. Wir haben in diesem Land eine Unwissenheit und auch kein Gefühl mehr. In Terlan gibt es den Terlaner Weinweg und dieser führt bei mir zu Hause vorbei. Es wurden verschiedene Schilder in drei Sprachen, nämlich in Deutsch, Italienisch und Englisch aufgestellt. Ein Schild steht auf meinem Grund. Man ist an mich herangetreten und hat gefragt, ob man es finanzieren könne. Ich habe gesagt, dass ich die Texte sehen möchte. Auch dort hat man im englischen Teil den Namen "Terlano" hineingeschrieben. Ich habe gesagt, dass dies für mich nicht in Ordnung gehe, weil man in Englisch sehr wohl den historischen Namen "Terlan" gebrauchen kann. Ich habe es in Ruhe erklärt und so wurde es dann bei allen Tafeln in Terlan auch gemacht. Dieses Beispiel hat mich gelehrt, dass, wenn man es mit den Ausführenden bespricht, wenn man sie überzeugt und ihnen auch sagt wieso, dann geht das auch. Diese Wegweisung fehlt vor allem im Tourismus, das muss man einfach sagen.

Heuer haben wir ein besonderes Jubiläum. Das möchte ich den Touristikern sagen, und zwar 1990 wurde die erste berühmte Serie "Die Piefke Saga" gedreht und ausgestrahlt. Heuer haben wir das 25jährige Jubiläum der Piefke Saga. Was wollte damals Felix Mitterer mit dieser Saga uns, vor allem den Touristikern sagen? Er wollte sagen, dass man nicht alles für den Tourismus verkauft. Ich glaube, das sollten die Touristiker ein bisschen mehr zur Kenntnis nehmen. Vor allem in Zeiten des Internet würde ich davor warnen, im Tourismus eine gewisse Show abzuziehen wie dieses Sarentino Valley. Das kann man heute den Menschen nicht mehr vorspielen. Der Gast ist heute sehr kritisch. Er kann sich schnellstens informieren und merkt sofort, ob die Menschen hier das Gefühl für

die Sprache oder auch für diese Talfeln haben oder nicht, oder ob man sie nur ködern wolle, wie es Dieter Steger mit dem Köder-Werfen gesagt hat oder ob man ihnen etwas zeigen wolle, wie regional und mit Wertschätzung sie ihr Land leben, behüten, schützen usw. Deshalb möchte ich die Touristiker aufrufen, mehr Sensibilität an den Tag zu legen, aber auch die Politik des Hohen Hauses, weil es für mich schon Aufgabe der Politik ist zu sagen, dass man eine Grenze überschritten habe und man das als Land Südtirol nicht haben wolle. Hier verlange ich schon auch, dass wir gewisse Regeln oder gewisse Grenzen zeigen. Es ist für mich ein sehr, sehr politischer Antrag.

Vielleicht noch etwas. Von Sprache so prinzipiell und Sensibilität ... Das passt jetzt vielleicht nicht ganz hierher, aber wir haben im Etschtal einen Golfplatz. Ich bin dafür, dass im Etschtal dieser Golfplatz gemacht wird, aber der Name ist für mich horrend. Der heißt "The Blue Monster". Seid mir nicht böse! Das passt nicht in dieses Land herein. Jeder Gast - mir gefällt der Golfplatz, denn auch der Heimatschutz hat gesagt, dass es in Ordnung gehe -, der herkommt, fragt sich was Blue Monster bedeute. Das ist einfach fehl gegriffen. Hier fehlt einfach eine gewisse Sensibilität auch in der Benennung von solchen Strukturen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich muss hinzufügen, dass, wenn der Golfplatz "Green Monster" heißen würde, ich mich auch in unserer Stelle ärgern würde.

Zu diesem Thema hat sich in mir die Linguistin geregt. Ich schaue normalerweise auf die Versuche, Sprachliches ganz genau, immer mit einer gewissen Gelassenheit, zu fixieren. Ich habe gelernt, dass sich Sprache immer so entwickelt, wie sie es will. Bei der Sprache im Laufe der Jahrhunderte hat es Vorgaben, Dramatiker, Genossenschaften gegeben. Diese haben eine gewisse Wirkung gehabt, aber im Grunde gibt es nichts Basisdemokratischeres und auch Unvorhersehbareres als Sprache, denn sehr oft entwickelt sich Sprache ganz in die andere Richtung als die Gelehrten es wollen. Man kann dazu das Beispiel der Großschreibung anschauen. Darüber diskutieren seit Jahrzehnten Heere von Grammatikern und Sprachwissenschaftler. Zur Großschreibung im Deutschen kommt ein neues Mittel wie das SMS-Schreiben als neue Kommunikationsform. Das entwickelt sich ganz anders als die Gelehrten es möchten.

Allerdings sind hier ganz andere Mächte im Spiel als es in den letzten Jahrhunderten der Fall war. Gerade angesichts von großen Werbemaschinerien und von weltweiten Netzwerken, in denen Informationen auf wahnsinnig schnelle Weise fließen, hat Sprache ganz andere Veränderungsmechanismen, die sich derzeit entwickeln. Das studieren die Sprachwissenschaftler auch, weil es jetzt nach ganz anderen Formen und Modalitäten und auch Geschwindigkeiten abgeht. Diesen großen Mächten etwas entgegenzusetzen, ist ein Ansatz, den ich in diesem Beschlussantrag teile, obwohl ich normalerweise mit den Kolleginnen und Kollegen von der Südtiroler Freiheit nicht sehr viel gemeinsam habe. Von daher sollte man eine Achtsamkeit in dieses Thema legen. Das finde ich gut. Es ist auch in dem Sinne begrüßenswert, dass Ihr dieses Thema aufgeworfen habt.

Aufgrund dieser Debatte bin ich zur Erkenntnis gekommen, dass wir vielleicht nicht unbedingt beim Wording der Sprachkultur anfangen sollen, sondern bei der Strategie der Tourismusausrichtung in Südtirol. Für mich wäre es ein ganz großer Gewinn, wenn sich die Tourismusstrategie in Südtirol damit befassen würde, wie wir dem Tourismus unsere Geschichte, unsere kulturelle Besonderheit, auch unser Zusammenleben und unsere sprachliche Eigenart vermitteln können. Ich war letzten Winter in Gorizia. Gorizia ist eine geteilte Stadt gewesen. Gorizia und Nova Gorizia sind zwei Stadtteile der gleichen Stadt. Die Wenigsten in Europa wissen das, die Wenigsten gehen sich dies auch anschauen, wie eine geteilte Stadt, die nicht Berlin ist - das wissen alle -, wie es verlaufen ist, wie sich die beiden Stadtteile entwickelt haben. Das ist eine Tourismusattraktion 1A, um da auch nochmals die Geschichte Europas nachzuvollziehen. Diese machen Null in der Tourismusstrategie zu diesem Thema. Deshalb finde ich das eine eklatante verpasste Gelegenheit.

Wir sollten in Südtirol nicht den gleichen Fehler machen. Marketing ist immer sehr fokussiert und auch oberflächlich notwendigerweise, weil Kommunikation schnell sein muss, aber hier wird es verpasst, diesen Aspekt in die gesamte Südtirol Tourismusstrategie einzubauen. Gerade für unsere kulturelle Eigenartigkeit finde ich es noch mehr schade als den Verlust der Wörter, der Namen, den ich auf jeden Fall auch bedauern würde.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Auch die heutige Debatte hat gezeigt, wie gefühlt das Thema der Verwendung von Orts- und Flurnamen im Tourismus ist. Wir als Südtiroler Landesregierung sind uns dieser Thematik und auch der Problematik sehr wohl bewusst.

Die Liste, die Sie hier vorgelegt haben, Kollege Knoll, ließe sich beliebig fortsetzen. Jeder von uns hat Beispiele in seiner Heimatgemeinde in verschiedenen Bezirken. Es ist in der Tat so, dass wir nicht sagen können, Frau Kollegin Foppa, dass wir es so überlassen, wie es sich entwickelt. Tatsache ist, dass die SMG öffentlich finanziert ist und dass sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass es nicht nur um die Verwendung der Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung geht, sondern es betrifft eigentlich alle Bereiche unseres Lebens. Auch die Produkte und Dienstleistungen, die aus unserem Land kommen, wie diese beworben werden, welche Ortsnamen und Flurnamen hier verwendet werden, steht der Tourismuswerbung in nichts nach. Die Problematik ist überall gegeben, aber gerade weil wir uns dieser Problematik bewusst sind, hat der Landeshauptmann auch in seiner Eigenschaft als Tourismuslandesrat bereits ein Treffen mit der Südtirol Marketing Gesellschaft eingeplant, um dies fundiert zu erörtern. Es geht nicht darum, dass man heute einen Schnellschluss mit einer Null-acht-fünfzehn-Lösung macht, an der sich alle zu halten haben, sondern es soll eine Lösung ausgearbeitet werden, an der sich nicht nur die SMG haltet, sondern es auch eine Richtschnur für alle anderen ist, gerade im Bereich des Tourismus, aber auch darüber hinaus.

Deshalb sind wir als Südtiroler Landesregierung dafür, dass wir den ersten Teil des beschließenden Teils annehmen, und zwar: "Bei der Südtirol Marketing Gesellschaft zu intervenieren, damit diese die Feriengäste Stück für Stück an die authentische Toponomastik heranführt und die Richtlinien zum Gebrauch der Orts- und Flurnamen in der Tourismuswerbung entsprechend modifiziert und verfeinert." Ich ersuche um getrennte Abstimmung. Den Rest lehnen wir ab, weil es, unserer Meinung nach, völlig überzogen wäre, jetzt hier Detailregelungen zu geben. Das sollte aufgrund dieses Gespräches mit der SMG erörtert und dann öffentlich vorgestellt werden.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Vorweg zum Fortgang der Arbeiten. Ich wäre dafür, dass die acht Punkte im beschließenden Teil getrennt abgestimmt werden, weil es uns ein Anliegen ist, gerade den Punkt 1 hervorzuheben, denn um diesen geht es, und zwar, dass in der für den fremdsprachigen, also nicht deutsch-, italienisch-, ladinischsprachigen Werbung die historischen Ortsnamen verwendet werden. Das andere sind Detailfragen.

Zunächst einmal danke ich allen für die Debatte. Ich habe – das muss ich sagen – in den letzten fünf Jahren noch nie eine so sachliche Debatte zur Ortsnamenfrage in irgendeiner Weise erlebt wie heute hier im Landtag. Es stimmt mich hoffnungsvoll, dass es auch in diesem Land eine Entwicklung gibt, diese Ortsnamenfrage nicht immer nur unter dem parteipolitischen Aspekt zu betrachten, sondern auch einmal nüchtern auf sachlicher Ebene zu durchleuchten.

Kollege Steger, es mag sein, dass es aus irgendwelchen Gründen manche Gäste vielleicht eher nach Südtirol zieht, weil man ihnen dieses Dolce-Vita-Gefühl, Bella-Italia-Gefühl vorgaukelt, aber spätestens wenn diese Gäste nach Südtirol kommen, werden sie in die Realität zurückgeholt. Man kann nicht so tun, als ob man nicht auch durch Werbemaßnahmen diesen Markt steuern könnte. Ich möchte schon daran erinnern, dass die Tourismusorte nicht irgendwo im Industrieviertel von Bozen sind, wo es diesen italienischen Flair gibt, sondern sind draußen am Land, wo es keinen italienischen Flair gibt und das müssen wir schon auch berücksichtigen, wenn wir darüber reden. Die Gäste haben ein Recht darauf, dass sie das Land, das beworben wird, hier auch vorfinden.

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Innichen ist auch nicht mehrheitlich italienisch oder? Nein! Ein kleiner Anteil ist italienisch.

Kollege Heiss, erlaube mir, und hier appelliere ich schon an Deine auch wissenschaftliche Reputation, dass Du Dich nicht als Historiker hier in den Landtag stellst und behauptest, dass Gemeinden wie Schenna und Dorf Tirol durch die Verwendung deutscher Aufschriften bei den Gasthäusern germanisiert werden. Das klingt so, als ob es eigentlich italienische Gebiete gewesen wären, die man jetzt mit Zwang wieder germanisiert. Dort gab es keine Italiener und dort gibt es heute noch fast keine Italiener. Von einer Germanisierung zu sprechen, ist völlig falsch, nicht nur politisch, sondern auch intellektuell.

Zurück zur Materie. Ich glaube, wir haben anhand dieser Beispiele gesehen, wie diese Tourismusbetriebe das historische Kulturgut, das die Namen in unserem Land darstellt, auch missbrauchen. Überall, wo man sie angeschrieben hat, bekamen wir als Antwort, dass sie dies nicht von sich aus tun würden, sondern weil dies die Vorgaben der Südtiroler Marketing Gesellschaft seien. Deshalb lautet für uns die Gretchenfrage: Wollen wir, dass unser Land nach außen hin italienisch vermarktet wird oder glauben wir, dass unsere Kultur, unsere Sprache, unser Land es wert sind, auch eine Wertschätzung zu erfahren? Was ist denn die Botschaft, die wir damit vermitteln? Unser Land alleine, so wie es ist, ist im Grunde minderwertig und kann auf dem Tourismusmarkt so nicht vermarktet werden, sondern müssen uns einen scheinitalienischen Flair überziehen, damit wir für diese Märkte

attraktiv sind. Das ist die Botschaft, die wir damit vermitteln. Und genau das zieht sich bis in die unterste Ebene hinein.

Das fängt auch damit an – es tut mir leid, wenn ich es so offen an die Bäuerinnen sagen muss –, wenn ich oft auf verschiedenen Veranstaltungen bin, bei denen dann die Bäuerinnen ihre Produkte herstellen, um dann so etwas Ortstypisches wie die Strauben nicht mehr als Strauben, sondern als "frittelle" vermarkten, dann hat es damit zu tun, dass man meint, dass das Originalprodukt in seiner Originalsprache nicht gleichwertig vermarktbare ist als wenn man diesem Produkt einen italienischen Flair gibt. Ich möchte schon auch darauf hinweisen, was das für politische Folgen hat.

"Südtirol Heute" hat letzte Woche eine Umfrage in Meran unter italienischen Gästen gemacht, wo sie diese auf der Straße wegen der ganzen Geschichte mit der Fahne usw. befragt haben dahingehend, was sie dazu sagen, dass die Südtiroler nicht so Italiener sein wollen. Eine dieser Gäste, eine Frau, hat gesagt, dass sie erschreckt war, dass man hier in den Geschäften überall deutsch spricht. Warum? Weil sie im Grunde genommen, auch durch die Tourismuswerbung im Glauben gelassen wird – dort fängt es mit den Ortsnamen an -, dass das hier oben ein ganz normales italienisches Gebiet sei. Wenn wir nur danach gehen würden, was der Gast gerne hätte, dann müsste Südtirol ein Billigland sein, weil ich glaube, dass der Großteil der Menschen gerne billig Urlaub machen möchte. Dann hätten wir in Südtirol keinen Qualitätstourismus, sondern einen Massentourismus. Ich glaube, Südtirol fährt gut damit, nicht Mainstream zu fahren, sondern ganz gezielt auf Qualitätstourismus zu setzen. Zum Qualitätstourismus zählt nicht nur die Persönlichkeit der Betriebe dazu, dass man im Betrieb auch persönlich mit packt, sondern auch die Identität und Authentizität der Orte.

Ich kann es nur noch einmal sagen. Die Italiener, die nach Schenna kommen, schätzen es, dass man sich nicht eine falsche Identität anlegt, sondern auch in der italienischen Tourismuswerbung Schenna mit Schenna und nicht mit Schena vermarktet. Kein einziger Italiener weniger kommt deswegen in unser Dorf, im Gegenteil. Sie schätzen es sogar. Die Marketing Analyse der SMG hat ergeben, dass die italienischen Gäste aus Italien die Authentizität unseres Landes wesentlich mehr schätzen, weil man in Italien überall Bella-Italia, aber Südtirol nur in Südtirol findet.

Wir bitten um getrennte Abstimmung, denn der erste Teil des beschließenden Teils, vor allem der Punkt 1 sind die wichtigen, das heißt, dass man in der fremdsprachigen Werbung die historischen Ortsnamen verwendet. Wir glauben, dass es hier, auch wenn es sehr wissenschaftlich ist, eine wissenschaftlich fundierte Lösung braucht, wo man dann auch bis ins Detail regelt, weil die Touristiker - jetzt komme ich zum Schluss - einheitliche Richtlinien wollen, dass nicht der eine "Sarntal Valley" und der andere "Sarn Valley" sagt, sondern es eine einheitliche Linie braucht.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen somit zur Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 368/15 nach getrennten Teilen.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen des beschließenden Teils: mit 28 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 12 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 11 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 12 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 9 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 5 des beschließenden Teils: mit 11 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 6 des beschließenden Teils: mit 9 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 7 des beschließenden Teils: mit 13 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 8 des beschließenden Teils: mit 10 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.



Wir kommen zur Behandlung des Tagesordnungspunktes 7, Beschlussantrag Nr. 369/15.  
Abgeordneter Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Kollege Steger hat mich gebeten, die Behandlung des Beschlussantrages auf die morgige Sitzung zu vertagen.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe dem Antrag statt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 374/15 vom 12.5.2015, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend den Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken in der Laimburg".**

Punto 8 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 374/15 del 12.5.2015, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la produzione cannabis medica a Laimburg".**

*Die Bedroncan – eine Firma, die für die Herstellung eines Cannabis-haltigen Medikamenten bekannt ist – hat derzeit größte Schwierigkeiten, den von den Labors des Chemisch-Pharmazeutischen Militärinstituts in Florenz benötigten pflanzlichen Rohstoff zu liefern. Deutschland hat nämlich 70 % des zur Verfügung stehenden Produktes bestellt. Der Preis für ein Gramm dieser Heilpflanze schwankt zwischen 3,5 und 4 Euro; doch durch Steuern sowie Aufschläge des Importeurs und des Apothekers steigt der Preis auf satte 35 Euro das Gramm – also, ein höherer Preis als jener für Platin.*

*In Italien wäre das Zentrum in Rovigo, das in diesem Bereich zu den Spitzeneinrichtungen gehört, bereit, genetisch stabilisierte Cannabis-Stecklinge zur Verfügung zu stellen, die dann bei einem regionalen Zentrum gezüchtet werden könnten. Für Südtirol käme hierfür die Laimburg in Frage. Dazu würde eine Fläche von wenigen Quadratmetern ausreichen. Man würde somit nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch viel öffentliches Geld einsparen.*

*Der pflanzliche Rohstoff, der zu diesem Zweck aus den vom Forschungszentrum für den Anbau von Industriepflanzen (CRA-CIN) ausgesuchten Pflanzensorten gewonnen wird, würde direkt dem Pharmazeutischen Militärinstitut nach Florenz geschickt, sodass sich die Wartezeiten bedeutend verkürzen ließen. Außerdem könnte jede Region die Produktion dieses Produkts nach dem effektiven Bedarf ausrichten und somit die Kosten reduzieren.*

*Hat etwa eine Region einen Bedarf von 100 kg Cannabis, wird die Genehmigung für diese Rohstoffmenge erteilt; die getrockneten Blumen werden nach Florenz verschickt, wo sie verarbeitet, sterilisiert, verpackt und an die Regionen zurückgeschickt werden. Für die zusätzlich notwendigen Mengen wird das Heer sorgen.*

*Aus diesen Gründen*

*fordert  
der Südtiroler Landtag  
den Landeshauptmann  
und die Landesregierung auf,*

*beim Gesundheitsministerium die Genehmigung für die Produktion von Cannabis zu medizinischen Zwecken zu beantragen, die durch Fachpersonal in eigens dafür vorgesehenen und durch die zuständige Behörde (Südtiroler Gesundheitsbetrieb) kontrollierten Räumlichkeiten erfolgen soll.*

-----

*La Bedrocan – nota casa produttrice di un farmaco a base di "Cannabis" – ha enormi difficoltà ad evadere l'erba medica richiesta dai laboratori farmaceutici militari di Firenze; la Germania ha infatti ordinato il 70% del prodotto. Un grammo di erba medica costa dai 3,5 ai 4 euro al grammo, le tasse, i ricarichi dell'importatore e del farmacista la fanno lievitare a 35 euro al grammo, più del platino.*

*In Italia il centro di Rovigo rappresenta un'eccellenza in materia e sarebbe disposto a cedere talee di genetiche stabilizzate che potrebbero essere coltivate presso un centro regionale; per la provincia di Bolzano, nella fattispecie sarebbe indicato quello di Laimburg. Sarebbero necessari pochi metri quadrati di spazio. Oltre a creare lavoro si risparmierebbe un'ingente spesa di denaro pubblico.*

*La materia prima vegetale derivata dalle varietà selezionate dal centro del CRA-CIN sarebbe trasferita allo Stabilimento chimico farmaceutico militare di Firenze in modo che i tempi di attesa si ridur-*

*rebbero drasticamente e ogni regione potrebbe adeguare la sua produzione alle proprie necessità, riducendo ulteriormente il costo della produzione.*

*In pratica se una regione ha bisogno di 100 kg ottiene la licenza per farli, i fiori secchi li manda a Firenze. Loro li lavorano, sterilizzano, confezionano e rimandano alle regioni. Quello che serve in più lo faranno i militari.*

*Tutto ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
invita  
il presidente della Provincia  
e la Giunta provinciale di Bolzano*

*a ottenere dal Ministero della salute la licenza a produrre la Cannabis medicinale, da parte di personale specializzato, in appositi ambienti controllati e validati dall'autorità competente (ASL).*

Kollegin Artioli, bitte.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Cari colleghi, prima di rimanere basiti, Vi pregherei di leggere la mozione, perché questo è un problema grave. Stiamo parlando di pazienti affetti da tumori, che hanno dei dolori incredibili e sappiamo che ci sono pochissime strutture convenzionate per somministrare questo farmaco, questa cannabis medicinale. Non stiamo dicendo di introdurre il concetto della "canna" in Alto Adige, di cui avendo dei figli adolescenti, sono assolutamente contraria, che sia chiaro. Però sono a favore del fatto che se una persona soffre e sta male abbia il diritto di avere un farmaco naturale, ci sono le condizioni mediche in tutta Italia ma le piantagioni sono veramente piccole e non si riesce a produrre abbastanza cannabis. I pazienti altoatesini hanno delle enormi difficoltà a procurarsi il farmaco. Leggo la mozione.

*"La Bedrocan – nota casa produttrice di un farmaco a base di "Cannabis" – ha enormi difficoltà ad evadere l'erba medica richiesta dai laboratori farmaceutici militari di Firenze; la Germania ha infatti ordinato il 70% del prodotto. Un grammo di erba medica costa dai 3,5 ai 4 euro al grammo, le tasse, i ricarichi dell'importatore e del farmacista la fanno lievitare a 35 euro al grammo, più del platino.*

*In Italia il centro di Rovigo rappresenta un'eccellenza in materia e sarebbe disposto a cedere talee di genetiche stabilizzate che potrebbero essere coltivate presso un centro regionale; per la provincia di Bolzano, nella fattispecie sarebbe indicato quello di Laimburg. Sarebbero necessari pochi metri quadrati di spazio. Oltre a creare lavoro si risparmierebbe un'ingente spesa di denaro pubblico.*

*La materia prima vegetale derivata dalle varietà selezionate dal centro del CRA-CIN sarebbe trasferita allo stabilimento chimico farmaceutico militare di Firenze in modo che i tempi di attesa si ridurrebbero drasticamente e ogni regione potrebbe adeguare la sua produzione alle proprie necessità, riducendo ulteriormente il costo della produzione. In pratica se una regione ha bisogno di 100 kg ottiene la licenza per farli, i fiori secchi li manda a Firenze. Loro li lavorano, sterilizzano, confezionano e rimandano alle regioni. Quello che serve in più lo faranno i militari.*

*Tutto ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita il presidente della Provincia e la Giunta provinciale di Bolzano*

*a ottenere dal Ministero della salute la licenza a produrre la Cannabis medicinale, da parte di personale specializzato, in appositi ambienti controllati e validati dall'autorità competente (ASL)."*

Chiedo che venga fatta questa sperimentazione. Ci vogliono pochi metri quadri di terreno e potremmo finalmente aiutare i nostri pazienti. Io non vorrei mai che uno dei nostri colleghi dovesse affrontare questa malattia, dovesse capire che cosa vuol dire stare male tutto il giorno e non avere la possibilità di avere un farmaco naturale. Non ci costa niente, basta fare la convenzione.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Kollegin Artioli hat recht. Es geht hier schon um eine ernsthafte Frage. Man braucht hier nicht weiter in die Diskussion mit einsteigen dahingehend, wie sinnvoll oder wenig sinnvoll es ist. Ich denke schon, dass es einen bestimmten Sinn hat. Allerdings aufgrund einer Laienmeinung und nicht aufgrund einer medizinischen Analyse, soweit ich es weiß, es verstehe und es auch mitverfolgen konnte und kann, ist es nun mal so, dass bei Chemotherapien Übelkeit und Appetitlosigkeit die Folge sind und medizinisches Cannabis dazu führen kann oder dazu führt, dass diese extremen Nebenwirkungen unter Umständen von Chemotherapien gelindert werden oder wie auch immer. Ich finde das schon sinnvoll.

Ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern, wann und wo, aber ich glaube zu wissen, dass in den Abruzzen vor nicht allzu langer Zeit ein entsprechendes Gesetz genehmigt wurde, das von der Zentralregierung nicht angefochten wurde. Also ist es im Prinzip schon eine Art Legalisierung zu medizinischen Zwecken in dem Sinne, dass dort ein Gesetz vom Regionalrat genehmigt wurde und dieses Gesetz, wie gesagt, Bestand hat oder Bestand hatte. Ich glaube, dass dies im letzten Jahr in den Abruzzen war. Unter Umständen ist dies durchaus eine sinnvolle Idee. Das hat jetzt nichts mit der Rom-Problematik zu tun.

In Apotheken werden viele Medikamente legal verkauft, die bei Missbrauch auch zur Abhängigkeit führen und auch missbräuchlich verwendet werden können. Man kann von Psychopharmaka, von Schlaftabletten und von allem Möglichen abhängig werden. In der Medizin wird auch Morphin eingesetzt. Das heißt nicht, dass, wenn man es legal anbietet oder einsetzt, es dann eine Anleitung wäre, es illegal einzusetzen.

Natürlich bietet ein solcher Beschlussantrag immer Anlass, auch wenn die Thematik sehr ernst ist, zum Schmunzeln, weil es auch eine andere Diskussion diesbezüglich gibt. Das ist ganz klar. Ich denke, dass man hier nicht unbedingt in die Drogendiskussion einsteigen muss, denn wenn man das nicht zulässt, dann müsste man im Umkehrschluss auch sagen, dass man alle anderen medizinischen Mittel und Medikamente verbannen müsste, die zur Abhängigkeit oder zur Sucht führen können, die aber in der Medizin völlig legal eingesetzt werden. Ich persönlich bin, laut meiner Laienmeinung, der Meinung, dass der medizinische Einsatz sinnvoll ist. Deshalb dürfte dem, denke ich, nichts entgegenstehen. Alles andere ist durch Gesetze bereits geregelt. Der Missbrauch zu Drogenzwecken ist bereits geregelt.

In dem Zusammenhang gibt es auch andere Diskussionen sozusagen des Parteichefs in Deutschland Cem Özdemir, der zum YouTube Video, das zum Hit wurde, ein Interview gegeben hat. Er hat irgendjemandem zum Geburtstag gratuliert oder was auch immer und hatte auf dem Balkon eine Cannabis-Pflanze stehen, wobei er dies nicht gemerkt hat, als er gefilmt wurde. Das hat sich im Netz in Windeseile verbreitet. Er hat dann daraus eine Kampagne gemacht, um sich und die eigene Haut noch schnell zu retten, aber das ist jetzt eine andere Diskussion.

Hier geht es tatsächlich um den medizinischen Einsatz. Ich persönlich bin dafür.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Kollege Pöder, für den dezenten Hinweis auf unseren großen Parteifreund Özdemir.

Natürlich ist Cannabis eines jener Felder, wo wir unsere traditionelle Neinhaltung, unseren Prohibitionismus, der uns eigentlich eine streng moralische und gut menschenhafte Lebensform auferlegt, ein wenig durchbrechen können zugunsten einer durchaus liberaleren Einstellung, die uns im Allgemeinen sonst nicht unterstellt wird. Wir haben sonst die Pflicht, weitgehend fleischfrei zu essen und anderes mehr. Wir haben in dieser Hinsicht natürlich eine liberale Einstellung. Nicht umsonst gibt es in Österreich eine Studentengruppe an den Hochschulen, die uns nahesteht, die abgekürzt "Gras", nämlich Grün-Alternative-Studenten heißt, aber Scherz beiseite.

Es ist natürlich so, wie es Kollege Pöder und die Kollegin Artioli ausgeführt haben, dass Cannabis durchaus eine medizinisch indizierte Wirkung hat, die im erheblichen Maße für bestimmte Schmerztherapien hilfreich sein kann, weil sie in vieler Hinsicht keine gravierenden Nebenwirkungen zeigt. Das muss man auch mit in Rechnung stellen. Deswegen ist Cannabis in der Hinsicht natürlich empfehlenswert. Wir fragen uns allerdings, Kollegin Artioli - vielleicht kannst Du uns Auskunft geben -, warum gerade wir in Südtirol besonders befähigt sein sollten, diese gesamtstaatliche Marktlücke zu decken. Wir haben sicher nichts dagegen, wenn die Laimburg zu ihrer bereits breiten Produktionspalette zwischen Kräutern, Wein, Äpfeln und anderem mehr noch sozusagen eine Südtiroler Form von Cannabis anbaut, aber wir wissen nicht, warum gerade die Laimburg dazu besonders geeignet sein sollte.

Die Zielrichtung des Beschlussantrages geht für uns in Ordnung. Die Möglichkeiten Südtirols in der Hinsicht sind sicherlich gegeben. Es wäre damit die Möglichkeit, auch in einem legalen Bereich die bereits im Lande prosperierende illegale Anbautätigkeit zu konzentrieren.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Kollegin Artioli, ich hoffe, dass Du gut sitzt. Ich bin dieses Mal voll mit Dir einverstanden. Es ist wirklich ein wichtiges Thema. Hier geht es nicht um den privaten Konsum von Cannabis zu irgendwelchen Zwecken, sondern um medizinische Zwecke. Ich erlebe es immer wieder, dass Patienten, die beispielsweise in Innsbruck eine Chemotherapie machen, dort Cannabis verschrieben bekommen und damit illegal nach Südtirol fahren müssen, weil das Medikament, das sie von ihrem Arzt in Innsbruck legal verschrieben bekommen haben, in Südtirol illegal ist. Das ist wirklich ein Problem, das wir nicht auf die leichte Schulter nehmen sollten.

Etwas anderes ist die Frage, ob wir das in der Laimburg selber anbauen sollten. Deswegen schlage ich vor, dass der Beschlussantrag in zwei Teile gegliedert wird, und zwar, dass man beim Gesundheitsministerium die Genehmigung für die Verwendung – dieses Wort wäre sinnvoller – von Cannabis zu medizinischen Zwecken zu beantragen. Das wäre wichtig. Ich würde es jetzt nicht unbedingt in der Laimburg anbauen lassen, obwohl es sicherlich einen eigenen Charme hätte, denn wir hätten nicht nur die Äpfel Marlene, sondern es wäre ein neues Logo, das wir uns für Cannabis aus Südtirol ausdenken könnten, aber Spaß beiseite.

Du schreibst in den Prämissen, dass wenige Quadratmeter dafür ausreichen würden. Bei der Verwendung von medizinischem Cannabis kommt es auch auf die Konzentration an. Um diese Produkte zu konzentrieren, müssen große Mengen dafür verwendet werden. Ich weiß nicht, ob dafür ein normaler Platz mit wenig Quadratmeter in der Laimburg ausreichen würde. Ich kenne auch nicht die gesetzlichen Bestimmungen in Italien, die vielleicht zwischen Anbau und Verwendung unterscheiden. Das müsste man sich im Detail anschauen. Deswegen wäre ich jetzt aus meinem Wissensstand heraus nicht dafür, die Laimburg zu einem Zentrum für Cannabisanbau zu machen, aber ich wäre auf jeden Fall dafür, dass man beim Ministerium interveniert, damit aus medizinischen Gründen die Verwendung von Cannabis genehmigt wird.

**STIRNER (SVP):** Auch ich kann diesem Beschlussantrag nur Positives abgewinnen. Ich finde es lächerlich, dass man, wie Kollege Knoll gerade gesagt hat, im Ausland als Therapie, als Medikament Cannabis und cannabis-haltige Medikamente verschrieben bekommt, die in Italien illegal sind. Meine Einstellung in Bezug auf Cannabis ist völlig liberal. Ich bin sogar grundsätzlich für die Legalisierung von Cannabis nicht nur zu medizinischen Zwecken und glaube, dass jene, die Cannabiskonsum als Drogenkonsum verteufeln, nur eine Heuchelei von Moralaposteln sind, die den Alkoholkonsum verteidigen, aber den Cannabiskonsum verteufeln. Ich finde das scheinheilig.

Ich bin für diesen Beschlussantrag und, wie gesagt, grundsätzlich wäre ich auch für eine Liberalisierung von Cannabis.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Grundsätzlich zur Verwendung und zur Möglichkeit, dass Cannabis in Italien für therapeutische Zwecke verwendet werden kann, kann ich sagen, dass es seit 2013 für therapeutische Zwecke vorgesehen ist. Allerdings gibt es in Italien keine Firma, die dieses Cannabis herstellt. Deshalb wird auf die holländische Firma Bedrocan zurückgegriffen, die solches als Cannabisfloß zur Verfügung stellt bzw. liefert. Es ist kein zugelassenes Medikament, sondern die Ausgangssubstanz für die magistralen Zubereitungen.

Da Cannabisfloß aus dem Ausland importiert werden muss, ist es sehr teuer. Es kostet zwischen 30 und 35 Euro pro Gramm. Um diese Kosten zu senken, hat man auf staatlicher Ebene Folgendes vereinbart. Es ist eine Vereinbarung vom 18. September 2014 zwischen dem Gesundheits- und Verteidigungsministerium. Man hat eine Zusammenarbeit für die Durchführung eines Pilotprojekts für die Herstellung von cannabis-haltigen Substanzen und für deren Zubereitung auf pflanzlicher Herkunft in Italien angestrebt. Diese Vereinbarung sieht eine Forschungs- und Entwicklungsphase über die Durchführung eines Pilotprojekts beim chemisch-pharmazeutischen militärischen Betrieb von Florenz vor. Für die Umsetzung dieses Pilotprojekts sieht die Vereinbarung die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor - man nimmt das also ganz ernst und wägt hier die Schritte, wie Sie sehen, sehr genau ab -, die die Planung der Arbeitsschritte, die Quantifizierung des Bedarfs auf der Grundlage der zu behandelnden Krankheiten, die Überwachung der Pflanzen und die durchzuführenden Kontrollen, die Tarife der Produkte in einem Protokoll festlegt.

Sobald diese ganzen erforderlichen Genehmigungen da sind und von Seiten des Gesundheitsministeriums und vor allem der Eifer eingeholt sind, kann mit dem chemisch-pharmazeutischen Betrieb und mit der Herstellung des pflanzlichen Wirkstoffes auf der Grundlage von Cannabis begonnen werden. Dann sind es die Regionen, die ihre Anfragen stellen und mitteilen, wie viel sie davon brauchen. Das wird dann jeweils in die Regionen geliefert.

Sie können vor diesem Hintergrund her verstehen, nachdem es jetzt in Italien nicht nur als eine gesundheitliche Thematik gesehen wird, sondern vor allem eine, die das Verteidigungsministerium involviert, dass es möglicherweise nicht ganz sinnvoll ist, dass wir uns darum bemühen, dass wir in der Laimburg oder wo auch immer dazu die Lizenz bekommen, dies herzustellen.

Aus den Gründen, wie die Abfolge der Ereignisse geplant ist, wie die Schritte gesetzt werden, auf welchem Punkt man ist, glaube ich nicht, dass irgendjemand das Ansinnen unterstützen möchte, dass wir in der Laimburg eine militärische Einrichtung bekommen. In diesem Sinne lehnt die Südtiroler Landesregierung diesen Beschlussantrag ab.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Entschuldigung, Frau Landesrätin, ich verstehe eines nicht. Wenn wir als Region die Möglichkeit haben zu fragen, dann muss ich mich fragen, wieso wir dazu nein sagen.

Ci deve essere l'ambiente militare per controllare questo farmaco! Io ho proposto il Laimburg perché nelle disposizioni che Lei ha scritto, ha specificato che ci deve essere un pezzo di terreno provinciale, comunque di mano pubblica, perché un privato non può iniziare a coltivare la cannabis non medicale. Se l'assessora è d'accordo potrei emendare la mozione e dire solo che l'assessorato farà la richiesta. Se Lei ritiene che ci sia un altro terreno che non sia al Laimburg, sempre di proprietà pubblica, dove si possa fare questa coltivazione, va bene, ma facciamo la richiesta, altrimenti restiamo esclusi. E questo vorrà dire che tutti i nostri pazienti della regione non hanno la possibilità di curarsi con la cannabis. Nel documento c'è scritto chiaramente che ogni regione deve fare richiesta, ma Lei, assessora, mi ha appena detto che non vuole fare la richiesta. Potete far fare la coltivazione in qualsiasi terreno vogliate, ma che Lei oggi decida che non farà richiesta per i nostri pazienti malati, è veramente il colmo! Per quale motivo poi? Perché poi avremmo una convenzione con i militari per controllare il farmaco? Non è che l'Alto Adige diventerà militarizzato per un quadratino di terreno dove faremo un farmaco per curare la gente! Se Lei ritiene, presento un emendamento dove chiedo solo di fare la richiesta per poterlo fare. Altrimenti Lei oggi si prende la responsabilità davanti a tutti i pazienti che stanno male in Alto Adige di dire che in Trentino-Alto Adige non potranno mai richiedere il farmaco. A questo punto chiedo la votazione per appello nominale, così almeno si può vedere chi si prende questa responsabilità.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen somit über den Beschlussantrag Nr. 374/14 nach getrennten Teilen ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 10 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wie von den Abgeordneten Artioli und Knoll beantragt, wird der beschließende Teil einer namentlichen Abstimmung nach getrennten Teilen unterzogen.

Ich eröffne die Abstimmung über den ersten Teil des beschließenden Teils bis zu den Worten "zu beantragen":

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Genehmigt mit 18 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 34 anwesende Abgeordnete, 30 abstimmende Abgeordnete, 4 nicht abstimmende Abgeordnete (Amhof, Hochgruber Kuenzer, Tommasini, Tschurtschenthaler).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Artioli, Atz Tammerle, Bizzo, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Knoll, Köllensperger, Mair, Oberhofer, Pöder, Stirner, Stocker S., Tinkhauser, Urzi, Widmann, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Deeg, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stocker M., Theiner, Wurzer.

Folgender Abgeordnete hat sich der Stimme enthalten: Leitner.

Ich eröffne die Abstimmung über den zweiten Teil des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 14 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen. 34 anwesende Abgeordnete, 32 abstimmende Abgeordnete, 2 nicht abstimmende Abgeordnete (Hochgruber Kuenzer, Tommasini).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Artioli, Bizzo, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Köllensperger, Oberhofer, Pöder, Stirner, Stocker S., Tinkhauser, Urzi, Widmann.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Atz Tammerle, Deeg, Knoll, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stocker M., Theiner, Tschurtschenthaler, Wurzer, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Leitner, Mair.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 378/15 vom 15.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend: WLAN, Mobilfunk, Strahlenbelastung: Das Vorsorgeprinzip gelten lassen".**

Punto 9 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 378/15 del 15.5.2015, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante: Per WLAN, telefonia mobile radiazioni valga il principio di cautela"**.

*Bei der Anhörung zu den möglichen Risiken des Mobilfunks, die am 29. April 2015 im Südtiroler Landtag stattfand, ging trotz durchaus unterschiedlicher Ansätze und Interpretationen der vorliegenden Studien hervor, dass Vorsicht gegenüber der uneingeschränkten Verwendung von Wirelessstechnologien auf jeden Fall angebracht ist.*

*Bisher wurde an diversen Schulen Südtirols die WLAN-Vernetzung vorangetrieben, meist mit der Absicht, den Schulalltag didaktisch zu bereichern. Dagegen sprechen allerdings Befürchtungen zu den gesundheitlichen Risiken, die von den elektromagnetischen Strahlen ausgehen, zumal in Gebäuden, sich diese Strahlen zu jenen von vielen Mobiltelefonen summieren. Dazu wurde auch klargestellt und ausreichend untermauert, dass selbst in pädagogischer und kognitiver Hinsicht eine verfrühte Tätigkeit mit digitalen Medien kontraproduktiv wirkt.*

*Die öffentliche Hand muss dies in ihrer Verantwortung für den Gesundheitsschutz in Südtirol beachten und sich nicht nur neutral verhalten, sondern auch aktiv für diesen Schutz intervenieren – wie übrigens RA Dr. Bertone (Kanzlei Ambrosio & Commodo Turin) bei der Anhörung untermauert hat.*

*Alternativen wären möglich: Die Arbeit mit digitalen Medien kann mittels verkabelten Geräten oder aber über innovative Technologien ermöglicht werden, wie die VLC (visible light communication). Diese ist bereits in Süddeutschland bei Projekten in Anwendung, die sehr gute Ergebnisse geliefert haben.*

*Auch an Krankenhäusern bestehen (z.B. in der Geburtsabteilung in Meran) WLAN-Netze, meist für die Unterhaltung der PatientInnen.*

*Vor dem Hintergrund des Vorsorgeprinzips sind solche Anwendungen nicht weiter zu tolerieren. Das Menschenrecht auf Unversehrtheit müsste vor Partikularinteressen stehen.*

*Frankreich geht viel bewusster mit diesem Thema um. Es werden verschiedene Produkte, die auf Kinder zugeschnitten sind, verboten. Bestimmte Werbung ist verboten. Angaben zu den möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind verpflichtend und alle Geräte müssen ein Head-Set mitliefern. Dies um nur einige Maßnahmen zu nennen.*

*Daher*

*beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung:*

*1. Bis zur definitiven Klärung der Nicht-Schädlichkeit von WLAN die Installierung von WLAN-Systemen in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altersheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen, auszusetzen;*

*2. bereits bestehende Anlagen durch strahlungsärmere zu ersetzen und bis dahin nur dann zu verwenden, wenn gesichert ist, dass die Nutzung zeitlich und räumlich begrenzt ist, mit der geringsten nötigen Leistung gesendet wird und nur der unmittelbare, anders nicht zu bewältigende Bedarf abgedeckt wird;*

*3. eine Arbeitsgruppe (etwa am TIS) einzusetzen, in der öffentliche und private StrahlungstechnikerInnen die neuen Technologien studieren und deren Strahlungsbelastung, deren Datenraten, deren Anwendbarkeit und deren Wirtschaftlichkeit auswerten. Sie soll klären, welche Technologien für den Mobilfunk, das mobile Internet und den Zivilschutz strahlungsarm und zukunftsfähig sind. Auf der Grundlage der Ergebnisse soll die Landesregierung diese Technologien umsetzen und die strahlungsintensiven abbauen.*

*4. eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Studien zu den Auswirkungen der digitalen Medien auf Schülerinnen und Schüler evaluiert und dem Schulamt den sinnvollen Umgang mit diesen Medien für einen guten Lernerfolg vorgibt.*

*5. eine Informations- und Sensibilisierungskampagne ins Leben zu rufen, in der auf mögliche Risiken für die Gesundheit insbesondere von Ungeborenen, Babys, Kindern und Jugendlichen hingewiesen und auf einen selektiven, bewussten Gebrauch von Handys, Smartphones und WLAN hingearbeitet wird;*

6. die Monitore in den Südtiroler Lokalzügen für eine diesbezügliche Werbekampagne zu nutzen, in der darauf hingewiesen wird, dass gerade in öffentlichen Verkehrsmitteln durch die gleichzeitige Verwendung von vielen Mobiltelefonen zu einer drastischen Erhöhung der Strahlung und somit des gesundheitlichen Risikos führen kann.

-----

Dall'audizione sui possibili rischi della telefonia mobile tenutasi il 29 aprile 2015 in Consiglio provinciale è risultato che, nonostante le grandi differenze negli approcci e nelle interpretazioni degli studi disponibili, sull'uso indiscriminato delle tecnologie senza cavo è comunque opportuna la prudenza.

Finora in diverse scuole altoatesine sono stati realizzati collegamenti WLAN, in genere per arricchire didatticamente le attività scolastiche. Contro questi collegamenti ci sono le preoccupazioni per i rischi alla salute costituiti dalle onde elettromagnetiche - tanto più che negli edifici a queste onde si aggiungono quelle dei molti telefoni cellulari. Inoltre è stato affermato, e sufficientemente comprovato, che anche dal punto di vista pedagogico e cognitivo una pratica prematura dei mezzi telematici ha effetti controproduttivi.

La mano pubblica, in quanto responsabile della tutela della salute in Alto Adige, deve tener conto di tutto ciò: non limitarsi a una linea neutrale ma attivarsi, come ha sottolineato anche l'avv. Bertone (studio Ambrosio & Commodo di Torino).

Delle alternative ci sarebbero: il lavoro con gli strumenti informatici può avvenire con apparecchi collegati via cavo, o con tecnologie innovative come la VLC (visible light communication). Quest'ultima è già in uso in diversi progetti nella Germania meridionale, con ottimi risultati.

Anche negli ospedali ci sono reti WLAN (p.es. al reparto maternità di Merano), soprattutto per le pazienti.

In base al principio di cautela, tali utilizzi non possono esser più tollerati. Il diritto umano all'incolumità deve avere la precedenza sugli interessi particolari.

La Francia segue una linea molto più consapevole nel trattare il problema. Diversi articoli per l'infanzia sono vietati, come anche certa pubblicità. Sono obbligatorie informazioni su eventuali rischi per la salute, e tutti gli apparecchi devono essere dotati di auricolare. E queste sono solo alcune delle misure prese.

Per questi motivi,

il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
incarica  
la Giunta provinciale

1. di sospendere, finché non sia definitivamente chiarita l'innocuità della WLAN, l'installazione di sistemi WLAN in scuole, asili, ospedali, case di cura e di riposo e in altre strutture pubbliche;
2. di sostituire gli impianti già esistenti con impianti a più bassa emissione di radiazioni, e fino a quel momento utilizzare gli impianti esistenti solo quando sia certo che l'uso ne è limitato nel tempo e nello spazio, che le emissioni avvengano alla minima potenza possibile, e che sia coperto solo il bisogno immediato e impossibile da coprire altrimenti;
3. di costituire un gruppo di lavoro (p.es. al TIS) in cui esperte ed esperti in radiazioni, pubblici e privati, studino le nuove tecnologie e ne valutino il carico di radiazioni, la velocità di trasmissione, l'applicabilità e l'economicità. Il gruppo dovrà chiarire quali tecnologie a basse emissioni possano essere usate per la telefonia mobile, l'Internet mobile e la protezione civile. In base ai risultati la Giunta provinciale dovrà applicare queste tecnologie e smantellare quelle ad alta emissione di radiazioni;
4. di costituire un gruppo di lavoro che valuti gli studi sugli effetti degli strumenti telematici su alunne e alunni, e stabilisca per l'intendenza scolastica le giuste modalità di servirsene ai fini di un buon apprendimento;
5. di lanciare una campagna d'informazione e sensibilizzazione sui possibili rischi per la salute soprattutto di nascituri, bambini e giovani, e su un uso selettivo e consapevole di telefoni cellulari, smartpohne e WLAN;
6. di usare i minischermi dei treni locali altoatesini per una campagna su questi temi, in cui si spieghi che proprio sui mezzi di trasporto pubblico l'uso contemporaneo di molti telefoni cellulari può portare a un drastico aumento delle radiazioni e dunque a rischi per la salute.

Abgeordnete Foppa, bitte.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Viele von euch werden sich erinnern - es ist nicht so lange her -, dass hier eine Anhörung stattgefunden hat, bei der einen ganzen Tag lang das Thema der neuen Medien und Kommunikationsformen und deren Auswirkungen im Mittelpunkt gestanden hat. Es ist der Landtag selbst gewesen, der diese Anhörung gewünscht hatte. Wer daran teilgenommen hat, hat eine sehr fundierte Auseinandersetzung mit diesem Thema erlebt, nicht immer ganz einheitlich.

Wir haben uns mit dem alten Dilemma befasst, dass die einen sagen, dass es keine Schäden und die anderen sagen, dass es schon Schäden geben würde und dass sich diese beiden Aussagen immer wieder gegenüberstehen, dass man auch nie hundertprozentige wissenschaftliche Gewissheit hat – das haben wir ebenfalls erlebt -, weil genau die gleichen Studien für beide Sichtweisen verwendet wurden. Allerdings war es, zumindest für unsere Sichtweise, doch auch wieder auf vielerartige Weise belegt, dass ein Risiko von Strahlen möglich oder wahrscheinlich ist. Es hat auch einige ganz neue Aussagen gegeben. Mir ist beispielsweise im Gedächtnis geblieben, dass sich aufgrund von Strahlen, die in einem ganz bestimmten Abstand ausgesendet werden, nicht einmal vom eigenen Gerät, sondern das einige Meter, ich glaube drei Meter, entfernt ist, bestimmte Zellbarrieren im Gehirn durchlässig machen lassen und dass dort ganz bestimmte Stoffe unsere Zellstrukturen ganz wesentlich verändern und auch unsere Gehirne nachhaltig schädigen können.

Sehr vieles andere wurde gesagt. Es war auch zum Teil sehr technisch für jene, die dort einen Durchblick haben, aber der gesundheitliche Aspekt stand im Mittelpunkt, nicht nur, denn wir haben auch den pädagogischen Aspekt gestreift. Auch dort kamen einige neuen Studien zur Sprache.

Wir haben daraufhin einen Beschlussantrag ausgearbeitet, der sich auf diese Thematik bezieht und gerade die Zweifel, die geäußert wurden, auch aufnimmt. Diesen trage ich jetzt vor:

*"Trotz durchaus unterschiedlicher Ansätze und Interpretationen der vorliegenden Studien geht hervor, dass Vorsicht gegenüber der uneingeschränkten Verwendung von Wireless Technologien auf jeden Fall angebracht ist.*

*Bisher wurde an diversen Schulen Südtirols die WLAN Vernetzung vorangetrieben, meist mit der Absicht, den Schulalltag didaktisch zu bereichern. Das kann man auch nachvollziehen. Dagegen sprechen allerdings Befürchtungen zu den gesundheitlichen Risiken, die von den elektromagnetischen Strahlen ausgehen, zumal in Gebäuden, sich diese Strahlen zu jenen von vielen Mobiltelefonen summieren."*

Es ist einleuchtend, dass in einer Schulklasse 20 bis 30 Menschen zusammensitzen. Jeder Schüler, jede Schülerin hat ein Handy mit, das heißt, dass dort im Gebäude 20 bis 30 Strahlungsgeräte, natürlich auch jene der Erwachsenen sind. Somit sind solche Schulhäuser, wenn Ihr sie Euch vorstellt, auch strahlende Gebilde, in denen die Kinder und Jugendlichen sitzen und dort den Tag und sehr viele Stunden verbringen und all diesen Strahlen auch ausgesetzt sind.

WLAN Technologien bieten, auch wenn sie weit geringer strahlen als Handys – auch das haben wir an diesem Tag gelernt -, noch eine zusätzliche Belastung, die in Schulen nicht wirklich einleuchtend notwendig ist. Wir denken daran, dass Schulen auch relativ statisch genutzte Gebilde sind, das heißt, dass man sich dort vom einen in den nächsten Raum bewegt, meistens als Klein- oder als Großgruppe. Man findet dort PCs oder Laptop-Stationen vor, über die man sich mit einem Kabel an das Netz anschließen kann. Von daher ist WLAN in den Schulen nicht einsichtig, denn WLAN ist immer dann sinnvoll, wenn vorübergehende Besucher/Besucherinnen eine Stätte aufsuchen und dort mit ihren Smartphone Geräten oder Tablets ins Netz müssen, nicht aber jene, die dort schon sind. Deshalb war es bei der Anhörung besonders lustig. Bei der Anhörung ging es um mobile Technologien. An dem Tag hat Vizepräsident Bizzo, als er die Gäste begrüßt hat, auch gleich gesagt, wie man ins WLAN reinkommt, wobei wir alle einen Kabelanschluss unterm Tisch haben, was aber, wie er selbst gesagt hat, gar nicht bekannt war. Von daher schade, wenn wir diese Kabelmöglichkeit haben, denn in Schulen hat man sie und wenn wir, unsere Kinder und Jugendlichen noch zusätzlich den Strahlungen aussetzen, die nicht notwendig sind.

Bei der Tagung wurde auch gesagt, dass in pädagogischer und kognitiver Hinsicht eine verfrühte Tätigkeit mit digitalen Medien kontraproduktiv wirkt, zumal Kinder sowieso sehr viel Zeit des Tages mit diesen Technologien verbringen, da die Schule nochmals andere Lernräume zur Verfügung stellen sollte.

Wie steht die öffentliche Hand gegenüber dieser Unsicherheit, die momentan, was die Risiken angeht, besteht? Wir sagen, sie muss sich in ihrer Verantwortung für den Gesundheitsschutz bewusst sein und sich nicht neutral verhalten, sondern aktiv für diesen Schutz intervenieren. Bei der Anhörung war ein Rechtsanwalt hier, der immer wieder Strahlenopfer sozusagen begleitet und vertritt und auch in einigen Rechtsstreitigkeiten noch drinnen ist, wo sich auch Verwaltungen in dieser Sache verantworten müssen.



Alternativen wären möglich, und zwar einmal mit verkabelten Geräten oder aber auch über innovative Technologien wie die Lichtkommunikation, mittels derer man einige Meter Datenübertragungen machen kann. Man kann nicht Kilometer Daten – das habe ich nachgelesen – übertragen, aber doch von einem Arbeitsplatz zum nächsten. Da wäre einiges möglich. Einige andere Länder machen uns das schon vor.

Unglaublicherweise bestehen sogar in Krankenhäusern WLAN Netze, wo die Gesundheit absolut an erster Stelle stehen sollte. Ich weiß nicht, ob es belegt ist, aber wenn es stimmt, dass sogar die Geburtenabteilung in Meran ein WLAN Netz hat – es wird bestätigt –, dann ist das doch ein Widerspruch mit dem Gesundheitsauftrag eines Krankenhauses, zumal es um Menschen geht, die erst ganz neu in der Welt sind, wobei die Bequemlichkeit für die Patientinnen wahrscheinlich sichergestellt werden soll und der Anspruch auch vermutlich gestellt wird. Trotzdem wäre es möglich, und es müsste unser Anliegen sein, Alternativen zu schaffen, indem man einzelne PC-Zugänge, einzelne Anschlüsse schafft, wo man sich leicht verkabeln kann. Diese Praxis sollten wir in unserem Land nicht so schnell abschalten.

*"Vor dem Hintergrund des Vorsorgeprinzips sind solche Anwendungen nicht weiter zu tolerieren. Das Menschenrecht auf Unversehrtheit müsste vor Einzelinteressen stehen.*

*Frankreich – das wurde uns auch erzählt - geht viel bewusster mit diesem Thema um. Dort sind bestimmte Produkte, die auf Kinder zugeschnitten sind, gar nicht einmal erlaubt. Bestimmte Werbung ist nicht erlaubt. Auf allen Packungen müssen die Angaben zu möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen angegeben sein und alle Geräte müssen ein Head-Set mitliefern. Dies um nur einige Maßnahmen zu nennen."*

Der Beschlussantrag liegt momentan mit sechs Punkten in einer ausführlichen Form vor. Die Landesrätin ist zu uns gekommen und hat gebeten, diese ein wenig zu bündeln und zu straffen.

Herr Präsident, ich brauche eine geschäftsordnerische Hilfe. Ich habe den beschließenden Teil geändert, aber noch nicht vorgelegt, weil ich dies erst in den letzten Minuten gemacht habe.

**PRÄSIDENT:** Wir werden den geänderten beschließenden Teil übersetzen und die Behandlung des Beschlussantrages aussetzen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Dann unterbrechen wir die Diskussion zu diesem Thema bis der Änderungsantrag übersetzt ist.

**PRÄSIDENT:** Wenn es jetzt noch eine längere Diskussion gibt, dann schaffen wir dies vielleicht in der Zwischenzeit zu übersetzen. Es sind noch 10 Minuten bis 13 Uhr.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Dann werde ich den beschließenden Teil vorstellen.

Am Ende gibt es drei Punkte. Der erste Punkt fasst die beiden jetzigen Punkte 1 und 2 zusammen. Er wird dann heißen:

1. Bis zur definitiven Klärung der Nicht-Schädlichkeit von WLAN soll die Landesregierung die Installierung von WLAN Systemen in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altersheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen aussetzen, bereits bestehende Anlagen durch strahlungsärmere zu ersetzen und bis dahin nur dann verwenden, wenn gesichert ist, dass die Nutzung zeitlich und räumlich begrenzt ist und der Bedarf nicht anderweitig abgedeckt werden kann;

2. eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die neuen Technologien und deren Strahlenbelastung auswertet. Sie soll klären, welche Technologien für den Mobilfunk, das mobile Internet und den Zivilschutz strahlungsarm und zukunftsfähig sind. Ebenso sollen die Auswirkungen der digitalen Medien auf Schülerinnen und Schüler und der sinnvolle Umgang dieser Medien für einen guten Lernerfolg geprüft werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse wird die Landesregierung entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und des gesunden Lernens treffen;

3. eine Informations- und Sensibilisierungskampagne ins Leben zu rufen, in der auf mögliche Risiken für die Gesundheit, insbesondere von Ungeborenen, Babys, Kindern und Jugendlichen, und auf einen bewussten Gebrauch von Handys, Smartphones und WLAN hingewiesen wird. Eine besondere Rolle spielen die öffentlichen Verkehrsmittel, in denen die gleichzeitige Verwendung von vielen Mobiltelefonen zu einer drastischen Erhöhung der Strahlung führen kann. Die Monitore in den Südtiroler Lokalzügen werden für eine diesbezügliche Werbekampagne genutzt, weil sich das anbietet.

Mit diesen Vorschlägen wären wir wegbereitend in Italien und Europa. Es gibt bisher noch keine Region, die sich so deutlich mit der Gesundheitsvorsorge in diesem Bereich befasst hätte. Wir könnten hier einmal wirklich den Zeiten ein Stück weit voraus sein, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Dadurch, dass ich meine Wortmeldung hauptsächlich auf den beschließenden Teil bezogen hätte und der neue Text noch nicht vorliegt, würde ich vorschlagen, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und am Nachmittag, wenn der Text allen vorliegt, die Behandlung fortzusetzen. Ansonsten reden wir über Dinge, die ich von Kollegin Foppa zwar gehört habe, die aber im Detail doch abgeändert werden.

**PRÄSIDENT:** Nachdem es 12.54 Uhr ist, unterbreche ich die Sitzung bis 14.30 Uhr.

ORE 12.54 UHR

-----

ORE 14.35 UHR

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 378/15 fort. In der Zwischenzeit ist der dazu eingebrachte Änderungsantrag der Abgeordneten Foppa, Dello Sbara und Heiss verteilt worden, der folgendermaßen lautet.

Der beschließende Teil wird wie folgt ersetzt:

1. Bis zur definitiven Klärung der Nicht-Schädlichkeit von WLAN die Installierung von WLAN Systemen in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altersheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen, auszusetzen, bereits bestehende Anlagen durch strahlungsärmere zu ersetzen und bis dahin nur dann zu verwenden, wenn gesichert ist, dass die Nutzung zeitlich und räumlich begrenzt ist und nur der unmittelbare, anders nicht zu bewältigende Bedarf abdeckt wird;

2. Eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die neuen Technologien und deren Strahlungsbelastung auswertet. Sie soll klären, welche Technologien für den Mobilfunk, das mobile Internet und den Zivilschutz strahlungsarm und zukunftsfähig sind. Ebenso sollen die Auswirkungen der digitalen Medien auf Schülerinnen und Schüler und der sinnvolle Umgang dieser Medien für einen guten Lernerfolg geprüft werden.

Auf der Grundlage der Ergebnisse wird die Landesregierung entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und des gesunden Lernens treffen.

3. Eine Informations- und Sensibilisierungskampagne ins Leben zu rufen, in der auf mögliche Risiken für die Gesundheit insbesondere von Ungeborenen, Babys, Kindern und Jugendlichen hingewiesen und auf einen bewussten Gebrauch von Handys, Smartphones und WLAN hingearbeitet wird. Eine besondere Rolle spielen auch die öffentlichen Verkehrsmittel, in denen die gleichzeitige Verwendung von vielen Mobiltelefonen zu einer drastischen Erhöhung der Strahlung und somit des gesundheitlichen Risikos führen kann. Die Monitore in den Südtiroler Lokalzügen werden für eine diesbezügliche Werbekampagne genutzt.

La parte dispositiva è così sostituita:

1. di sospendere, finché non sia definitivamente chiarita l'innocuità della WLAN, l'installazione di sistemi WLAN in scuole, asili, ospedali, case di cura e di riposo e in altre strutture pubbliche, di sostituire gli impianti già esistenti con impianti a più bassa emissione di radiazioni, e fino a quel momento utilizzare gli impianti esistenti solo quando sia certo che l'uso è limitato nel tempo e nello spazio, e che sia coperto solo il bisogno immediato e impossibile da coprire altrimenti;

2. di costituire un gruppo di lavoro che studi le nuove tecnologie e ne valuti il carico di radiazioni. Il gruppo dovrà chiarire quali tecnologie a basse emissioni possano essere usate per la telefonia mobile, l'Internet mobile e la protezione civile. Dovranno inoltre essere verificati gli effetti degli strumenti telematici su alunne e alunni e stabilite le giuste modalità di servirsene ai fini di un buon apprendimento.

Sulla base dei risultati la Giunta provinciale prenderà le misure necessarie ai fini della tutela della salute e di un apprendimento sano;

3. di lanciare una campagna d'informazione e sensibilizzazione sui possibili rischi per la salute soprattutto di nascituri, bambini e giovani, e su un uso selettivo e consapevole di telefoni cellulari, smartphone e WLAN. Un ruolo importante è svolto dai mezzi di trasporto pubblico, dove l'uso contemporaneo di molti telefoni cellulari può

portare a un drastico aumento delle radiazioni e dunque a rischi per la salute. I minischermi dei treni locali altoatesini vanno utilizzati per una campagna su questi temi.

Abgeordneter Blaas, bitte.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Nachdem ich erst jetzt den Änderungsantrag erhalten habe, möchte ich mich dazu später zu Wort melden.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.  
Abgeordneter Köllensperger, bitte.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich unterstütze diesen Beschlussantrag, auch wenn ich der Meinung bin, dass man den Akzent mehr auf die Probleme in Sachen Telefonie, UMTS, Smartphones setzen sollte. Es ist eine mathematische Rechnung. Während ein WLAN Router ein Magnetfeld von einer Kraft von 0,1 Watt erzeugt, sind die UMTS Geräte mit 0,25 Watt unterwegs, aber der Hauptgrund ist die Nähe, die man zum Schädel, zum Gehirn hat. Wenn man sich das ausrechnet – nehmen wir das Beispiel eines UMTS Handys, das direkt ans Ohr gehalten wird, auch nur mit einem iPad, das man sich auf dem Schoß, ungefähr einen halben Meter vom Kopf weg, hält und wenn man bedenkt, dass die Strahlung kreisförmig wie bei einem Ballon ist, denn wenn man diesen zehnmal aufbläst, dann ist die Oberfläche hundertmal so groß als in diesem Fall die Strahlung hundertmal schwächer –, dann sind das Magnetfeld und die Watt, die man dem Gehirn zuführt, indem man sich das Smartphone ans Ohr hält, zwölftausendfünfhundert mal größer als die, die man bei einem Wireless an Strahlung ausgesetzt ist, das man sogar noch in der Nähe hat. Noch viel geringer ist es, wenn der Wireless Router weiter entfernt ist.

Der Antrag ist natürlich unterstützenswert. Das Wichtigste ist der Punkt, wo man eine Sensibilisierungskampagne starten will, um vor allem unsere jungen Leute darauf hinzuweisen, dass sie beim Telefonieren die Kopfhörer verwenden sollen, ob mit Bluetooth, mit Draht ist egal, aber das Wichtigste wäre, einen Kopfhörer zu verwenden.

Weiters wäre bei der Sensibilisierungskampagne darauf hinzuweisen, dass es besonders schädlich ist, wenn man navigiert und surft, wo ein schlechter Empfang ist, weil dort das Smartphone seine Kraft auf das Maximum hinausfährt und wenn man in Bewegung ist, und zwar im Zug oder im Auto. Da wäre es ratsam, das Handy zumindest während der Fahrt auf den Flugzeugmodus zu stellen. Diese Sachen weiß fast niemand. Wenn man in Amerika oder in Nordeuropa durch die Städte geht, dann fällt einem auf, dass die meisten Leute längst schon mit den Kopfhörern telefonieren. Bei uns ist das nicht gang und gäbe. Bevor wir alle Wireless Geräte und Router in den Schulen austauschen gehen, das sicher eine gute Maßnahme ist, aber doch mit großem organisatorischen Aufwand und viel Geld verbunden ist, wäre es wichtiger, dass man dort ansetzt, nämlich bei den Smartphones und gerade bei den jungen Leuten unter 20 Jahren, die laut "Ufficio Federale della Sanità Pubblica" der Schweiz am meisten ausgesetzt sind, wo die Schäden noch am größten sind. Ich glaube, dass man das ganz besonders herausstreichen und auf jeden Fall in diese Richtung gehen sollte.

Der Antrag ist unterstützenswert und wird meine Unterstützung erfahren, aber ich denke, dass man den Akzent insbesondere auf UMTS und etwas weniger auf WLAN setzen sollte.

Zu Ihrer Information. Beim Verwaltungsgericht im Latium ist ein Verfahren anhängig, mit dem die Konsumentenschützer von der Regierung erwirken wollen, dass eine italienweite Sensibilisierungskampagne erreicht wird, die auf das Risiko vor allem der UMTS Telefonie im Zusammenhang mit dem nicht auszuschließenden Risiko auf Gehirntumore hinweist. Diese verlangen von der Regierung nicht, dass sie die Handys verbieten, sondern sie wollen, dass mit einer Sensibilisierungskampagne, mit Verweis auf die EU-Richtlinie, die das Vorsorgeprinzip vorsieht, darauf hingewiesen wird. Deshalb ist es, glaube ich, angebracht, dass Südtirol sich in diese Richtung bewegt. Ich werde den Beschlussantrag mit dieser Zusatzforderung unterstützen.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Dieses Thema ist ein sehr kontrovers diskutiertes Thema. Es hat aber schon einiges Positives bewirkt. Es wird zumindest darüber gesprochen.

Es stimmt, dass Vorsicht gegenüber der uneingeschränkten Verwendung von Wireless Technologien auf jeden Fall angebracht ist. Ich gebe aber zu bedenken, dass sich heute schon viele Betriebe, Hotels, Gasthäuser und dergleichen brüsten, dass sie diese Technologie haben. Auch in den Gemeinden stellen wir fest, dass immer größere Bereiche auch über WLAN öffentliche Plätze abdecken, teilweise sogar im Bereich von Kinderspielplätzen. Ich stelle auch fest, dass in den SAD-Zügen diese Technologie vorhanden ist und auch häufig genutzt wird,

dass es auch die Strahlenbelastungen von Richtfunkanlagen und auch von Seiten der Amateur-Funker gibt. Das sind alles Bereiche, die, wenn man einige Warnungen von Leuten, von Technikern ernst nimmt, doch ein gewisses Gefahrenpotential darstellen.

Nun zum beschließenden Teil. Er ist ein bisschen anders und auch besser formuliert als die ursprüngliche Vorlage.

Den ersten Punkt des beschließenden Teils sehe ich ein bisschen zwiespältig. Wenn hier steht "bis zur definitiven Klärung der Nicht-Schädlichkeit die Installation von WLAN Systemen und dergleichen auszusetzen", dann kann dies seine Zeit dauern. Hingegen finde ich bestehende Anlagen durch strahlungsärmere zu ersetzen als durchaus vernünftigen Vorschlag.

Beim Punkt 2 betreffend die Einsetzung einer Arbeitsgruppe habe ich auch wieder meine Bedenken, eine weitere Arbeitsgruppe einzusetzen, die uns dann irgendwo nicht recht weiterbringt. Mit der Besetzung dieser Arbeitsgruppe wäre genügend Konfliktpotential gegeben, und zwar für die Befürworter oder Gegner dieser Technologien.

Sehr gut finde ich den Punkt 3, und zwar eine Informations- und Sensibilisierungskampagne ins Leben zu rufen. Wir stellen fest, dass diese Technologien einfach genutzt werden, ohne genau zu hinterfragen, welche Schäden eventuell verursacht werden können. Hier hat sich ein Zeitgeist entwickelt, das nicht zu hinterfragen. Hier wendet man diese Technologie an und niemand macht sich Sorgen.

Wie wir bei der Anhörung festgestellt haben, gibt es teilweise sogar große Bedenken. Aus diesem Grund finde ich den Punkt 3 unterstützenswert. Beim Punkt 2 überwiegt eine Skepsis und beim Punkt 1 ist der erste Teil nicht unterstützenswert, der zweite sehr wohl. Aus diesem Grunde werde ich die Diskussion noch aufmerksam verfolgen und dann meine definitiven Schlüsse daraus ziehen.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich respektiere die Sorgen und Ängste, die viele Leute haben. Ich bin aber gegen eine Verbotsgesellschaft und eine Überregulierung. Man sieht auch ein Stück weit die Scheinheiligkeit, die hinter solchen Vorschlägen steckt.

Bei einem Interkontinentalflug zwischen 10.000 und 12.000 Metern Flughöhe ist man einer Strahlenbelastung aus dem Weltraum ausgesetzt, die um ein Vielfaches höher ist, als wenn man das ganze Jahr fünf Handys an den Kopf halten würde. Deshalb ist es, denke ich, schon etwas scheinheilig. Wenn man sich dann im Sommer an den Strand legt, dann ist man einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die um ein Vielfaches höher ist, als wenn man wochenlang mit vier oder fünf Handys am Kopf telefonieren würde.

Im Übrigen dürfen wir nicht vergessen, dass zum Beispiel bei der Verlegung der bis zu einer bestimmten Spannung gehenden Stromkabel unter der Erde, unterirdisch und auch jene, die zu den Häusern führen usw., diese vermeintliche Strahlenbelastung extrem gesunken ist. Dann geht es darum, dass jeder immer und überall erreichbar sein oder ein Netz haben will, wie es so schön heißt, aber niemand die Umsetzer und die Strahlung will, ich am liebsten auch nicht. Keine Strahlung, das ist mir schon klar, aber es ist nun einmal so, dass wir eine bestimmte Entwicklung haben.

Ich bin sehr dafür, wenn man hier von Sensibilisierung und Aufklärung redet, aber es geht immer noch darum, dass es noch nicht restlos geklärt ist, welche negativen Auswirkungen diese Form der Strahlung hat. Ich denke, wie gesagt, dass es eine Vielzahl von wesentlich stärkeren und extremeren Strahlenquellen gibt als zum Beispiel ein WLAN Router. Ich kenne mich schon ein bisschen aus. Ich denke, dass man hier das Kind nicht nur mit dem Bade ausschüttet, sondern es sogar den Fluss hinunterschwemmen lässt, wenn man der Meinung ist, dass man durch das Austauschen von WLAN-Routern in Schulen irgendwelche vermeintlich vorhandene Strahlungen, schädliche Strahlungen verringert oder nicht verringert. Ich bin dagegen, dass wir diese vermeintliche Gesundheitsgefährdung, die, wie gesagt, wissenschaftlich in keinster Weise nachgewiesen ist, durch WLAN Router zum Anlass nehmen, in allen Schulen Panikstimmung zu verbreiten, herzugehen und Router auszutauschen oder was weiß ich sonst noch alles.

Ich würde mir wünschen, dass es zum Beispiel an die Adresse des zuständigen Landesrates, Florian Mussner, glaube ich, gehen sollte, denn wenn ich durch die Tunnels in Südtirol fahre, dann hätte ich gerne ein ununterbrochenes Telefonnetz und nicht wie im Mittelalter, dass man danach die Nummer wieder neu wählen muss. Ich würde mir noch wünschen, dass wir in Südtirol endlich eine Internetbreitbandabdeckung haben, die uns bereits für 2011 versprochen worden war, wobei dieses Versprechen im Jahr 2005 gemacht wurde. Das sind die wahren Probleme, die wir hier lösen müssten.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zunächst möchte ich den Landtagspräsidenten bitten – das geht, glaube ich, vielen Kollegen so -, die Heizungs- und Klimaanlage in diesem Haus dringend kontrollieren zu lassen, denn im Winter frieren wir, weil wir nicht richtig heizen können und im Sommer frieren wir, weil wir die Klimaanlage nicht im Griff haben. Das sollte schon einmal geklärt werden, denn wenn man von draußen hereinkommt, dann hat man das Gefühl, in einen Kühlschrank zu kommen, und das vor allem hier in der Mitte.

Zum Beschlussantrag. Ich stimme den Kollegen von den Grünen in sehr, sehr vielen Punkten zu. Kollegin Atz Tammerle wird gleich noch einen Änderungsantrag bringen, um den Bereich, gerade was die Schulen usw. anbelangt, in der praktischen Handhabung etwas zu vereinfachen, weil wir auch der Meinung sind, dass es, wenn grundsätzlich gesagt wird, dass man alles wegmachen und es nicht sein solle, sicherlich nicht richtig ist.

Ich hätte aber eine Bitte an die Einbringer und an den Landtagspräsidenten, dass man im Punkt 1 über das Wort "Krankenhäusern" getrennt abstimmt, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Ich weiß selbst aus meiner Praxis im Krankenhaus, dass es auch für die Arbeit der Ärzte inzwischen notwendig und selbstverständlich geworden ist, sich Informationen über das WLAN auszutauschen. Das ist nicht ein öffentliches WLAN, wo die ganzen Patienten Zugriff haben, sondern ein hausinternes WLAN, wo beispielsweise, sage ich jetzt einmal, Röntgenbilder usw. ausgetauscht werden. Dies generell den Krankenhäusern zu verbieten, ist, glaube ich, technisch in dieser Form nicht sehr schnell möglich. Man sollte schon einmal genau prüfen, wie man es technisch anders anbieten könnte. Aus diesem praktischen Grund würde ich bitten, dass man über das Wort "Krankenhäusern" getrennt abstimmt und es dann eventuell ablehnt, damit wir diesen Aspekt hier außen vornehmen.

Eine Frage hätte ich zum Punkt 6. Hier ist davon die Rede, die Monitore in den Südtiroler Lokalzügen für eine diesbezügliche Werbekampagne zu nutzen, in der darauf hingewiesen wird, dass gerade in öffentlichen Verkehrsmitteln durch die gleichzeitige Verwendung von vielen Mobiltelefonen zu einer drastischen Erhöhung der Strahlen und somit des gesundheitlichen Risikos führen kann. Sinngemäß wäre meine Frage, ob es hier nur darum geht, die Reisenden zu informieren oder ob es das Ziel sein soll, dass es in öffentlichen Verkehrsmitteln überhaupt keine WLAN Verbindungen mehr gibt. Ich frage - ich müsste es hinterfragen, weil ich es nicht mehr weiß -, was beispielsweise die größere Belastung ist. Ist es eine größere Belastung, wenn ein Nutzer mit seinem Handy auf ein gut funktionierendes WLAN Netz zugreift oder wenn die ganzen Kunden einzeln über ihren Netzanbieter einsteigen? Deswegen macht es, glaube ich, keinen Sinn, dass man das WLAN generell in öffentlichen Verkehrsmitteln, und hier meine ich jetzt nicht einen Bus, ...

**ABGEORDNETE:** (*unterbrechen*)

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nein, aber für die Grundsatzdiskussion. Solche Forderungen gibt es auch. Wir reden jetzt nicht von kleinen Busverbindungen, sondern von internationalen Zügen usw. Hier macht es schon Sinn, dass man es in der Wahrnehmung differenziert. Wenn das schon geklärt ist, dann ist diese Frage beantwortet. Meine Kollegin Atz Tammerle wird unseren Änderungsantrag genauer erläutern.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte anmerken, dass in meinem Änderungsantrag die Worte "in Punkt 2" des beschließenden Teiles stehen. Das ist falsch. Es sollte nämlich "in Punkt 1" des beschließenden Teiles heißen.

Ich kann diesem Beschlussantrag sehr vieles abgewinnen, weil ich mich vorab sehr intensiv mit dieser Thematik befasst habe, einerseits von zu Hause aus, andererseits im Allgemeinen, zudem auch noch in der Schule, weil ich selbst Kinder in der Schule habe. Gerade Kinder werden in ihrem Wachstum von Strahlen sehr stark beeinflusst und darauf reagiert das Gehirn besonders.

Ich weiß nicht, ob damals in dieser Anhörung mit der Bürgerwelle auch vorgeführt wurde, was für ein Geräusch solche Wellen auch haben. Es ist ein starkes hintereinander folgendes Klopfen sozusagen und das ständig. Das sozusagen wirkt auf das Gehirn und es bringt auch die Konzentration durcheinander, wobei es bei den Kindern auf das allgemeine Wachstum reagiert.

Hier in Südtirol wurde vor kurzem ein Experiment durchgeführt, bei dem sozusagen Würmer, die sich als Larven zu verschiedenen Faltern entwickeln, einer Strahlenbelastung ausgesetzt und andere von den Strahlen total abgeschirmt wurden. Die meisten, die der Strahlenbelastung ausgesetzt waren – das war bis zum Schluss deutlich zu erkennen -, hatten in ihrer Entwicklung als Larven Verformungen und sind schlussendlich sogar draufgegangen und verendet. Bei den anderen, die ohne Strahlenbelastung ihre Entwicklung durchleben konnten, waren die Sterberate und auch die Missbildungen weitaus niedriger als bei den anderen. Ich finde es sehr wichtig, dass besonders bei Kindern, auch in den Schulen, auf diese Sensibilität geachtet wird. Deswegen ist es wichtig,

dass nicht alles diesem Fluss nachgeht, alles ins WLAN umzusetzen, dass hier ganz gezielt iPads ausgeteilt werden, die keine Möglichkeit haben, sich am Kabelzugang anzuschließen, sondern dass man auf die Möglichkeit des Kabelanschlusses auch in den Schulen Wert legt.

Mir ist es auch noch wichtig, dass die Menschen nicht einfach diesen Strahlen ausgesetzt werden, denn sie können nicht einmal darüber entscheiden, ob sie bestrahlt oder nicht bestrahlt werden wollen. Das beste Beispiel ist in unserem Büro. Eines Morgens kommt man ins Büro und es ist ein WLAN Kasten montiert gewesen. Ich habe kurzerhand in der Verwaltung angerufen und darum gebeten, ob man mir bitte einen Schaltknopf montieren könne, damit ich dieses WLAN selbst manuell ein- und ausschalten kann. Wir haben im Büro die ganzen Computer über Kabel verbunden, selbst mit dem Drucker. Deswegen frage ich mich wirklich, warum es dieses WLAN überhaupt braucht, denn es ist nicht notwendig, sich dieser Verstrahlung auszusetzen.

Weiters ist es ganz wichtig zu wissen, dass diese Strahlen von Jahr zu Jahr erhöht werden. Auch der italienische Staat hat die Obergrenze immer wieder erhöht. Mittlerweile ist sie auf das Zehnfache angestiegen, obwohl man vorher gesagt hat – ich habe jetzt die genauen Zahlen nicht im Kopf –, dass die Schmerzgrenze um das Zehnfache zu nieder liegt und es gesundheitsschädlich ist. Dann hat man die Schmerzgrenze erhöht, weil man gesehen hat, dass immer mehr Leute Handys benutzen, weil sonst auch die Handymasten nicht mehr dem Informationsfluss nachkommen. Etwas später hat man gesehen, dass sie zu niedrig ist und sie wurde erneut erhöht. Deshalb ist es richtig, dass zumindest den Leuten vielleicht durch Schilder oder durch eine Kampagne gezeigt wird, dass man hier Strahlen ausgesetzt ist. Von mir aus gesehen hat jeder das Recht zu erfahren, inwiefern er bestrahlt wird und nicht. Besonders in den Schulen sollte mit Vorsicht vorangegangen werden. Die Möglichkeit mit der Kabelverbindung sollte nicht einfach ausgeschlossen, sondern diese Option immer offen gelassen werden, denn auch zu Hause als Privater habe ich diese Möglichkeit. Wenn ich als Elternteil Wert darauf lege, dann finde ich es schon angemessen, dass ich auch in meiner Schule sozusagen die Entscheidung selbst treffen kann.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Molte cose che ha detto la collega Atz Tammerle le volevo dire io, sono completamente d'accordo. Mi sembra che questo sia l'approccio giusto. Noi abbiamo fatto una audizione e una cosa è emersa: non ci sono certezze su questo argomento. Quindi anche a livello europeo deve scattare il principio di precauzione, cioè finché non è sicuro che, come dice il collega Pöder, non fa niente ecc. certo ci sono altre emissioni che sono molto più pericolose, però non è che se ci sono emissioni più pericolose, sono ammissibili quelle meno pericolose, comunque stiamo ai fatti dell'audizione. Credo che tutti coloro che hanno partecipato a quell'audizione lo potrebbero sottoscrivere: non ci sono certezze. C'è chi propende di più per la pericolosità, chi propende meno per la pericolosità ma nessuno può garantire che non ci sono pericoli, quindi deve scattare il principio di precauzione e anche un altro principio, quello della riduzione possibile del rischio. Anche noi abbiamo incontrato gli esperti della Bürgerwelle e dopo quell'incontro mi sono accorto, stando a casa, andando in ufficio, usando tutti gli strumenti che si usano, se si adotta il principio di precauzione e se ci si dà l'obiettivo di ridurre al minimo indispensabile l'uso delle tecnologie wireless quanto sia possibile fare, per quante ore un wireless lasciato acceso indiscriminatamente sta acceso inutilmente. Basta spegnerlo e accenderlo solo nel momento in cui si deve usare. Noi usiamo tutte queste macchine, queste tecnologie a getto continuo, un po' come l'automobile, quando invece li utilizziamo effettivamente, per chi li vuole utilizzare, solo per un periodo di tempo limitato. Questo è il primo punto.

Secondo punto: ci sono alternative come l'utilizzo del cavo per esempio.

Terzo punto: c'è anche l'alternativa del wireless, su questo gli esperti erano tutti d'accordo, invece del collegamento col telefono. Lì sì, se devi proprio collegarti il wireless e non hai il cavo, meglio collegarsi in wireless che non collegarsi via rete telefonica. Tutto questo dovrebbe essere insegnato, perché veramente si fa un uso smodato delle tecnologie a disposizione.

Questo è il senso della mozione che abbiamo presentato. Ci sono moltissime cose da fare, anche senza danneggiare ma togliendo lo spreco inutile di inquinamento elettromagnetico.

**SCHIEFER (SVP):** Zu diesem Thema ist, glaube ich, schon in der Vergangenheit und auch heute wieder sehr viel gesprochen worden. Es ist nach wie vor ein sehr interessantes Thema, das Abende füllen könnte. Es war auch sehr gut, dass hier im Landtag eine Anhörung mit Experten stattgefunden hat, welche, glaube ich, von der Verbraucherzentrale organisiert wurde. Wir wissen, dass genau dieses Thema die Leute draußen sehr stark interessiert. Wir haben es immer wieder festgestellt. Im Unterland hat es teilweise ganze Aufstände, Revolutionen in einzelnen Gemeinden gegeben, weil ein Handymasten am falschen Ort aufgestellt werden sollte. Man hat versucht, dieses Problem wohl oder übel zu lösen. Teilweise hat man auch Lösungen gefunden, aber wenn man

immer wieder von Handymasten spricht, dann gibt es in der Bevölkerung Unruhe und Ängste. Deswegen ist es, glaube ich, dringend notwendig, dass wir zuerst einmal imstande sind, das Breitbandnetz über Glasfaserkabel bis ins letzte Dorf und bis in die letzte Fraktion zu organisieren. Schon seit Jahren wird darüber gesprochen. Wir sind jetzt dabei und hoffen, dass dieses Programm so schnell als möglich umgesetzt wird.

Die Voraussetzung, die Strahlung zu reduzieren, liegt darin, dass man möglichst viele Daten nicht über Richtfunkantennen usw., sondern über Kabel in unsere Büros und in unsere Häuser bekommt. Intern ist dann die Strahlung bei weitem nicht so groß, wenn man imstande ist, sie auf einzelne Räume zu beschränken. Ich glaube, das Um und Auf für die Lösung liegt, erstens, einmal darin und, zweitens, bei der Sensibilisierung, dass gerade die jungen Leute, wie es Kollege Köllensperger gesagt hat, möglichst achtsam, vorsichtig sind und mit dem Smartphone oder Handy nicht stundenlang telefonieren, sondern wenschon mit den Kopfhörern. Die Gefahr besteht, dass durch das lange Telefonieren Schäden am Gehör zu befürchten sind, das wissen wir, aber genau gleich ist es, wenn wir das iPad am Schoss haben, denn dann weiß man auch nicht, ob dadurch potentielle Potenzstörungen zu befürchten sind.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich war bei der Anhörung auch dabei. Im Vorfeld haben wir mit einer Bürgerinitiative Kontakt gehabt, die sich mit dieser Thematik sehr stark auseinandersetzt. Wer die Anhörungen hier alle mitverfolgt hat, der musste zum Schluss kommen, dass eigentlich nichts klar ist. Wenn hier steht "bis zur definitiven Klärung der Nicht-Schädlichkeit sollte man alles einstellen", dann ist das problematisch. Ich gehöre auch zu jenen, die ein Handy benutzen. Ich wäre nicht glaubwürdig, wenn ich jetzt die Abschaltung verlangen und danach weiter telefonieren würde. Ich weiß nicht, inwieweit es schädlich ist oder nicht. Ich habe das eine und das andere gehört.

Es werden nachfolgende Generationen entscheiden, ob wir fortschrittsgläubig oder technologiefeindlich waren. Ich weiß es heute nicht. Diesbezüglich gibt es keine Langzeitstudien. Es gibt aber Vorbehalte und besonders ernst möchte ich jenen Einwand nehmen, der hier bei der Anhörung von einem Mann der Schule vorgetragen wurde, der ganz klar den Vorwurf erhoben hat, dass er den Eindruck hätte, dass alle Schulen - er hat sich auf Deutschland bezogen - mit iPads und PCs ausgestattet werden sollen, weil ein enormer Druck von Seiten der Industrie komme. Ich weiß es nicht, denn ich sage es hier nur nach. Das war ein Einwand, welcher zumindest eine Logik hätte. Das hat jetzt nichts mit der Gesundheit selber zu tun. Er hat aber auch gesagt, dass es in Deutschland Studien gibt dahingehend, dass das Benutzen von solchen Geräten über eine längere Zeit eindeutig Konzentrationsstörungen bei Schülern hervorruft usw., aber ich denke, dass es eine Sache der Erziehung, der Kontrolle der Eltern usw. ist.

Es ist schwierig, weil man bei diesem Thema auch sehr emotional argumentieren kann. Ich möchte weder Ängste schüren noch möchte ich es bagatellisieren, denn ich weiß es nicht. Ich sehe mich heute außerstande zu sagen, dass es einen großen Schaden erzeugt. Kollege Pöder hat Beispiele gebracht, bei denen die Strahlung viel, viel größer ist. Ich weiß nicht, ob morgen herauskommt, dass bei den Glasfaserkabeln schlussendlich auch eine riesengroße Strahlung erzeugt wird. Das würde mich nicht wundern. Heute schwören wir, dass es das Beste sei, morgen steht vielleicht einer auf und sagt, dass es eigentlich ganz anders sei. Der Streit zwischen Fortschritt und mögliche Sorgen um die Gesundheit ist ernst zu nehmen. Ich bin absolut dafür, dass man dies mit Studien usw. verfolgt, aber ich sehe mich außerstande, ein Szenario zu entwickeln, bei dem jetzt alle in Gefahr sind. Vermeidung wird sicher gut sein. Die Vorschläge, die gemacht worden sind, dass man nur bei effektiver Benutzung sich dafür oder dagegen entscheiden kann, sind sicher alles Überlegungen, die man anbringen soll.

Ich habe schon ein bisschen den Eindruck, denn wir hatten diese Bürgerinitiativen. In Gsies hat es eine Volksabstimmung gegeben, bei der man sich gegen einen Umsetzer ausgesprochen hat. Ich weiß jetzt nicht, ob die Gsieser alle nach Taisten zum Telefonieren fahren oder ob sie es über das Festnetz machen. Ich kann mir aber vorstellen, dass es wahrscheinlich nicht allen gefällt. Diese Diskrepanz werden wir wahrscheinlich nicht auflösen. Wir haben aber als Politiker die Verpflichtung, die Sorgen ernst zu nehmen, aber auch die Wissenschaftlichkeit zu verfolgen und nicht unnötig Ängste zu schüren, es aber mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

**TSCHURTSCHENTHALER (SVP):** Ich habe als ehemaliger Bürgermeister mit dieser Problematik oft genug zu tun gehabt. Es ist eine schwierige Situation, wie es Kollege Leitner aufgezeigt hat. Jeder von uns hat ein Handy. Es gibt sehr viele Bürgerproteste, wenn es darum geht, dass in der eigenen Nähe ein Handymasten aufgestellt wird. Wir haben einen Umweltmediziner hergeholt, welcher in der Versammlung Messungen gemacht hat. Er hat dann die Leute ersucht, ihr Handy herzugeben. Dann sind die Leute erst einmal aufmerksam gemacht worden, wie das eigene Handy strahlt. Wir wissen heute effektiv nicht, welche Folgen es geben wird, denn bei der

Anhörung, bei der ich selbst dabei gewesen bin, haben sich die Fachleute, je nachdem aus welchem Bereich sie gekommen sind, dazu geäußert.

Dass hier ein großer Markt dahinter ist, das wissen wir. Gestern war ein Teil von uns bei der Generalversammlung des Wirtschaftsringes. Dort hat ein Fachmann aus Deutschland aufgezeigt, dass es für Kleinstkinder in China in gewissen Städten fast logisch ist, ein iPad zu haben, damit sie sich rechtzeitig auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen können. Wir haben die Aufgabe zu informieren, denn jeder soll entsprechend informiert sein. Ich kann von mir selber sagen, dass ich nach dieser Anhörung das Handy öfters auf Flugmodus umgestellt habe, denn wenn ich im Auto unterwegs bin und ein Anruf kommt, dann sehe ich, dass mich jemand gesucht hat. Als Bürgermeister ist man anders gefordert als Abgeordneter. Wenn man auch einmal einen Anruf eine Stunde versäumt, dann sollte man sich selber nicht zu wichtig nehmen und auch einmal sagen, dass man für diese Stunde Fahrt von hier bis dort nicht erreichbar ist. Hier gilt es, dass wir als Abgeordnete mithelfen, die Leute zu informieren. Jeder ist dann selbstverantwortlich. Wir als Eltern sollten versuchen, die Kinder ein bisschen zu begleiten, denn allzu viel lassen sie sich nichts sagen, aber man sollte informieren, noch einmal informieren und aufklären.

**STEGER (SVP):** Die drahtlose Informationsübertragung und die mobile Kommunikation sind heute nicht mehr wegzudenken und sind eine Selbstverständlichkeit. Wahrscheinlich hinken wir mit unserem Anliegen einfach nach. Die Realität hat uns wohl schon überholt, auch wenn das Anliegen richtig ist, denn es ist auf jeden Fall überhaupt nicht gesichert, welche gesundheitlichen Schäden von der übermäßigen Nutzung dieser neuen Möglichkeiten, dieser Informationsübertragungen genommen werden können. Man weiß nicht, wie schädlich oder nicht schädlich sie sind, es ist aber sicher richtig, dass man vorsorgt und dass man sich bemüht, soweit als möglich diese Information zu bekommen und diese Studien zu machen. Wichtig ist, dass die Information allumfassend ist. Wir machen hier in diesem Bereich nie zu viel Information, denn die Nutzung der neuen Medien, wie es Kollege Tschurtschenthaler gesagt hat, ist unserer Jugend und bereits Kindern so ins Blut übergegangen, dass es ganz schwierig ist, sie darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich es durchaus auch sein kann. Wir wissen es nicht. Deshalb haben wir die Aufgabe, diese Information auf allen Ebenen zu geben und irgendwo auch einmal anzumahnen, dass man sich Momente gibt, wo diese Handtelefone, iPads usw. abgeschaltet werden. Ich bin sehr wohl überzeugt, dass das Anliegen richtig ist. Es kann durchaus gefährlich sein, sodass wir aus dem Grund alles tun sollen, was in unserer Möglichkeit steht, das Risiko zu minimieren. Was wir nicht tun können, ist die Nutzung zu verbieten. Da hat uns die Realität schon lange überholt.

Ich möchte diesem Antrag das Positive abgewinnen, nämlich das ehrliche Anliegen, dass man die Risiken minimiert. Deswegen wird sich meine Fraktion mit dem beschließenden Teil einverstanden erklären. Ich möchte die Einbringerin bitten, im ersten Absatz eine Änderung zuzulassen. Ich würde – ich ersuche den Generalsekretär mitzuhören – den Text folgendermaßen formulieren: "In Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altersheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen werden soweit möglich bereits bestehende WLAN Anlagen durch strahlungsärmere ersetzt und nur dann verwendet, wenn gesichert ist, dass die Nutzung zeitlich und räumlich begrenzt ist." Wir hätten somit das Ziel, dass die zeitliche räumliche Begrenzung besteht. Das würde voraussetzen, dass es auch Mechanismen gibt, um das WLAN auszuschalten. Ich ersuche, die Worte "bis zur definitiven Klärung der Nicht-Schädlichkeit von WLAN die Installierung von WLAN Systemen" nicht hineinzuschreiben, denn es kann noch lange dauern, bis die Nicht-Schädlichkeit von WLAN zweifelsfrei geklärt ist. Wichtig ist, dass wir es tun und es zeitlich und räumlich begrenzen. Wichtig ist, dass wir auch die betroffenen Lehrpersonen in Verantwortung nehmen. Wenn wir sagen "zeitliche und räumliche Begrenzung", dann haben wir gleichzeitig auch gesagt, dass jene Personen, die mit den Jugendlichen arbeiten, diese Verantwortung zu übernehmen haben und es soweit als möglich in diesem Rahmen zu halten.

Ich ersuche, den zweiten Absatz auf zwei Absätze aufzuteilen, und zwar bis zu den Worten "zukunftsfähig sind" als zweiten Absatz und ab dem Wort "ebenso" als dritten Absatz gelten zu lassen und den dritten Absatz als vierten Absatz werden zu lassen. Wir hätten dann vier Absätze zur Entscheidung zu bringen: Den ersten Absatz mit der Bitte, diese Abänderung zu genehmigen, den zweiten als zwei Absätze und dann den dritten als vierten Absatz einzufügen. Wir können dann diesem Beschlussantrag gerne zustimmen, weil er ein Anliegen verfolgt, das auch in unserem Sinne ist und von dem auch wir glauben, dass man hier ganz besonders aufpassen muss.

**PRÄSIDENT:** Ich bitte Sie, den Text schriftlich zu formulieren, damit wir ihn übersetzen können. Kollegin Foppa, bitte.



**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Zum Fortgang der Arbeiten. Man müsste jetzt nur noch den Satzbau anpassen, weil die anderen Absätze als Nebensatz aufgebaut sind. Das stimmt jetzt mit der Syntax nicht mehr richtig zusammen. Das kann man aber nachher von Amts wegen machen.

**PRÄSIDENT:** Ich kann den Änderungsantrag vom Kollegen Steger auch so zur Abstimmung bringen. Kollegin Hochgruber Kuenzer.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Auch ich habe mir den ganzen Tag die Diskussion über den Mobilfunk und die Sendemastanlagen angehört. Es ist immer eine Erweiterung vom Wissen und vom Verständnis her, das, aus meiner Überlegung, auch für jeden einzelnen Abgeordneten ganz, ganz wichtig ist. Wir müssen uns mit der Entwicklung in ganz unterschiedlichen und technischen Richtungen auseinandersetzen, um überhaupt Entscheidungen treffen zu können.

Was dabei herausgekommen ist und was ich so auch empfunden habe, wie es bereits Kollege Leitner gesagt hat, gibt es ein Für und Wider in allen Bereichen und große Unsicherheiten. Abgesehen davon sind wir im Grunde aufgefordert, damit umzugehen, das richtige Maß zu finden, wenn wir solch hoch entwickelte Geräte gebrauchen.

Da ich ein bestimmtes Alter habe, erinnere ich an die Einführung des Fernsehers in den Familien. Damals hat man in vielen Familien Angst gehabt, dass es schlimm werden würde. Es ist anders geworden. Das Maß und der Umgang mit dem Fernsehen, mit dem Medium machen es im Grunde aus. Es kann auch eine Bereicherung sein, wie jedes Internet eine Bereicherung ist. Es ist eine Errungenschaft, denn ich kann mich umschaun und auch nachschlagen. Ich sehe sehr, sehr viel Positives, nur müssen wir auch erkennen, dass dieses Medium den Menschen von sich selber ablenkt. Ich habe eher größere Sorgen, wie sich dieses Medium auswirken wird.

Die Strahlenbelastung ist eine Sache, etwas anderes ist, wie viel es den Menschen in seinem Dasein manipuliert. Ist der Mensch überhaupt noch gewillt, eigenständig, autonom sein Leben zu führen oder wird er in alle Richtungen gedrängt und ihm aufgezeigt, dass er selber die Identität nicht stärkt, nicht ausbaut? Wird es noch Werte geben? Setzt sich die Entwicklung des Menschen mit sich selber auseinander? Wird er noch Werte für sich aufbauen, wenn er tagtäglich so eine bunte Welt vor Augen hat? Wenn ich jederzeit und immer glaube, dass ich im Internet sein muss, weil mich jemand suchen oder brauchen könnte - ich muss auch nicht alles wissen -, dann muss ich mich fragen, ob ich das, was ich gestern im Internet gelesen habe, heute noch weiß, denn übermorgen weiß ich es sicherlich nicht mehr. Die Frage ist, wie ich damit umgehe.

Den Absatz 3 des beschließenden Teils, in dem es um die Sensibilisierungskampagne geht, würde ich zu hundert Prozent unterstützen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang geht es um die Ablenkung des eigenen Ichs, um die Manipulation und um die Werthaltung.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Siamo veramente al teatro dell'ipocrisia! Sappiamo che i nostri ragazzi a 13 anni hanno il cellulare in tasca, e gli insegnanti stanno impazzendo per riuscire a non farli adoperare in classe. Anche se sospendiamo il WLAN hanno il "4G" praticamente dentro i pantaloni, ed è molto più potente del WLAN. Addirittura in Africa, nella foresta amazzonica si trovano i punti WLAN e noi sospendiamo il WLAN in Alto Adige? Vogliamo ritornare alla prima guerra mondiale?

Io voterò contro la mozione!

**BIZZO (Partito Democratico - Demokratische Partei):** Gli aneddoti attorno ai fenomeni scientifici sono tanti. Ne cito un paio che sono pietre miliari nella storia di questi aneddoti. Uno era il parere reso da alcuni importantissimi studiosi di fisica e di trasporti che certificarono che i treni non avrebbero potuto avere successo perché, raggiunta la velocità di 36 km/h circa si sarebbe creato un vuoto all'interno dei vagoni che avrebbe fatto morire asfissati tutti i trasportati. Ovviamente così non si è verificato. E questo è stato un caso di errore abbastanza clamoroso.

C'è stato un altro caso abbastanza curioso ed interessante, ed era quello della scoperta del tubo Röntgen. Chi lo scoperse attribuì ai raggi X delle proprietà terapeutiche straordinarie e le utilizzò per inondare pazienti affetti da reumatismi, dolori articolari ecc. Ovviamente le radiazioni probabilmente fecero qualche beneficio temporaneo ai pazienti ma poco dopo morirono per effetto delle radiazioni subite.

Ragionare attorno alla scienza per aneddoti, per paure, è quanto di più sbagliato ci possa essere. Oggi vedo che vanno di moda i ragionamenti attorno alla supposta pericolosità del WLAN, qualcuno cita la teoria del complotto interstellare a proposito delle scie degli aerei, delle scie chimiche. Questi fenomeni non fanno altro che

diffondere la paura delle persone. E la paura è sempre il sentimento peggiore in base al quale si possono operare delle scelte. È vero che esiste il cosiddetto "principio di precauzione", quando di una cosa non si è certi non la si usa, ma esiste anche il principio dei costi e benefici, quando di una cosa non è dimostrata la pericolosità la si utilizza. Lo stesso cervello non siamo sicuri oggi di come funzioni, eppure molti, non tutti magari, continuano ad usarlo.

Rispetto al WLAN, alla pericolosità dei campi magnetici, l'unico dato incontrovertibile, ed è una scoperta che appartiene alla storia della fisica, è che qualsiasi corpo percorso da una carica elettrica genera un campo magnetico. Perfino una persona che attraversa questa sala genera un campo magnetico. Noi siamo immersi in campi magnetici. Fra l'altro i campi magnetici sono quelli che proteggono la terra, e andare a sostenere la pericolosità di ciò che genera campi magnetici è non solo antiscientifico ma è fomentare paure inutili. Faccio un esempio facilmente dimostrabile. Il campo magnetico che c'è all'interno di questo conduttore, è sicuramente molto più grande e molto più potente di quello che è generato dalla rete WLAN qua dentro, per cui prima di spegnere i telefoni bisogna spegnere i microfoni, la luce, tutto. Credo che un tale atteggiamento di paura nei confronti del progresso non sia, per quanto mi riguarda, accoglibile.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Herr Präsident, ich hätte meine Zeit aufgebraucht, aber wenn der Antrag geändert wird, dann kann ich mich ja noch einmal zu Wort melden. Ist der Beschlussantrag schon geändert oder wird er geändert?

**PRÄSIDENT:** Theoretisch kann man zum Änderungsantrag noch einmal das Wort ergreifen.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Nachdem was ich jetzt alles gehört habe, werde ich mich bei der Abstimmung nicht der Stimme enthalten, sondern dagegen stimmen.

Es macht mir richtig viel Spaß, einmal der Südtiroler Volkspartei und den Grünen reinen puren Populismus vorzuwerfen. Ihr spielt nur mit den Ängsten der Menschen, obwohl Ihr überhaupt in keinster Weise in irgendeiner Form Belege darüber habt, dass es schädlich ist. Wenn Ihr wirklich davon überzeugt seid, dass es schädlich ist, dann seid Ihr verantwortungslos, wenn Ihr nicht das Verbot von WLAN, Handys usw. fordert. Wenn wir überzeugt waren und sind, dass das Rauchen schädlich ist, dann haben wir ein Rauchverbot in öffentlichen Lokalen beschlossen. Wir können kein generelles Rauchverbot beschließen, weil dies der Staat machen müsste. Wennschon müssten wir ein Telefonierverbot in der Öffentlichkeit, in öffentlichen Lokalen, in allen möglichen Gebäuden und Vereinslokalen ähnlich wie beim Rauchverbot beschließen, und zwar ein WLAN Verbot generell, Strahlungsverbot usw. bis dahin, dass wir Südtirol zur strahlungsfreien Zone erklären, so wie sich in den 80er Jahren viele Gemeinden zur atomwaffenfreien Zone erklärt haben. Das ist ein Populismus und ein Spiel mit den Ängsten der Leute sondergleichen.

Wir haben in keinster Weise nachgewiesen, dass es schädlich ist, im Gegenteil. Es gibt wesentlich mehr Belege dafür, dass eine bestimmte Strahlung, wie auch Kollege Bizzo gesagt hat, von alltäglichen Instrumentarien, die wir benutzen, wesentlich höher ist als zum Beispiel bei einem WLAN Router. Ich will niemandem zu nahe treten, aber wenn wir jetzt ein Warnschild anbringen, dass es möglicherweise schädlich ist, dann müssen wir das auch in den Schwimmbädern anbringen, denn die Sonnenstrahlung ist nicht nur möglicherweise, sondern sicher schädlich. Dann müssen wir, wenn man aus dem Haus geht, hinschreiben, dass, wenn man atmet, die Luft durch Autoabgase durchsetzt ist. Auch das ist nicht nur möglicherweise, sondern sicher schädlich. Dann müssten wir jetzt ohne Ende Schilder anbringen, weil so viele Dinge möglicherweise schädlich sind und bei Gott nicht nur die Handystrahlung oder der WLAN Router.

Wie gesagt, wenn Ihr überzeugt seid, dass es schädlich ist, dann sollte man bitte ein Verbot und nicht nur ein Schildchen irgendwo anbringen, denn das ist scheinheilig. Das ist reiner Populismus, Aktionismus, der unterm Strich gar nichts bringt, denn damit löst man keinerlei Problem. Ich bin überzeugt, dass es wesentlich schädlichere Dinge gibt, aber diese greifen wir nicht auf, sondern gehen in reinen Populismus, indem wir die Ängste der Menschen nicht nur ausnutzen, sondern weiter schüren und hier Dinge beschließen, die rein gar nichts bewirken.

**PRÄSIDENT:** Nachdem die vorgelegten Änderungsanträge noch übersetzt werden müssen, schlage ich vor, die Behandlung des Beschlussantrages kurzfristig auszusetzen.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 39/15 vom 15.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker S., Blaas und Oberhofer, betreffend: Flüchtlingsdrama muss**

**an der Wurzel bekämpft werden – Verteilungsplan lenkt von den Ursachen ab und hat bestenfalls Placebo-Effekt".**

**Punto 10 dell'ordine del giorno: "Voto n. 39/15 del 15.5.2015, presentato dai consiglieri Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker S., Blaas e Oberhofer, riguardante: Il dramma dei profughi va affrontato alla radice – il piano di distribuzione distoglie l'attenzione dalle cause e produce solo un effetto placebo".**

*Das anhaltende Flüchtlingsdrama stellt für die europäischen Staaten, aber auch für die Länder und Gemeinden eine besondere Herausforderung dar. Allerdings gewinnt man den Eindruck, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten hilflos und ohne klare Strategie vorgehen. Anstatt die Ursachen der aktuellen "Völkerwanderung" zu bekämpfen, beschränkt man sich in erster Linie auf das Verteilen der Flüchtlinge. Der lasche Umgang mit Asyl und Einwanderung – wobei diese beiden unterschiedlichen Begriffe immer öfter verwechselt oder vermischt werden – hat eher eine Sogwirkung ausgelöst als dass mehr Klarheit geschaffen wurde.*

*Selbstverständlich haben Menschen das Recht, durch Verlassen der Heimat bzw. durch Auswanderung ein besseres Leben zu erstreben. Flüchtlinge, deren Leben in ihrem Herkunftsland akut bedroht ist, haben Anrecht auf Schutz und Hilfe; dafür gibt es internationale Abkommen und die Menschenrechte. Gleichzeitig muss aber die Frage erlaubt sein, ob wir die Pflicht haben, jeden dieser Menschen aufzunehmen. Nach einer Studie von Forschern des Oxforder International Migration Institute (IMI) "African Migration. Exploring the Role of Development and States" vom November 2014 verlassen nur etwa 14 Prozent aufgrund von politischer Verfolgung oder gewalttätigen Konflikten ihre Heimatländer.*

*Der bekannte deutsche Diplomat und Botschafter Volker Seitz, Mitglied des Initiativkreises des Bonner Aufrufs zur Reform der Entwicklungsländer, 17 Jahre in Afrika in verschiedenen Funktionen tätig und Autor eines Buches über Entwicklungshilfe für Afrika ("Afrika wird arm regiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann"), hat 6 Ideen zum afrikanischen Flüchtlingsdrama entwickelt, die zu einer Lösung des Flüchtlingsdramas beitragen könnten.*

*Seitz schreibt: "Afrikanische Sender verbreiten: Wer einmal in Europa ist, dessen Chancen sind bestens, dass er über das Asylsystem bleiben kann egal, ob ein Asylgrund vorliegt oder nicht. Dadurch lässt sich die extreme Sogwirkung z.B. nach Deutschland und Schweden erklären. Wenn Politik, Industrie und Medien, als Argument für Zuwanderung aus Afrika u.a. den Fachkräftemangel und die Demographie anführen, wird diese Zuwanderungseuphorie von einer breiten Öffentlichkeit mit Unbehagen gesehen. Dies vor allem, weil die behäbige europäische Politik keinen langfristigen Plan zu haben scheint. Außer, dass die Migranten als natürliche Wählerklientel linker Parteien gelten und dass ein unmoralischer Kapitalismus billige Arbeitskräfte braucht. Aber je mehr Menschen wir aufnehmen wollen, desto mehr wird man uns schicken. Wenn Außenminister Steinmeier kürzlich, die Zusage gegeben hat weitere 600 Flüchtlinge aufzunehmen, die bereits im sicheren Ägypten Zuflucht gefunden haben, setzt er ein eindeutiges Zeichen an andere Migranten. Statt jetzt auch noch Flüchtlinge direkt vom afrikanischen Kontinent zu holen, hätte er Hilfen für die Unterbringung vor Ort zusagen können. Europa kann keine massive illegale Einwanderung aus Afrika akzeptieren: Dies würde den Rechtsradikalen Auftrieb geben und Gemeinden wirtschaftlich überbelasten."*

*Auch wenn Seitz in erster Linie aus der Sicht Deutschlands argumentiert, sind seine Thesen grundsätzlich für alle europäischen Staaten und Länder überlegenswert. Seine 6 Ideen lauten:*

*1. Man sollte sich deshalb am Beispiel Kosovo orientieren. Es kommen nur noch wenige Menschen aus dem Kosovo, weil die in der Regel erfolglosen Asyl-Anträge vorrangig und beschleunigt bearbeitet werden und weil Informationsmaßnahmen ("das Beantragen von Asyl ist ohne Aussicht auf Erfolg") im Herkunftsland wirken. Auch das italienische Pilotprogramm im Niger ist ein richtiger Ansatz: Rückfahrkarte in die Heimat mit der Hilfe zu einem Neustart. Auch könnte flankierend eine gemeinsame europäische Berufsausbildungsinitiative, eine Art Senior Expert Service, eine echte Selbsthilfe an der Basis fördern. Es gibt nach meinen Erfahrungen genug europäische Handwerker im Rentenalter, die gerne ihr Wissen weitergeben würden. Wir sollten Afrikanern mehr als bisher eine eigene Leistung zutrauen und sie unterstützen, wenn sie selbst aktiv werden wollen. Allerdings wenn die gründliche Betreuung der Projekte versäumt wird, dann ist all die Anschub Mühe umsonst. Das wird teuer, aber immer noch billiger als eine Aufnahme der Flüchtlinge in Europa.*

2. Rasch sollten Verträge mit den afrikanischen Küstenstaaten vereinbart werden. Anfang 2000 als Massen von Migranten nach Spanien drängten, hat Spanien Verträge mit Marokko und Senegal (2006) für gemeinsame Patrouillen abgeschlossen. Der Senegal erhielt eine Flotte von Schnellbooten mitsamt der Logistik wie Nachtsichtgeräten und Kommunikationsmitteln. Regelmäßige Patrouillen an Land und durch die senegalesische Küstenwache hatte abschreckende Wirkung. Heute sind es jährlich weniger als 200 Migranten, die die westliche Mittelmeerroute nehmen. Die Regierung des Senegal schaffte gleichzeitig Kleinbetriebe im Agrarsektor, die 300.000 Arbeitsplätze schaffen sollen. Auch die Einkommensmöglichkeiten von Fischern verbesserten sich, seitdem Dakar das Fischereiabkommen mit der EU nicht erneuerte. Die Maßnahmen im Senegal beweisen, dass Sicherheitsmaßnahmen und Repression in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden wirksam Menschenleben retten können.

3. Bei der Verschleierung der Herkunft, der "Verlust" von Papieren sollten die Behörden mehr Ehrgeiz zeigen, um dieses Abschiebehindernis zu beseitigen. Es sollte keine völlige Unmöglichkeit sein, über die Sprache die Herkunft nachzuweisen. Jemand ohne Papiere hat möglicherweise nicht einmal einen Schulabschluss, der ggf. anerkannt werden könnte. Man sollte sich öfter die Frage stellen, warum die Mitwirkungsbereitschaft nicht vorhanden ist. Die Asylgesetze sollten konsequenter angewendet werden: Unmittelbar ausreisepflichtige Asylbewerber werden in Deutschland nur zu 14 Prozent abgeschoben. Kein anderes Land hat eine so hohe Duldungsquote. Ohne die konsequente Einhaltung geltender Gesetze wird der Graben zwischen Wirklichkeit und Rechtsordnung immer größer. Alle, deren Anträge abgelehnt wurden (ohne Duldung) müssen abgeschoben werden, dann hätten wir jede Menge Platz und Geld, für die wirklich Asylbedürftigen. Auch die fehlende Aufnahmebereitschaft im Herkunftsland muss sich auf etwaige Hilfen auswirken.

4. Die EU-Staaten sollten die Herkunfts- und Transitländer stärker in die Pflicht nehmen. Weder den nachlässigen afrikanischen Machthabern noch der Afrikanischen Union ist der tausendfache Tod im Mittelmeer besonderen Aufhebens wert. Seit Marokko und Spanien die Straße von Gibraltar für illegale Einwanderung geschlossen haben, wurde die Küste von Italien zum riesigen Friedhof des Mittelmeers. Seit 2000 werden die Toten auf über 25.000 geschätzt. Warum fragt niemand Afrikas Staatsführer, warum sie außerstande sind, Verantwortung für ihre eigene Bevölkerung zu übernehmen. Vielen afrikanischen Autokraten sei es schlicht egal, ob ihre Bürger im Meer ertrinken würden, schrieb der kenianische Publizist Koigi Wamwere. "Sie sind weder am Allgemeinwohl interessiert noch daran, die Lebensumstände ihrer Bürger zu verbessern, sie wollen sich nur bereichern." ergänzte der Ex-Minister, der für seine kritischen Überzeugungen in Kenia elf Jahre im Gefängnis saß. Gerade wenn afrikanische Machthaber, die ihre Länder in Grund und Boden regierten, sich nicht für ihre Landsleute interessieren, muss jede Hilfe von nachprüfbareren Verbesserungen der Regierungsführung verbunden sein, andernfalls sollten alle Maßnahmen ausgesetzt werden. Dies geschieht bislang nicht, auch mit Rücksicht auf die Arbeitsplätze der Entwicklungshilfeorganisationen. Ich habe beobachtet, dass die afrikanischen Länder, die am meisten Entwicklungshilfe erhalten, am wenigsten gegen die Armut unternehmen. Wenn das Geld der Geber bedingungslos sprudelt, gibt es keinen Grund, an diesem Zustand etwas zu ändern. Entscheidend ist wer konkret den Zugang zu Geldern hat. Auf der Website der Weltbank ist derzeit eine Schätzung der Vermögensverteilung auf dem afrikanischen Kontinent zu finden. Demnach besitzen die zehn reichsten Afrikaner mehr als die unteren 50 Prozent des Kontinents zusammen.

<http://blogs.worldbank.org/developmenttalk/ten-richest-africans-own-much-poorest-half-continent>

5. Die afrikanische Diaspora mit jungen Entrepreneuren zusammenzubringen. Die Rückkehr der Diaspora könnte neue Ideen für den Start neuer Unternehmen bringen. Sie sind eine Quelle von Wissen und Talent und hätten eine Brückenfunktion zwischen Europa und Afrika. Sie hätten das Expertenwissen und Geschäftsmodelle aus der industrialisierten Welt. Die Finanzierung sollte als Risikokapital aus den europäischen Entwicklungshilfehaushalten kommen. Es gibt junge Unternehmer in Afrika mit Kreativität, Enthusiasmus, Pionier- und Unternehmergeist. Es sind hauptsächlich sie, die die Wirtschaft und mit ihr die Entwicklung ihres Landes vorwärtsbringen, oft wohl auch trotz der fehlenden staatlichen Unterstützung in Form von guter Bürokratie und Infrastruktur. Lokales Know-how und umfassende Betreuung, Finanzierung durch Diaspora/staatliche Hilfsorganisationen über mehrere Jahre könnte ein Erfolgsmodell für die Schaffung von Arbeitsplätzen werden. Erfolge werden erst einmal begrenzt sein und es wird dauern. Zumindest sollte es versucht werden.

6. Schließlich greife ich einen Vorschlag von Rupert Neudeck auf: "Vielleicht wäre es ein Modell, wenn jeder Staat der westlichen Welt mit einem Entwicklungsland einen Vertrag schließt. Die Bundesregierung würde etwa jungen Menschen aus Ghana hier eine Ausbildung finanzieren, aber ein Teil des Geldes, was die Leute anschließend hier verdienten, würde einbehalten und erst ausbezahlt, wenn die Leute wieder zurück in ihr Heimatland gehen." Dies sollte auch in einem Pilotprojekt erprobt werden. Aufpassen müsste man aber, dass die Auswahlkommission wirklich unabhängig ist. Andernfalls werden die Mächtigen – wie ich es bei der Stipendienvergabe erlebt habe – versuchen ihren Verwandten oder Günstlingen einen Vorteil zu verschaffen. Ein solcher Ansatz wäre sinnvoller als Entwicklungshilfe in der klassischen mildtätigen Form, denn es gibt keinen Beweis, dass die hunderte von Milliarden, die in Entwicklungsländer in Afrika geflossen sind, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebenschancen in diesen Ländern geleistet hätten. Die Fluchtströme sind jedenfalls ein deutliches Signal dafür, dass die bisherige Entwicklungshilfe nur mäßig erfolgreich war.

All dies vorausgeschickt und festgestellt, dass die von Volker Seitz entworfenen Ideen auch auf Italien und andere europäischen Staaten übertragbar sind,

fordert

der Südtiroler Landtag

das italienische Parlament und

die italienische Regierung in Rom auf,

bei der Lösung des Flüchtlingsproblems diese Vorschläge ernsthaft zu prüfen und zu berücksichtigen, damit nicht nur die Symptome sondern endlich auch die Ursachen bekämpft werden.

Zusätzlich sollte mit folgenden Maßnahmen der Asylmissbrauch eingedämmt werden:

- Das Recht auf Asyl ist auf Länder zu beschränken, in denen Bürgerkrieg herrscht bzw. in denen Menschen ihres Lebens wegen Verletzung elementarer Rechte nicht mehr sicher sind, damit das Recht auf Asyl jenen Menschen zu Teil wird, für die es gedacht ist;
- Asylsuchende müssen einen entsprechenden Antrag vor Verlassen des afrikanischen Kontinents bzw. eines sicheren Landes außerhalb der EU stellen, bevor sie ein Land der EU betreten;
- illegale Einwanderer müssen ausgewiesen werden;
- Kriegsflüchtlinge sollen wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, sobald dort Frieden einkehrt, um die wirtschaftliche und politische Entwicklung ihres Heimatlandes voranzutreiben;
- junge Talente aus Entwicklungsländern sollen in den EU-Staaten ausgebildet werden und danach wieder zurückkehren, um in ihren Heimatländern einen Entwicklungsschub zu bewirken.

-----

Benché il perdurante dramma dei profughi ponga gli Stati europei, ma anche le province e i comuni, dinnanzi a una sfida senza eguali, si ha l'impressione che l'Unione Europea e i suoi Stati membri siano disorientati e privi di una strategia chiara. Anziché andare alla radice dell'attuale "esodo di massa", ci si limita essenzialmente alla distribuzione dei profughi. Il permissivismo con cui si affrontano le problematiche dell'asilo e dell'immigrazione – che oltretutto vengono sempre più scambiate e confuse – ha innescato un effetto a catena più che creare chiarezza.

Ovviamente le persone hanno il diritto di lasciare la propria terra ed emigrare per cercare migliori condizioni di vita, e i profughi che sono in grave pericolo nel proprio Paese di origine hanno diritto di essere protetti e aiutati come previsto dagli accordi internazionali e dai diritti umani. Tuttavia è lecito chiedersi se esista l'obbligo di accogliere tutte queste persone. In base a uno studio dell'International Migration Institute (IMI) dell'università di Oxford intitolato "African Migration. Exploring the Role of Development and States", pubblicato nel novembre 2014, solo il 14% dei migranti lascia il proprio Paese perché perseguitato o in seguito a conflitti bellici.

Il rinomato diplomatico e ambasciatore tedesco Volker Seitz, membro dell'iniziativa "Bonner Aufruf" [appello di Bonn] per la riforma delle politiche di sviluppo, impegnato in Africa per 17 anni con funzioni diverse e autore del libro sugli aiuti allo sviluppo destinati all'Africa intitolato "Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann" [L'Africa tenuta in povertà o come si può davvero aiutare l'Africa] ha elaborato 6 proposte che potrebbero contribuire a risolvere il dramma dei profughi provenienti dall'Africa.

Scrive Seitz: "Le emittenti africane fanno passare il messaggio che una volta arrivati in Europa si è a posto, in quanto si può chiedere asilo a prescindere dal fatto che se ne abbiano i presupposti. Que-

sto spiega l'effetto calamita che porta migliaia di persone ad esempio in Germania e in Svezia. Se la politica, l'industria e i mezzi d'informazione spiegano l'immigrazione dall'Africa adducendo la scarsità di manodopera specializzata e il calo demografico, gran parte dell'opinione pubblica reagisce con disagio a tale spinta migratoria, tanto più che la flemmatica politica europea non sembra avere una strategia di lungo termine. A meno che i migranti non fungano da naturale bacino elettorale dei partiti di sinistra o che un capitalismo privo di scrupoli abbia bisogno di manodopera a basso prezzo. Ma quante più persone saremo disposti ad accogliere, tanto maggiore sarà il flusso degli arrivi. Nel momento in cui il ministro degli esteri Steinmeier promette (come è recentemente avvenuto) di accogliere altri 600 profughi che hanno trovato rifugio nel sicuro Egitto, lancia un segnale inequivocabile ad altri migranti. Invece di accogliere altri profughi direttamente dal continente africano, avrebbe dovuto promettere aiuti per la loro sistemazione in loco. L'Europa non può accettare un'immigrazione illegale di massa dall'Africa perché questo farebbe il gioco della destra radicale e graverebbe troppo sui comuni da un punto di vista economico."

Benché Seitz argomenti principalmente dal punto di vista della Germania, le sue tesi sono sostanzialmente interessanti per tutti gli Stati e Paesi europei. Le riportiamo qui di seguito.

1. Bisognerebbe guardare all'esempio del Kosovo. Dal Kosovo arrivano ormai poche persone, in quanto le richieste di asilo, di solito respinte, vengono esaminate rapidamente in via prioritaria, e perché il messaggio che arriva in questo Paese è il seguente: "chiedere asilo non porta a nulla". Anche il progetto pilota italiano in Niger è impostato nel modo giusto: biglietto di ritorno in patria con un aiuto per ricominciare. In aggiunta, un progetto comune europeo di formazione professionale, una sorta di Senior Expert Service [fondazione dell'industria tedesca per la cooperazione internazionale], potrebbe promuovere l'iniziativa individuale in loco. Per quanto ne so, in Europa ci sono molti artigiani in pensione che sarebbero felici di insegnare il loro mestiere. Dovremmo avere maggiore fiducia nelle capacità degli africani di fare da soli, e aiutarli ad attivarsi. Tuttavia, se i progetti non vengono seguiti con grande scrupolosità, l'imponente sforzo di messa in moto risulta vanificato. L'accompagnamento è senz'altro costoso, ma molto meno costoso della sistemazione dei profughi in Europa.

2. Occorre fare al più presto degli accordi con gli Stati costieri dell'Africa. All'inizio del 2000, quando masse di migranti incombevano sulla Spagna, il Paese iberico ha stipulato degli accordi con il Marocco e il Senegal (2006) su azioni comuni di pattugliamento. Al Senegal è stata inviata una flotta di imbarcazioni veloci oltre a mezzi logistici come visori notturni e strumenti di comunicazione. Il regolare pattugliamento a terra e lungo la costa senegalese ha avuto un effetto deterrente, e attualmente sono meno di 200 all'anno i migranti che arrivano dal Mediterraneo occidentale. Il Governo del Senegal ha contemporaneamente creato tante piccole aziende agricole destinate a produrre 300.000 posti di lavoro. Da quando Dakar ha deciso di non rinnovare il trattato sulla pesca con l'UE, sono migliorate anche le condizioni economiche dei pescatori. I provvedimenti adottati in Senegal dimostrano che le misure di sicurezza e la repressione in collaborazione con le autorità locali possono salvare vite umane.

3. In caso di occultamento dell'origine, di "smarrimento" dei documenti, le autorità devono essere più severe al fine di eliminare questo ostacolo al respingimento. In fondo non dovrebbe essere del tutto impossibile risalire all'origine basandosi sulla lingua parlata. Chi non ha documenti forse non ha nemmeno un titolo di studio che potrebbe eventualmente venire riconosciuto. Bisognerebbe chiedersi più spesso per quale ragione non c'è la disponibilità a collaborare. Le leggi sul diritto d'asilo andrebbero applicate con maggiore rigore: in Germania viene espulso solo il 14% dei richiedenti asilo per i quali è stato emesso un ordine di espulsione immediata. Nessun altro Paese ha un grado di tolleranza così alto. Se le leggi vigenti non vengono applicate con fermezza, continuerà ad aumentare il divario tra realtà e ordinamento giuridico. Tutti coloro la cui richiesta è stata respinta (senza alcuna tolleranza) vanno espulsi, solo così ci sarà posto e denaro per i profughi che hanno effettivamente diritto all'asilo. In caso di poca disponibilità al riaccoglimento in patria, il Paese di origine deve essere penalizzato sul versante degli eventuali aiuti.

4. Gli Stati dell'UE dovrebbero richiamare maggiormente all'ordine i Paesi di origine e quelli di transito. Né i negligenti capi di Stato africani né l'Unione Africana si impressionano più di tanto per le migliaia di morti nel Mediterraneo. Da quando il Marocco e la Spagna hanno bloccato l'immigrazione illegale attraverso lo stretto di Gibilterra, le coste italiane sono diventate un gigantesco cimitero nel

*Mediterraneo, che dal 2000 a oggi ha inghiottito più di 25.000 persone. Perché nessuno chiede ai leader africani per quale ragione non sono in grado di assumersi la responsabilità per i propri cittadini? Il giornalista e politico keniano Koigi Wamwere ha scritto che a molti despoti africani non importa nulla se i propri cittadini affogano nel Mediterraneo. "Non sono minimamente interessati né al bene comune né alle condizioni di vita dei propri cittadini, il loro unico scopo è arricchirsi", ha aggiunto l'ex ministro che per le sue critiche al regime keniano è stato 11 anni in prigione. Ma è proprio in presenza di despotici capi di Stato africani, totalmente indifferenti alle condizioni della propria gente, che qualsiasi tipo di sostegno va subordinato a un tangibile miglioramento delle pratiche di governo pena la sospensione di tutti gli aiuti. Finora questo non è avvenuto, anche con un occhio ai posti di lavoro nelle organizzazioni che si occupano degli aiuti allo sviluppo. Ho potuto constatare che i Paesi africani che ricevono più aiuti allo sviluppo sono anche quelli che fanno di meno per combattere la povertà al loro interno. Se gli aiuti continuano ad arrivare generosi, non c'è alcuno stimolo a cambiare le cose. Determinante è sapere chi ha concretamente accesso al denaro. Il sito della banca mondiale presenta attualmente una stima della distribuzione della ricchezza nel continente africano, secondo la quale i dieci africani più ricchi messi assieme possiedono più soldi della metà più povera dell'Africa.*

*5. Creare una sinergia tra la diaspora e i giovani imprenditori. Il ritorno in patria degli africani della diaspora potrebbe portare nuove idee per l'avvio di nuove attività imprenditoriali. Queste persone sono infatti una fonte di sapere e talento, e potrebbero svolgere una funzione di ponte tra l'Europa e l'Africa nonché mettere in pratica le conoscenze tecniche e i modelli commerciali acquisiti nel mondo industrializzato. Il finanziamento potrebbe arrivare sotto forma di capitale di rischio proveniente dagli stanziamenti dei Paesi europei per gli aiuti allo sviluppo. In Africa ci sono giovani imprenditori pieni di creatività ed entusiasmo oltre che di spirito pionieristico e imprenditoriale. Sono loro che portano avanti l'economia e con essa lo sviluppo del proprio Paese, spesso nonostante l'assenza di sostegno da parte dello Stato sotto forma di buona burocrazia e infrastrutture. Know-how locale e assistenza a tutto campo, finanziamento pluriennale tramite la diaspora/le organizzazioni governative di sostegno: questo potrebbe risultare il modello vincente per creare posti di lavoro. All'inizio ci saranno risultati modesti, e ci vorrà del tempo. Ma vale la pena provarci.*

*6. Per concludere, una proposta di Rupert Neudeck: "Forse una soluzione sarebbe che ogni Stato occidentale stipulasse un accordo con un Paese in via di sviluppo. Il Governo federale potrebbe ad esempio finanziare la formazione di giovani ghanesi in Germania, e trattenere una parte del denaro da loro guadagnato nello Stato tedesco per poi restituirglielo una volta che sono rientrati nel Paese di origine." Si potrebbe sperimentare il tutto nell'ambito di un progetto pilota. È tuttavia importante che la commissione incaricata della selezione dei giovani sia veramente indipendente per evitare che i potenti – come ho avuto modo di constatare di persona – cerchino di favorire i loro familiari o protetti. Un approccio di questo genere sarebbe più sensato dei classici aiuti caritatevoli, perché non ci sono prove che le centinaia di miliardi finiti nei Paesi in via di sviluppo dell'Africa abbiano contribuito in modo significativo a migliorare le condizioni e prospettive di vita dei loro abitanti. I flussi di migranti sono comunque un chiaro segno della poca incisività degli attuali aiuti allo sviluppo.*

*Tutto ciò premesso e constatato che le proposte di Volker Seitz possono essere applicate anche all'Italia e ad altri Paesi europei,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
invita*

*il Parlamento e il Governo*

*a prendere in seria considerazione queste proposte nell'ambito della ricerca di soluzioni al problema dei profughi, affinché vengano combattute finalmente le cause e non soltanto i sintomi.*

*Inoltre gli abusi legati alle richieste di asilo andrebbero limitati con le seguenti misure:*

- il diritto di asilo va circoscritto ai Paesi in cui è in corso una guerra civile ovvero in cui le persone rischiano la vita a causa della violazione dei diritti più elementari, in modo che tale diritto possa essere concesso a coloro per i quali è pensato;*
- i/le richiedenti asilo devono presentare la relativa richiesta prima di lasciare il continente africano ovvero un Paese sicuro al di fuori dell'UE, per poter entrare in uno Stato dell'Unione europea;*
- i migranti clandestini vanno espulsi;*

- *i profughi di guerra devono rientrare nel Paese di origine non appena torna la pace, così da contribuire allo sviluppo economico e politico della propria terra;*
- *i giovani talenti dei Paesi in via di sviluppo devono essere formati negli Stati dell'UE, e poi fare ritorno nei Paesi di origine per contribuire alla loro ripresa.*

Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wir haben heute Vormittag kurz über das Flüchtlingsproblem gesprochen. Mit diesem Begehrensantrag möchten wir es von einer ganz anderen Seite angehen, und zwar nicht, was die Humanitas anbelangt, Frau Landesrätin, auf die Sie heute mehrmals Bezug genommen haben, sondern weil wir nicht möchten, dass unter dem Deckmantel der Humanitas Illegalitäten geschützt werden. Diesen Vorwurf muss ich der europäischen Politik, nicht Ihnen, ganz einfach machen.

Wir haben einen Begehrensantrag vorgelegt, in dem wir uns auf die Vorschläge eines Kenners der Situation gestützt haben, der Ideen entwickelt hat, wie man vor Ort helfen kann, dass die Leute nicht abhauen, um es einmal so auszudrücken, gehen müssen oder gehen wollen, wie auch immer, dass man ihnen eine Möglichkeit eröffnet, vor Ort bleiben zu können, um der Heimat auch nützlich zu sein.

Ich schicke die Worte des Comboni-Missionars Daniel Comboni voraus. Ich habe nicht gewusst, dass er aus Limone stammt. Ich war neulich in Limone und kurz in der Kirche. Da stand ein Spruch, den er gebraucht hat: "Afrika in Afrika" helfen. Das war seine Devise. Ich denke, da liegen wir nicht ganz falsch, denn unser Antrag geht ganz genau in diese Richtung.

Herr Seitz, den wir hier zitieren, hat dienstlich sehr viele Jahre in Afrika in der Entwicklungshilfe gearbeitet und die Situation vor Ort bestens studiert. Er schreibt zum Beispiel: *"Afrikanische Sender verbreiten: Wer einmal in Europa ist, dessen Chancen sind bestens, dass er über das Asylsystem bleiben kann, egal ob ein Asylgrund vorliegt oder nicht. Dadurch lässt sich die extreme Sogwirkung zum Beispiel nach Deutschland und Schweden erklären."* Dieses Beispiel wurde heute schon einmal erwähnt. *"Wenn Politik, Industrie und Medien als Argument für Zuwanderung aus Afrika unter anderem den Fachkräftemangel und die Demographie anführen, wird diese Zuwanderungseuphorie von einer breiten Öffentlichkeit mit Unbehagen gesehen. Dies vor allem, weil die behäbige europäische Politik keinen langfristigen Plan zu haben scheint. Außer, dass die Migranten als natürliche Wählerklientel linker Parteien gelten und dass ein unmoralischer Kapitalismus billige Arbeitskräfte braucht. Aber je mehr Menschen wir aufnehmen wollen, desto mehr wird man uns schicken. Wenn Außenminister Steinmeier kürzlich die Zusage gegeben hat, weitere 600 Flüchtlinge aufzunehmen, die bereits im sicheren Ägypten Zuflucht gefunden haben, setzt er ein eindeutiges Zeichen an andere Migranten. Statt jetzt auch noch Flüchtlinge direkt vom afrikanischen Kontinent zu holen, hätte er Hilfen für die Unterbringung vor Ort zusagen können."* Es geht in die gleiche Richtung, und zwar immer wieder Hilfe vor Ort. *"Europa kann keine massive illegale Einwanderung aus Afrika akzeptieren: Dies würde – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, vor allem an jene gerichtet, die es hier gerne anders sehen - den Rechtsradikalen Auftrieb geben und Gemeinden wirtschaftlich überbelasten."*

Ich komme ganz kurz auf die sechs Vorschläge, die er als Ideen einbringt.

Am Beispiel Kosovo hat man gesehen, dass, wenn Asylanträge schnell behandelt werden, das Programm auch zurückgeht.

Es wird vorgeschlagen, Verträge mit afrikanischen Küstenstaaten abzuschließen.

Ich schicke noch einmal voraus, dass es ein Begehrensantrag an das Parlament ist, bei dem die Zuständigkeit auch liegt, mit anderen zu verhandeln. Die Zuständigkeit liegt nicht beim Land Südtirol, das wissen wir schon, wengleich ich nicht die Meinung der Frau Landesrätin vertrete, denn Sie haben sich unlängst beim Runden Tisch geäußert und kein Interesse bekundet, mehr Zuständigkeiten zu bekommen. Das haben Sie ausgeschlagen. Den Vorschlag meiner Kollegin Mair, dass man zumindest mehr Zuständigkeiten anstrebt, haben Sie, und das ist enttäuschend, kategorisch ausgeschlagen, das heißt, dass man diese heiße Kartoffel lieber beim Staat lässt.

Das Beispiel Senegal: Wir haben sehr viele Senegalesen hier. Dort zahlt die Europäische Union Gelder, damit das Meer leer gefischt und den Menschen dort das Einkommen entzogen wird. Diese Politik macht die Europäische Union. Dann wundert sie sich, dass Leute gehen und verlangt von anderen Leuten, dass sie aufgenommen werden. Diese flüchten nicht.

Bei der Verschleierung der Herkunft, der sogenannte "Verlust" von Papieren sollten die Behörden mehr Ehrgeiz zeigen, um dieses Abschiebehindernis zu beseitigen. Seitz formuliert es sehr elegant. Dann sollen von der EU die Herkunfts- und Transitländer stärker in die Pflicht genommen werden. Weder den nachlässigen afrikani-



schen Machthabern noch der afrikanischen Union ist der tausendfache Tod im Mittelmeer besonderen Aufhebens wert. Haben wir je gelesen, dass sich ein afrikanischer Staat, wo die Leute flüchten, beklagt hätte, dass Leute ertrunken sind, dass seine Staatsbürger ertrunken sind? Zeigt mir einen Artikel, eine Aussage eines afrikanischen Politikers, der traurig darüber ist, dass seine Leute im Mittelmeer ertrunken sind. Das ist Heuchelei, was hier teilweise betrieben wird.

Dann schlägt Herr Seitz vor, die afrikanische Diaspora, also Leute, die in der Diaspora sind, zurückzubringen, indem man sie hier kurzzeitig ausbildet und wieder zurückbringt, um das Land aufzubauen, was wir immer wieder auch gesagt haben. Anstatt Blue Card, Green Card usw. auszustellen, um die besten Leute von anderen Ländern abziehen, sollte man wenschon diesen eine kurzfristige Aufenthaltsgenehmigung für die Zeit sich auszubilden geben und dann wieder zurückzuschicken.

Schließlich greift Seitz einen ganz interessanten Vorschlag von Herrn Rupert Neudeck auf, der vielen aus Fernsehdiskussionen bekannt ist. Er ist auch einer, der in der Entwicklungshilfe, finde ich, Großartiges geleistet hat. Der sagt zum Beispiel: *"Vielleicht wäre es ein Modell, wenn jeder Staat der westlichen Welt mit einem Entwicklungsland einen Vertrag schließt."* Er bezieht sich auf Deutschland. *"Die Bundesregierung würde etwa jungen Menschen aus Ghana hier eine Ausbildung finanzieren, aber ein Teil des Geldes, was die Leute anschließend hier verdienten, würde einbehalten und erst ausbezahlt, wenn die Leute wieder zurück in ihr Heimatland gehen."* Es gibt schon Ideen, wie man das Problem an der Wurzel angehen kann. Diese Vorschläge sollte man ernst nehmen.

Deshalb möchten wir mit diesem Begehrensantrag das italienische Parlament und die italienische Regierung in Rom auffordern, bei der Lösung des Flüchtlingsproblems diese Vorschläge, aber auch andere, ernsthaft zu prüfen und zu berücksichtigen, damit nicht nur die Symptome, sondern endlich auch die Ursachen bekämpft werden.

Ich sage es noch einmal. Ich möchte es ganz klar trennen. Die humanitäre Hilfe ist eine zweite Geschichte. Hier geht es um den Willen von Institutionen, das Problem an der Wurzel zu bekämpfen. Um den Asylmissbrauch, den es ganz offensichtlich gibt und der im Zunehmen begriffen ist, ... Denken wir nur an die jüngsten Verhaftungen in Rom, also Korruptionsgeschäfte mit der Einwanderung. Mittlerweile werden mit der Einwanderung - es handelt sich hier nicht immer um Flüchtlinge - mehr Geschäfte gemacht wie mit Drogen und mit Prostitution. Das will, denke ich, schon etwas heißen. Das Recht auf Asyl muss auf Länder beschränkt werden, in denen Bürgerkrieg herrscht bzw. in denen Menschen ihres Lebens wegen Verletzung elementarer Rechte nicht mehr sicher sind.

In Österreich wurde unlängst ein Fall beleuchtet, wo syrische Flüchtlinge, sogenannte Flüchtlinge über Ägypten nach Österreich gekommen sind und um Asyl angesucht haben. Was ist passiert? Denen hat man das Haus zusammengebombt, sind dann weggezogen, haben dort zwei Jahre gelebt, bis ihnen der Pass verfallen ist. Dann sind sie nach Österreich gegangen, um Asyl anzusuchen. Es ist bedauernswert, wenn solche Dinge passieren, aber das ist kein Asylgrund. Das wäre dasselbe, wenn im Sellraintal eine Mure jemandem das Haus weggeputzt hat und jetzt geht dieser in ein anderes Land und sucht um Asyl an. Es ist ein bedauernswerter Fall, aber kein Asylgrund. Man muss das einfach unterscheiden. Hier wird alles in den gleichen Topf geschmissen und alles, was unter dem Mantel Asyl ankommt, ist so nicht zuzulassen.

Asylsuchende müssen einen entsprechenden Antrag vor Verlassen des afrikanischen Kontinents bzw. eines sicheren Landes außerhalb der EU stellen, bevor sie in ein Land der EU einreisen. Illegale Einwanderer müssen ausgewiesen werden. Das sagen zwar alle, aber dies macht niemand. Kriegsflüchtlinge sollen wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, sobald dort Frieden einkehrt, um die wirtschaftliche und politische Entwicklung ihres Landes voranzutreiben. Junge Talente aus Entwicklungsländern sollen in den EU-Staaten ausgebildet werden und danach wieder zurückkehren, um in ihren Heimatländern einen Entwicklungsschub zu bewirken.

Herr Präsident, ich bin am Ende meiner Ausführungen. Die Zeit ist sehr, sehr kurz. Nur noch ein Satz. Wir können sehr, sehr viel humanitäre Hilfe leisten, aber so wie wir es derzeit machen, nicht nur in Südtirol, sondern grundsätzlich, haben wir eine Sogwirkung ausgelöst, dass immer mehr kommen werden. Wir werden doch nicht warten, bis Afrika leer ist und alle bei uns sind. Das kann keine Lösung des Problems sein. Wir müssen in diesem Fall die römische Regierung und das Parlament dazu auffordern. Dahin und auch an das Europäische Parlament können wir uns wenden.

Noch einmal. Beim G7-Gipfel war das kein Thema. Warum? Weil sie ein schlechtes Gewissen haben, weil genau die großen Sieben Mitverantwortung tragen, dass in Afrika solche Zustände sind, wie sie jetzt sind. Das ist Ausdruck des schlechten Gewissens, aber kein Willen zur Lösung. Wir können im Kleinen nur unseren Beitrag insofern leisten, als dass wir Vorschläge machen. Wir wissen, dass wir die Zuständigkeiten nicht haben. In diesem

Bereich wünsche ich mir mehr Zuständigkeiten und wünsche mir, dass das Parlament und die Regierung endlich konkret tätig werden.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Die Frau Landesrätin ist zwar im Saal, aber ich muss schon feststellen, dass bei einem so wichtigen Thema von der Landesregierung überhaupt niemand hier ist, zeugt nicht gerade von einem respektvollen und vor allem ernstgemeinten Umgang mit dieser Thematik. Die Landesrätin ist da, das möchte ich ausdrücklich unterstreichen, aber wo ist der Rest der Landesregierung? Auf allen schönen Sonntagsveranstaltungen wird immer so getan, wie wichtig all diese Thematiken sind, wenn dann aber hier im Hohen Haus darüber geredet wird, ist jeder wieder irgendwo. Ich glaube, das ist sicherlich nicht das Bild, das wir hier abgeben sollten. Genug Moralapostel.

Zum Inhalt selbst. Ich möchte an das anschließen, was ich heute Vormittag bereits ausgeführt habe und aufgrund des Zeitablaufes nicht mehr zu Ende führen konnte. Ich möchte wissen, welche Folgen es für diese afrikanischen Länder hat, wenn wir es zulassen, dass die gesamte wirtschaftsfähige und arbeitsfähige Bevölkerung aus diesen Ländern auswandert und nur die Armen, die Kranken, die Frauen und die Kinder zurückbleiben. Das ist doch ein Phänomen, vor dem wir uns nicht verschließen können. Es gibt ein schönes Sprichwort, das in diesem Zusammenhang sehr richtig ist: "Die beste Flüchtlingspolitik ist die, die dafür Sorge trägt, dass Menschen erst gar nicht ihre Heimat verlassen müssen."

Mir gefällt der Vorschlag, der unter Punkt 6 vorgebracht wurde, sehr gut, und zwar einmal anzudenken, ob es nicht wirklich sinnvoll wäre, dass jeder Staat der westlichen Welt sozusagen eine Partnerschaft mit einem Staat der Dritten Welt eingeht, weil das Problem Afrika, das Problem des Nahen Ostens und der ganzen Gebiete, aus denen die Flüchtlinge kommen, nicht ein Problem ist, das erst in den letzten zwanzig Jahren entstanden ist, sondern teilweise aus der Kolonialzeit herrührt. Das hat auch mit amerikanischen Interessen zu tun, wie man beispielsweise ganze Regierungen, die nicht mehr opportun waren, zuerst unterstützt, dann wieder weggebombt und plötzlich doch wieder unterstützt hat, weil man sich irgendeinen Vorteil davon versprochen hat. Nehmen wir das Beispiel Irak her. Man hat sie wieder weggebombt, die Bevölkerungen alleine gelassen und die Menschen mit chaotischen Zuständen in diesen Ländern zurückgelassen. Wen wundert es, dass diese Menschen in diesen Ländern nicht bleiben wollen? Wo gibt es ein wirkliches Hilfsprojekt, das dafür Sorge trägt, dass diese Menschen diese Länder erst gar nicht verlassen? Diese kann man auf einer Hand aufzählen. Es gibt diese ganz, ganz wenig und sehr oft sind es Privatinitiativen, aber von staatlicher Seite sieht man hier, leider, nur sehr wenig.

Ich glaube, einer der bedeutendsten Schlüssel ist die Frage der Wirtschaft. Das heißt, dass man sich die Frage stellen sollte, wie man diese Länder unterstützen kann, dass sie in eine solche ökonomische Situation kommen, dass es gar erst nicht notwendig wird, aus ökonomischen Gründen aus diesen Ländern zu fliehen. Wir reden nicht von Kriegsflüchtlingen, das heißt Bildung. Ein Großteil dieser Menschen hat kaum oder gar keine Bildung erfahren. Wir reden von elementaren Dingen wie das Lesen, das Schreiben und reden gar nicht von Berufsausbildungen. Hier könnte Europa an erster Stelle Vorarbeit leisten und in diesen Ländern Qualifikationen vermitteln, damit diese Menschen dort unten etwas aufbauen können, aber zu sagen, dass man einfach nichts tue und aus einem falsch verstandenen Toleranzdenken – das sage ich ganz bewusst – diese Thematiken nicht ansprechen und sagen, dass sie willkommen seien und dass alle hierherkommen sollen, löst nicht das Problem, sondern verschärft es.

Grundsätzlich unsere Zustimmung zu diesem Begehrensantrag, wiewohl ich glaube, dass es dieser sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein ist, der Italien nicht dazu bringen wird, hier irgendetwas zu machen, zumal wir heute Vormittag schon ausführlich darüber diskutiert haben, dass ein Staat alleine in Europa das Problem sicherlich nicht lösen können wird.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sono contento, perché questo documento voto dice che bisogna aiutarli nei paesi in via di sviluppo. Collega Leitner, quante volte ha votato contro il nostro disegno di legge che chiedeva di quadruplicare i nostri aiuti allo sviluppo che in questo momento ammonta a 2 milioni l'anno e in Trentino è di 10 milioni? Noi abbiamo presentato un nostro disegno di legge in cui si fissava, non come adesso che il presidente della Giunta, Durnwalder prima e Kompatscher adesso, che quel che resta lo danno agli aiuti allo sviluppo, 2 milioni l'anno, invece in Trentino c'è una percentuale fissa come impegno del bilancio, che li porta a dare 10 milioni l'anno? Io l'ho presentato quattro volte quel disegno di legge e certamente tutti voi avete votato contro, sia coloro che hanno presentato questo documento voto, e anche il collega Knoll che adesso dice che bisogna aiutarli! E la nostra cooperazione allo sviluppo è una buona cooperazione. Allora quando si fa una proposta per aiutare lo sviluppo dei paesi terzi si vota contro perché si dice che c'è l'immigrazione,

quando c'è l'immigrazione, si dice contro perché bisogna aiutarli a casa loro. Io domattina lo ripresento quel disegno di legge. voglio vedere come voterete la prossima volta!

In questo documento voto dite che si svuotano i paesi del terzo mondo, c'è chi dice che l'immigrazione sia il più grosso volano di sviluppo per quei paesi. In alcune parti di questo documento sembra si venga incontro alle esigenze di questi paesi, ma in realtà al centro di questa mozione non ci sono gli esseri umani, non ci sono quei paesi, c'è la nostra sicurezza, invece della nostra responsabilità globale e della nostra responsabilità verso gli esseri umani. E anche quando si parla di profughi diversi da quelli di guerra, l'emergenza economica in gran parte dell'Africa e in certi posti dove è arrivata la Cina, prendete per esempio la Nigeria, studiatevela, vedete chi sfrutta le risorse ambientali, chi sfrutta il suo petrolio e come è nato Boko Haram e la guerriglia da cui tutti scappano. Il fuggire per cause economiche e per causa di guerra in paesi che da 500 anni abbiamo svuotato, sfruttato ecc. sono strettamente legate.

Parlavo di responsabilità. Prima dicevo guardiamoli in faccia prima di parlare, guardiamole in faccia le situazioni prima di parlare. Martedì scorso siamo stati, su invito della collega Stocker, a fare la visita ai tre luoghi di accoglienza, alla ex caserma Gorio, a Bagni di Zolfo e alla Casa Arnica di Merano. Di noi 35 consiglieri, che era una cosa che avevamo deciso tutti insieme, sapevamo che c'era, sapete chi c'era? Alla ex caserma Gorio eravamo in 5, Tommasini, io, la collega Foppa, la collega Mair e il collega Zimmerhofer. A Bagni di Zolfo eravamo in quattro: io, la collega Foppa, il presidente della Giunta e il collega Tschurtschenthaler. A Casa Arnica, a Merano, eravamo in due, io e la collega Foppa. Ovviamente c'era sempre la collega Stocker che a Casa Arnica ci ha offerto un ottimo caffè, eravamo in tre, ci siamo fatti una chiacchierata. Guardatele in faccia queste persone e queste situazioni prima di parlare, per favore!

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Non so se intervenire sull'ordine dei lavori o per fatto personale, anche se non sono mai stato citato, ma ci tenevo a precisare, e spero che Lei possa permettermi questo inciso, che non è che ero impegnato, è che è stata convocata una seduta dei capigruppo del Consiglio regionale a Trento per lo stesso orario. La settimana precedente ho richiesto la possibilità di concordare gli orari in modo da rendere compatibili i due eventi. La presidente del Consiglio regionale mi ha fatto presente che l'assessore Stocker non si è resa reperibile quindi non è stato possibile concordare altro momento per la visita. Ho richiesto formalmente all'assessore Stocker - non ho ancora ricevuto risposta - la possibilità, non necessariamente con la sua presenza, di poter essere presente a questa serie di incontri a cui avrei voluto essere presente, essendo anche capogruppo regionale non l'ho potuto fisicamente fare. Ci tenevo a precisare questo, perché forse alcune situazioni meritavano di essere precisare, ma il collega Dello Sbarba evidentemente non lo poteva sapere.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ne prendo atto, non c'era nessun discorso personale. Comunque nell'invito che abbiamo ricevuto c'era anche l'offerta di una seconda data, spero che tutti gli altri 30 consiglieri ci saranno.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Am Montag waren tatsächlich mehrere Sitzungen. Deshalb konnten nicht alle daran teilnehmen, das ist schon klar, aber es ist gut, dass einige daran teilgenommen haben. Wenn ein paar Landtagsabgeordnete dabei waren, dann hat dies auch das Interesse des Landtages gezeigt. Ansonsten gab es eine ganze Reihe von Sitzungen.

Ich verstehe nicht ganz, was an diesem Antrag so skandalös sein sollte. Das sind ganz einfach Forderungen. Hier steht nicht geschrieben, dass wir ab sofort keine Flüchtlinge mehr aufnehmen und dass man nicht aus humanitären Gründen helfen soll. Alles, was hier hineininterpretiert wird, steht nicht drinnen. Das ist das Interessante. Im Prinzip hat jeder recht. Auf der einen Seite müssen wir klare Regeln aufstellen, auf der anderen Seite muss man in den entsprechenden Ländern helfen.

Es ist auch richtig, wie es Kollege Dello Sbarba gesagt hat, dass man bei der Entwicklungshilfe einen bestimmten Prozentsatz festlegen sollte, der durchaus höher sein sollte. Mit diesen Geldern sollten, wie wiederum Pius Leitner eingeworfen hat, konkrete Projekte unterstützt werden, das ist ganz klar, denn einfach irgendwo Geld hinschicken, hat auch keinen Sinn. Das stimmt alles.

Hier in diesem Antrag steht nicht das, was hineininterpretiert wird. Es werden ganz klare Forderungen erhoben, wie das Recht auf Asyl, das auf bestimmte Länder zu beschränken ist. Sonst hat es keinen Sinn. Sonst schaffen wir das Asylrecht ganz ab und sagen, dass jeder zu jeder Zeit wann, wie und wo er will nach Europa kommen darf. Das ist die Alternative. Entweder es gibt klare Asylregeln oder es gibt sie nicht. Dann schaffen wir das ab und lassen diese Scheinheiligkeit.

Die andere Forderung ist, dass illegale Einwanderer ausgewiesen werden müssen. Das wäre ja noch schöner, wenn es nicht so wäre. Kriegsflüchtlinge sollen wieder in die Herkunftsländer zurückkehren, sobald dort Frieden einkehrt. Das ist für die betreffenden Länder wichtig, dass Menschen, wenn sich die Zustände verändert haben, dort wieder zurückkehren. Ich denke, auch für die betreffenden Menschen, für die Flüchtlinge muss es ein Interesse sein, zurückzukehren.

Ich denke nicht, dass hier so problematische Forderungen enthalten sind. Im Übrigen gibt es diese einfache Lösung nicht, aber hier werden ganz klare Regeln gefordert. Deshalb ist dieser Antrag sicherlich gerechtfertigt. Südtirol nimmt die Verantwortung in humanitärer Hinsicht ja wahr. Hier wird geradezu so getan, als ob wir das nicht tun würden oder nicht tun möchten, aber hier werden klare Regeln verlangt und der Südtiroler Landtag soll durchaus sagen können, was wir uns in der Flüchtlingspolitik konkret vorstellen.

**STEGER (SVP):** Hier geht es um einen Begehrensantrag, weil ja bekannt ist, dass wir in diesem Bereich keine Zuständigkeiten, jedenfalls keine unmittelbaren haben. Während wir in der Flüchtlingsaufnahme tätig sind, haben wir hier keine Zuständigkeit.

Ein Begehrensantrag ist legitim, aber der Inhalt dieses Begehrensantrages, vor allem die Forderungen im beschließenden Teil halte ich schon für fragwürdig, weil wir genau wissen, dass das Asylrecht durch internationale Konventionen geregelt und sehr genau geregelt und auf Länder im Bürgerkrieg nicht beschränkbar ist. Das ist schon von Vorrednern gesagt worden. Es gibt unterschiedliche Situationen. Oft sind es Verfolgungen aus ethnischen Gründen, aus religiösen Gründen. Oft geht es auch um politische Meinungen in nicht freien Staaten. Bürgerkriege allein als Basis oder das Asylrecht darauf einzuschränken, abgesehen davon, dass es, wie gesagt, nicht in unserer und auch nicht in der Kompetenz des Staates Italien allein liegt. Wenn man in einem europäischen und EU-Kontext denkt, dann halte ich diese Forderung für nicht umsetzbar und auch nicht sinnvoll.

Dass man vor Verlassen des afrikanischen Kontinents einen Asylantrag stellt, ja bitte. Es ist heute Vormittag schon gesagt worden. Wo wollen sie das in Syrien, im Irak oder wo auch immer verlangen? Ich halte auch dies eine theoretische Möglichkeit, die in der Praxis, zumindest in den meisten Situationen, wohl nicht umsetzbar ist.

Dass der Grundsatz der Ausweisung von illegalen Einwanderern umgesetzt werden muss, ist völlig richtig. Dafür gibt es den Grundsatz, deshalb müssen wir nicht einen Begehrensantrag machen. Das Problem ist die Umsetzung. Hier muss auf die Umsetzung geachtet werden. Die Norm, die Bestimmungen wären alle da.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge angeht, kann man das versuchen, aber ich denke, wenn jemand 10 und 15 Jahre in einem Land als Flüchtling lebt, dann kann man nicht verlangen, dass der oder die zurückgeht, sondern man muss den Menschen, die hier Asylrecht genießen und hier Wurzeln geschlagen haben, doch auch die Möglichkeit geben, auch hier zu bleiben. Man kann gerade in den Herkunftsländern unterstützend eingreifen, dass es freiwillig so passiert, aber dass man ein Rückbildungsprojekt organisiert, davon halte ich gar nichts.

Grundsätzlich denke ich, dass die Flüchtlingsthematik problematisch, aber dieser Begehrensantrag hilft in keiner Weise das Problem und die Thematik zu lösen, weshalb ich davon ausgehe, dass meine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Non mi sarà possibile votare il voto, perché faccio difficoltà a pensare come applicabili tutta una serie di misure che in esso vengono previste. Forse i due aspetti più paradossali possono essere considerati quelli della richiesta di asilo politico nei paesi entro i quali esiste in quel momento una condizione di guerra civile o una condizione di emergenza tale da non rendere più possibile e compatibile il vivere in quel territorio. È difficilmente pensabile che ciò possa essere organizzato in modo realistico. Ma l'altro aspetto che mi ha profondamente colpito è quello per cui i giovani talenti debbano, dopo essere stati formati, essere rispediti nei territori di origine. Penso a tanti giovani talenti che, per i casi della vita, magari hanno anche messo su famiglia nel territorio entro il quale si sono venuti a trovare, e hanno avuto anche figli, magari questi figli hanno avuto la possibilità di entrare in perfetta simbiosi con l'ambiente nel quale sono cresciuti ed è impossibile pensare che questi bambini possono essere spediti a casa loro, che non è casa loro perché casa loro è qua. Questo è quello che accade sostanzialmente nella vita delle persone, dove ci sono esigenze, bisogni ma talvolta ci sono anche scelte. Io credo che il nostro continente, il mondo occidentale si deve porre il problema di come far fronte anche alle scelte di scegliere il nostro territorio, l'Europa, come luogo per poter crescere e avere la propria vita, come noi potremo scegliere di vivere in Sud Africa, in Kenia o in Senegal. È possibile, ci è concesso ed è nel nostro diritto poterlo fare, è nostro diritto pensare di vivere la nostra vita in Bulgaria oppure in un paese del terzo mondo? Qualcuno questa scelta l'ha fatta, credo debba essere considerata nel novero delle cose possibili anche la scelta opposta. Il concetto attorno a cui ruota tutto è interrompere i circuiti dell'illegalità che attengono a questi

fenomeni, al modo entro cui si sviluppano e attengono anche all'illegalità del mondo che riceve questi fenomeni e invece che controllarli li subisce. Allora si parte da un'esigenza giusta, corretta, però credo si debba trovare ancora la risposta, che non può essere evidentemente la risposta ad un voto approvato dal Consiglio provinciale, è di dimensione europea. Il problema autentico è che noi dobbiamo porli questi problemi in sede europea. Tutti hanno non solo il diritto ma il dovere di porli. La corresponsabilizzazione, questa mattina ne abbiamo un po' parlato, invece un po' si sono chiusi gli occhi, si è detto che ognuno curi un po' il suo, ed è lo stesso se non c'è queste rete istituzionale che riesca a dare delle risposte per la risoluzione definitiva di un problema che definitivo non potrà mai essere.

Non posso votare la parte impegnativa del voto perché prevede una serie di misure di impossibile realizzazione.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich habe in dieser ganzen Situation manchmal etwas den Eindruck, als wenn es weder um die Rettung von Menschenleben gehen würde noch um ganz klar Asylgrund oder Asyl zu gewähren, sondern ich würde mir einfach wünschen, dass bestimmte politische Gruppierungen ehrlich sind und die Wahrheit sagen, und zwar, dass es ihnen einzig und allein um mehr Zuwanderung aus afrikanischen Ländern geht. In meinen Augen steckt das dahinter. Ich würde mir wünschen, dass man das auch endlich der Wählerschaft so sagt, ganz klar Position bezieht, denn dann könnte man, wie es in einer Demokratie üblich ist, dies auch auf ihre Mehrheitsfähigkeit abtasten. In meinen Augen steckt letzten Endes das dahinter.

Kollege Steger, ich gebe Dir vollkommen recht. Es geht nicht nur darum, dass jener, der aus einem Kriegsgebiet kommt, Asyl bekommt, sondern darum, dass er, wie Du es richtigerweise aufgezeigt hast, all das erfüllen muss, um den Flüchtlingsstatus zu bekommen. Das sagt nicht die Ulli Mair, sondern das sagen uns die Zahlen. Der überwiegend große Teil in Europa kann keinen Grund nachweisen. Wir haben wenige von dieser ganzen Masse, die kommen und einen Antrag stellen. Nur ein kleiner Teil von diesen wird auch nicht positiv bewertet. Ein ganzer anderer Teil stellt gar keinen Antrag, denn dieser ist illegal da.

Ich habe in der Gorio Kaserne nachgefragt, was mit jenen passiert, die ein Jahr warten, Rekurse gemacht haben und, und, und, und letzten Endes die Antwort bekommen, dass es ihnen leid tue, dass kein Grund nachgewiesen wurde und sie nicht hierbleiben dürften. Diese werden von der Kaserne entlassen. Was dann mit diesen passiert, weiß niemand. Dann sagen wir, dass das normal ist! Wir schauen da zu! Warum fangen wir dann nicht bitte endlich an, eine Rückholaktion zu machen?

Ich zitiere Dich, lieber Kollege Steger. Wenn Du über Südtirol, über fitte Leute, über Technologie, über Wirtschaft usw. sprichst, dann höre ich Dir sehr gerne zu. Wir plärren, wenn ein paar gute fähige Köpfe nicht mehr ins Land zurückkommen, weil sie irgendwo anders studiert haben und dann bessere Chancen im Ausland sehen. Du hast auch oft gesagt, dass es viele junge Leute gibt, die lieber im Ausland die Möglichkeiten suchen und wir schauen hier zu, wie Millionen Afrikaner, fitte, junge, tüchtige und intelligente Leute ihr Land verlassen. Glaubt Ihr wirklich, dass wir dann die Chancen dieser Leute verbessern? Wer baut unten auf? Wäre es klug von uns, wirklich Menschen auszubilden, ihnen eine gute Ausbildung zu ermöglichen und sie dann wieder zurückzuschicken? Ich habe von der guten EU noch nie gehört, was passieren würde, wenn in diesen Ländern der Krieg aus ist. Führen wir diese zurück? Ich erwarte mir wirklich ein Gesamtpaket, eine Gesamtmaßnahme, was passiert. Wir können doch nicht einfach zuschauen, wie alle, die hereinwollen, dass wir auch tatsächlich bereit sind, alle hereinzulassen. Das bedeutet, dass unser System total zusammenkracht. Das kann es doch nicht sein. Ich würde mir schon wünschen, dass man sich bestimmte Dinge etwas genauer ansieht und dass man an bestimmten Praktiken nicht teilnimmt, um Illegalität und Asylmissbrauch auch noch zu fördern.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Wir haben bereits heute Vormittag über die Gesamthematik der Flüchtlinge gesprochen. Wir haben sie zum Teil etwas lokaler gefasst.

Dieser Begehrensantrag versucht das Ganze etwas umfassender zu sehen und beginnt mit einer sicherlich richtigen Bemerkung, dass man ein Problem sinnvollerweise an der Wurzel bekämpfen soll. Wenn dies so einfach wäre, dann wäre es, denke ich, schuldhaft, wenn wir das nicht tun würden. Nur wissen wir alle, dass das mit der Wurzel bekämpfen in diesem Fall ein etwas schwierigeres Unterfangen ist.

Kollege Leitner und auch andere Kolleginnen und Kollegen haben in ihren Ausführungen durchaus richtige Überlegungen angestellt. Wenn zum Beispiel darauf hingewiesen wird - es sind durchaus interessante Beispiele, die genannt worden sind -, dass man sich überlegen sollte, sich Europa überlegen sollte, die einzelnen europäischen Staaten überlegen sollten, Patenschaften als verpflichtendes Vorbild zu übernehmen, wäre sicherlich nicht falsch. Richtig ist auch, wenn man eine Verantwortung europäischer Staaten in Bezug auf stärkeres Engagement

anmahnt in den Ländern, woher diese Menschen kommen. Da stimmen wir in diesem Südtiroler Landtag sicher alle überein. Es ist uns auch bewusst, dass wir dann auch bei uns schauen müssen, wie viel wir dafür bereit sind herzugeben, und zwar jeder und jede Einzelne von uns.

Es ist sicher auch richtig, wenn das eine oder andere Einzelbeispiel hergenommen wird und wo man sicher sagen kann, dass es auch Menschen gibt, bei denen man feststellt, dass sie kein Asyl bekommen können, weil sie nicht unter jene Kategorie fallen, die von den internationalen Asylrechten her, von den internationalen Verträgen her, von den EU-Verordnungen her und von den staatlichen Gesetzen her als solche auch anerkannt werden können. Die Zahl schwankt zwischen 20 und 33 Prozent, die Asyl bekommen. Es ist sicher richtig, dass wir eine Grundproblematik haben. Was passiert mit den Menschen, die dieses Asyl nicht bekommen? In diesem Begehrensantrag ist etwas angesprochen, das, wie wir alle wissen, grundsätzlich gilt, und zwar, dass diese Einwanderer wieder ausgewiesen werden sollen, dass sie in die Heimatländer zurückgeführt werden sollen. Insofern müssen wir dies in einem Begehrensantrag nicht eigens unterstreichen, weil es sowieso selbstverständlich so gegeben ist. Wir werden sicher nicht diejenigen sein, die dazu beitragen können, dass es auch entsprechend umgesetzt wird.

Wenn vorhin das Beispiel von Kosovo mit den kürzeren Wartezeiten genannt worden ist dahingehend, dass über den Asylantrag entschieden wird oder nicht, dann reden wir hier von ganz unterschiedlichen Situationen. Kosovo ist eine völlig unterschiedliche Situation zu den Ländern, wo jetzt die Flüchtlinge vor allem herkommen.

Was die einzelnen Punkte des beschließenden Teils des Begehrensantrages anbelangt, ist zum ersten Punkt zu sagen – das ist schon vom Kollegen Steger ausgeführt worden –, dass man das Recht auf Asyl, wie hier angeführt, nicht einfach auf Länder einschränken kann, in denen Bürgerkrieg herrscht. Es gibt auch andere Situationen, auch persönliche Situationen, die es durchaus rechtfertigen, dass jemand das Asylrecht beantragen kann.

Punkt 2. Wir haben uns schon heute Vormittag ausgiebig unterhalten, wie die Situation in den jeweiligen Ländern ist und dass es dort wahrscheinlich ganz einfach ist, Asyl zu beantragen und zu warten und inzwischen möglicherweise einem Schicksal ausgesetzt zu sein, das wir alle nicht möchten. Insofern hat, glaube ich, der Punkt 2 seine Schwierigkeiten.

Zum Punkt 3 habe ich bereits Stellung genommen. Es ist also nicht notwendig, dies separat noch zu unterstreichen, weil es sowieso gegeben ist.

Wenn wir dann von Kriegsflüchtlingen reden, dann reden wir von Menschen, die einen anerkannten Status in Europa haben, die hier möglicherweise schon 10 und 15 Jahre leben, weil sich die Kriegssituationen nicht vom einen auf den anderen Tag oder in kürzester Zeit verändern, wie es vielleicht am Balkan der Fall war. Wir reden hier von längeren Zeiten. Hier zu sagen, dass sie, nachdem sie diesen Status erreicht haben, gezwungen werden, in ihre Länder zurückzukehren, halte ich auch etwas für vermessen.

Das, was ich sehr wohl unterstreichen würde, ist – darüber sollte man sich wirklich Gedanken machen –, dass man Hilfen vorsieht, um solche Menschen wieder in ihre Heimatland zurückzubringen. Diese wären dann auch für ihre Länder ein ganz großer Nutzen. Hier entsprechende Programme auch vorzusehen, wäre sicherlich etwas, wo wir unsere Zustimmung geben würden, wenn man es in diese Richtung formulieren könnte, genauso wie beim letzten Punkt, wenn es um junge Talente geht. Hier ist sicher zu Recht angemerkt worden, dass diese jungen Talente in diesen Ländern teilweise ganz entscheidend fehlen. Dass wir hier etwas übernehmen sollten, und zwar in der Ausbildung und unsere Verantwortung wahrnehmen sollten, dem wird zugestimmt, aber das, was mir an der Formulierung des Begehrensantrages nicht so gefällt, ist, dass es klar ist, dass wir diese wieder zurückschicken müssen. Ich glaube, auch hier geht es darum, dass wir diese Möglichkeiten bieten und dann auch die Möglichkeit bieten, dass sie wieder zurückkehren, um in ihren Heimatländern die Aufgaben zu übernehmen, die in Verantwortung für die Entwicklung dieser Länder wichtig sind. Aber es ist der Ton, der die Musik macht. Ich kann nur einladen, dass man in diese Richtung, die ich angedeutet habe – da sind wir durchaus bereit –, solche Begehrensanträge verfasst. Ich gebe zu, dass es durchaus auch interessante Überlegungen gegeben hat, aber in diesem Ton und mit dieser Ausrichtung, wie sie hier von der Grundtendenz her gegeben ist, können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich stelle fest, dass wir Italien ein Signal senden sollten dahingehend, weiterzumachen wie bisher und ja nichts zu ändern. Man hat schon resigniert und wir sind dabei, die Lunte in Europa auf ein Pulverfass zu legen, das hochgehen muss. Das ist die logische Folge. Ich möchte es nicht mit dem Untergang des römischen Reiches vergleichen, aber der Vergleich liegt nahe. Auch dort hat man Leute von allen anderen Ländern ins römische Reich hereingelassen, bis sie dann das Zepter übernommen und das ganze Boot, im wahrsten Sinne des Wortes, versenkt haben. Ich wünsche es mir nicht, aber das wird passieren.

Der Kollege Dello Sbarba ist jetzt nicht da. Wenn er den Gesetzentwurf so bringt, wie er ihn bisher gebracht hat, werde ich wieder dagegen stimmen, weil ich dagegen bin, dass man Geld hinunterschickt. Lest unter Punkt 6, was Rupert Neudeck und nicht Pius Leitner sagt, und zwar, dass diese Entwicklungshilfe überhaupt nichts bringt. Es gibt keinen Beweis, dass Hunderte von Milliarden, die in Entwicklungsländer in Afrika geflossen sind, einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebenschancen in diesen Ländern geleistet hätten. Die Fluchtströme sind jedenfalls ein deutliches Signal dafür, dass die bisherige Entwicklungshilfe nur mäßig erfolgreich war, Kollege Dello Sbarba. Das ist Gewissenserleichterung, nicht mehr und nicht weniger. Ich finde es sinnvoller, wie es das Kolpingwerk derzeit macht. Es hat wahrscheinlich auch diesen Brief bekommen, wo man uns auffordert, für einen Brunnen zu spenden, damit Leute gutes Wasser haben, damit sie bleiben, damit sie ihre Landwirtschaft weiterhin betreiben. Ich werde das unterstützen, wie ich es bisher auch getan habe, aber was jeder selber macht, muss jeder selber wissen. Ich bin aber dagegen, dass man Wasser in einen Bach schüttet und hofft, dass der Bach aufwärts rinnt. Diese Illusion muss ich Euch ganz einfach nehmen. Diese ist von Leuten belegt, die unten gearbeitet haben und nicht von uns Freiheitlichen. Ich muss jedem, der diesen Begehrensantrag nicht zustimmt, den Vorwurf machen, die illegale Einwanderung weiterhin zu fördern. Einige haben es wahrscheinlich nicht mitbekommen.

Hier stehen zwei unterschiedliche Forderungen. Wer dem Punkt, bei dem es darum geht, dass der Asylmissbrauch mit Maßnahmen eingedämmt werden sollte, nicht zustimmen kann, ... Ich werde die getrennte Abstimmung verlangen, aber der wesentliche Punkt ist die Aufforderung an das römische Parlament, die sechs Punkte des Herrn Seitz zu übernehmen. Ich hoffe, dass Italien auch mit den anderen europäischen Ländern spricht, es gleich zu tun, denn Italien will Unterstützung haben. Deshalb erwarte ich mir gerade von Italien Initiativen gegenüber den anderen europäischen Ländern, um hier Unterstützung zu bekommen. Man macht es sich ein bisschen einfach zu sagen, dass wir nichts tun könnten, dass es so sei. Ich glaube nicht, dass diese Entwicklung gottgewollt ist. Wir haben die Entscheidung zu treffen, ob wir das laufen lassen oder ob wir nein sagen. Dieser Politik gebieten wir Einhalt.

Ich bin auch überzeugt, dass wir diesen Menschen, die zum Großteil hierherkommen, überhaupt keinen Gefallen tun, wenn wir sie hier aufnehmen. Wir können ihnen keinen sicheren Arbeitsplatz und keine gute Ausbildung garantieren. Viele werden sich selbst überlassen und werden in der Illegalität verschwinden, weil sie einmal hier und einmal dort auftauchen, aber eines werden sie sicher tun: Sie müssen leben. Von was denn? Von den Sozialtöpfen, die andere zahlen. Das ist so ähnlich wie mit Griechenland, wo man das Pensionseintrittsalter ab 58 Jahren beschränken will und hofft, dass die anderen Länder ihnen die Schulden bezahlen, wo die Einstiegsgrenze bei 67 Jahren liegt. Diese europäische Politik soll verstehen wer sie verstehen will. Ich verstehe sie nicht, teile sie nicht und bekämpfe sie mit den Mitteln, die ich oder die wir haben. Ich möchte nicht, dass man uns morgen den Vorwurf macht, den Südtirolern, Ihr habt einfach zugeschaut, Ihr habt weggeschaut. Und wir sind dabei, das zu tun. Wir machen das nicht mit.

**PRÄSIDENT:** Frau Landesrätin, Sie haben bei Ihrer Wortmeldung gesagt, dass Sie einige Teile des beschließenden Teils grundsätzlich anders sehen. Ich weiß nicht, ob ich es richtig verstanden habe, dass über den Begehrensantrag getrennt abgestimmt werden soll.

Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich beantrage, dass über die Prämissen und den beschließenden Teil bis zu den Worten "die Ursachen bekämpft werden" getrennt abgestimmt wird, denn dieser Teil bezieht sich auf die sechs Punkte, die Herr Seitz als Ideen vorschlägt. Diese sollte sich der Staat auch überlegen. Ich schaue mir an, wer sich getraut, dagegen zu stimmen. Ich verlange die namentliche Abstimmung.

**PRÄSIDENT:** Kollege Leitner, ich habe es nicht ganz verstanden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das ist nicht schwer zu verstehen. Die Prämissen bis zu den Worten "die Ursachen bekämpft werden".

Dann sind verschiedene Punkte aufgezählt, über die ich getrennt abstimmen lassen möchte.

**PRÄSIDENT:** Jeden Punkt einzeln?

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Von mir aus muss nicht über jeden einzelnen Punkt abgestimmt werden. Wenn jemand die Abstimmung über jeden einzelnen Punkt verlangt, dann gerne.

**PRÄSIDENT:** Kollege Steger, bitte.

**STEGER (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage eine kurze Unterbrechung der Sitzung zwecks Beratung meiner Fraktion.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe dem Antrag statt.

ORE 16.23 UHR

-----

ORE 16.35 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Abgeordneter Steger, bitte.

**STEGER (SVP):** Ich möchte den Einbringer des Begehrensantrages fragen, ob es für ihn möglich wäre, den ersten Absatz zu akzeptieren, wenn wir Folgendes schreiben würden: "...bei der Lösung des Flüchtlingsproblems nicht nur die Symptome, sondern endlich auch die Ursachen zu bekämpfen", und zwar es allgemein zu halten. Mit diesem Teil könnten wir einverstanden sein.

**PRÄSIDENT:** Darf ich fragen, was Sie unter "allgemein halten" verstehen?

**STEGER (SVP):** Es geht um die Prämissen, denen wir nicht zustimmen werden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich habe das sehr wohl verstanden, Herr Präsident, aber das ist mir zu allgemein.

**PRÄSIDENT:** Kollege Leitner nimmt den Antrag nicht an.

Wir stimmen über den Begehrensantrag Nr. 39/15 im Sinne des vom Abgeordneten Leitner gestellten Antrages einer namentlichen Abstimmung nach getrennten Teilen ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil bis zu den Worten "die Ursachen bekämpft werden":

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 8 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 34 anwesende Abgeordnete, 27 abstimmende Abgeordnete, 7 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli, Bizzo, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Pöder, Stirner, Widmann).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Köllensperger, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Wurzer.

Folgender Abgeordnete hat sich der Stimme enthalten: Urzì.

Ich eröffne die Abstimmung über den restlichen beschließenden Teil:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 9 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen. 34 anwesende Abgeordnete, 32 abstimmende Abgeordnete, 2 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli, Knoll).



Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Urzi, Widmann, Wurzer.

Wir kommen zurück zur Behandlung des **Beschlussantrages Nr. 378/15**. Die Übersetzung des gemeinsamen Änderungsantrages der Abgeordneten Foppa, Steger und Atz Tammerle liegt nun vor:

Der beschließende Teil wird wie folgt ersetzt:

1. In Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Altersheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen bereits bestehende WLAN Anlagen soweit möglich durch strahlungsärmere zu ersetzen und nur dann zu verwenden, wenn gesichert ist, dass die Nutzung zeitlich und räumlich begrenzt ist und sie soweit möglich durch manuelle Bedienung anwenderabhängig gemacht wird.

2. Eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die neuen Technologien und deren Strahlungsbelastung auswertet. Sie soll klären, welche Technologien für den Mobilfunk, das mobile Internet und den Zivilschutz strahlungsarm und zukunftsfähig sind.

3. Die Auswirkungen der digitalen Medien auf Schülerinnen und Schüler und der sinnvolle Umgang dieser Medien für einen guten Lernerfolg zu prüfen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse wird die Landesregierung entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und des gesunden Lernens treffen.

4. Eine Informations- und Sensibilisierungskampagne ins Leben zu rufen, in der auf mögliche Risiken für die Gesundheit insbesondere von Ungeborenen, Babys, Kindern und Jugendlichen hingewiesen und auf einen bewussten Gebrauch von Handys, Smartphones und WLAN hingearbeitet wird. Eine besondere Rolle spielen auch die öffentlichen Verkehrsmittel, in denen die gleichzeitige Verwendung von vielen Mobiltelefonen zu einer drastischen Erhöhung der Strahlung und somit des gesundheitlichen Risikos führen kann. Die Monitore in den Südtiroler Lokalzügen werden für eine diesbezügliche Werbekampagne genutzt.

La parte dispositiva è così sostituita:

1. di sostituire, per quanto possibile, in scuole, asili, ospedali, case di cura e di riposo e in altre strutture pubbliche, gli impianti WLAN già esistenti con impianti a più bassa emissione di radiazioni, e utilizzarli solo quando sia certo che l'uso è limitato nel tempo e nello spazio e che l'attivazione avvenga, nei limiti del possibile, manualmente da parte dell'utente;

2. di costituire un gruppo di lavoro che studi le nuove tecnologie e ne valuti il carico di radiazioni. Il gruppo dovrà chiarire quali tecnologie a basse emissioni possano essere usate per la telefonia mobile, l'Internet mobile e la protezione civile;

3. di verificare gli effetti degli strumenti telematici su alunne e alunni e stabilire le giuste modalità di servirsi ai fini di un buon apprendimento.

Sulla base dei risultati la Giunta provinciale prenderà le misure necessarie ai fini della tutela della salute e di un apprendimento sano;

4. di lanciare una campagna d'informazione e sensibilizzazione sui possibili rischi per la salute soprattutto di nascituri, bambini e giovani, e su un uso selettivo e consapevole di telefoni cellulari, smartphone e WLAN. Un ruolo importante è svolto dai mezzi di trasporto pubblico, dove l'uso contemporaneo di molti telefoni cellulari può portare a un drastico aumento delle radiazioni e dunque a rischi per la salute. I minischermi dei treni locali altoatesini vanno utilizzati per una campagna su questi temi.

Frau Landesrätin Stocker, bitte.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Ich schließe mich den Ausführungen des Fraktionsprechers der Südtiroler Volkspartei an, der im Wesentlichen das ausgeführt hat, was auch meine Zustimmung findet. Über das, was etwas diskutiert worden ist, bitte ich jetzt um hilfreiche fachliche und kompetente Einwüfe. Es gab die Frage, inwieweit wir, wenn wir das Wort "Krankenhäusern" drinnen lassen, das Problem bekommen könnten, dass Übermittlungen von Datenergebnissen, von Fakten eingeschränkt werden könnten. Insofern war ursprünglich der Wunsch, über das Wort "Krankenhäusern" separat abstimmen zu lassen. Diesen Antrag würde ich jetzt aus diesen Überlegungen her einbringen und ersuche um getrennte Abstimmung des Wortes "Krankenhäusern" im ersten Absatz des beschließenden Teils. Ich würde allerdings noch ersuchen, eine fachkompetente Meinung einholen zu können, inwieweit dies notwendig ist. Kollege Köllensperger könnte mir in dieser Sache et-

was helfen und auch meine Überlegung unterstützen, ob wir über das Wort "Krankenhäusern" getrennt abstimmen können.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Zum Fortgang der Arbeiten. Gerade dort, wo die Kranken liegen, bestrahlen wir sie hemmungslos und an anderen Orten nicht, denn es ist sowieso wurst, wenn wir es machen und in den Schulen nicht. In den Seniorenheimen bestrahlen wir wahrscheinlich auch hemmungslos, denn dort macht es den Braten auch nicht mehr fett. Scheinheiliger und unsinniger geht es überhaupt nicht mehr. Der Succus ist, in den Krankenhäusern bestrahlen wir und sonst nicht oder?

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Presidente, la presa di posizione dell'assessora Stocker è la presa di posizione della Giunta provinciale o della Volkspartei? Credo della Giunta provinciale perché l'assessore ha fatto riferimento alle parole del capogruppo della Volkspartei condividendole, però era intervenuto il capogruppo del Partito Democratico non condividendole. Allora mi chiedo come si concili tutto questo, nel senso che il capogruppo del Partito Democratico è intervenuto per dichiarare la ferma contrarietà al documento. Mi sembra un po' curioso che la Giunta provinciale intervenga per dire che è favorevole al documento, oppure la Giunta provinciale ha assunto una decisione a maggioranza, ma c'è stata una riunione solo del gruppo della Volkspartei. Mi premeva sottolineare questa cosa e chiedere un chiarimento, perché peraltro io concordo con la posizione del vicepresidente Bizzo, capogruppo del Partito Democratico, in questa circostanza.

**PRÄSIDENT:** Kollege Urzi, Sie haben diese Frage schon öfters gestellt. Ich kann niemanden zwingen, dass er in seinen Ausführungen sagt, warum er so oder anders stimmt. Bei Beschlussanträgen ist auch keine Stimmabgabeerklärung vorgesehen. Kollege Bizzo hat sich vorhin zu Wort gemeldet und erklärt, warum er nicht dieser Meinung ist. Es ist so, dass nicht immer die gesamte Regierung einer Meinung sein muss. Deswegen ist die Regierung trotzdem mehrheitlich dieser Meinung. So werte ich das.

Kollege Steger, bitte.

**STEGER (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage eine Abstimmung nach getrennten Teilen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Eine kurze Replik zu dieser langen und wirklich ausgiebigen Debatte, für die ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanke.

Gleich vorweg die Sache mit den Krankenhäusern, Frau Landesrätin. Ich kann den Gedankengang des Kollegen Knoll nachvollziehen, glaube aber, dass durch die Aussage "soweit möglich" diese Möglichkeit immer noch offengehalten wird. Aus medizinischen Gründen wird man argumentieren können, dass dies nicht möglich ist, wenn nicht möglich. Ansonsten wird man im Krankenhaus sich dafür entscheiden, im medizinischen Bereich WLAN zu halten und im Bereich der Patienten vielleicht nur einzelne Inseln zu schaffen. Die Worte "wenn möglich" lassen genau diesen Spielraum. Ich würde mir, ehrlich gesagt, keine Sorgen machen, denn es wäre auch nicht in meinem oder unserem Sinne, wenn wir hier eine medizinische Notwendigkeit einschränken würden.

Zu den restlichen Wortmeldungen ist es mir wichtig, einige Dinge zu klären. Erstens möchte ich dem Kollegen Köllensperger sagen, dass sich der Beschlussantrag nicht nur auf das WLAN bezieht, sondern in weiten Teilen auch auf die Nutzung von Mobiltelefonen. Gerade bei der Anhörung wurde ganz deutlich und klar gesagt und immer wieder betont, dass die möglichen Schäden sehr, sehr viel größer sind, dass die Strahlung ungleich größer ist.

Was die Frage anbelangt, die zu den Zügen aufgeworfen wurde, Folgendes. In den Zügen wäre ich niemals gegen ein WLAN Verbot, weil gerade die Präsenz des WLANs die Strahlenbelastung durch reine Handynutzung durch das Surfen im Internet weitaus hinunterdrückt. Wenn das WLAN nicht mehr ist und alle sich direkt ins Internet loggen, dann ist die Strahlenbelastung ganz eindeutig größer. Von daher kann von einer Verbotsgesellschaft gerade durch so einen Antrag nicht die Rede sein. Ich weise diese Vorwürfe ganz entschieden zurück. Hier geht es nirgendwo um Verbote, und auch nicht, Kollege Bizzo, um einen Rückschritt ins Postkutschenzeitalter oder irgendwas.

Sempre quando ci sono state delle innovazioni era importante imparare a gestirle, e questo è il punto in cui ci troviamo in questo momento. Non vogliamo tornare indietro, sappiamo benissimo quali sono i vantaggi delle nuove tecnologie, le usiamo tutti, basta guardarsi intorno, anche il nostro comportamento in quest'aula. Quello non è lo scopo, che è quello di portare ad un uso consapevole per la salute della popolazione e di noi stessi. Questo è

successo con i raggi Röntgen, con il treno, con tutte le innovazioni che si sono sviluppate pian piano nell'umanità. Quando l'uso era disastroso, anche gli effetti erano disastrosi.

Mir ist es wichtig, diese Entscheidung hier getroffen zu haben, denn es geht weder um Verbote noch um ein Verharren auf Gewesenem, sondern um einen bewussten Umgang damit. Den bewussten Umgang damit haben wir nicht schon intus, den lernen wir nicht automatisch mit. Es sind Geräte, die zum Teil auch dazu verführen, sie immer und ständig zu benutzen und wenn Menschen nicht wissen, was das aus psychologischer, gesundheitlicher, aus sehr vieler Sicht, die wir alle schon erörtert haben, mit sich bringen kann, dann kann diese Nutzung auch schädlich sein.

Wer hier den Vorwurf gemacht hat, dass es keine Belege gibt, dann verweise ich auf die Aussagen der WHO - das ist kein nebensächlicher Verein, sondern eine ernstzunehmende Organisation -, die festgelegt hat, dass die Strahlungen möglicherweise krebserregend sind. Bei dieser Cancerogenität der Stoffe gibt es Skalierungen und das ist nicht die niederste, sondern die zweit- oder drittniederste, wenn ich mich jetzt erinnern. Die WHO selbst sagt, dass sie möglicherweise krebserregend sind, sie sagt aber nicht, dass sie nicht krebserregend sind und das ist eine ernstzunehmende Sache. Keine Angst schüren, das heißt nur darauf hinweisen, was passieren kann.

Deshalb auch dieser Vorschlag gerade zu den Zügen, auf die Sven Knoll hingewiesen hat. Wenn man da sitzt und so viele Menschen in Bewegung sind und gleichzeitig surfen, dann entsteht eine Gefahr für alle, nicht nur für sich selbst, denn für sich selbst kann man auch entscheiden, dass es gleich ist, sondern für die anderen mit.

Kollege Pöder, es ist wirklich unfair, einen Interkontinentalflug mit einem Kind in einem Klassenzimmer zu vergleichen, in dem 20 Leute um dieses Kind herum ein Gerät haben und dieses Kind sich nicht entziehen kann, das sich vielleicht einem Interkontinentalflug sehr wohl entziehen kann. Es ist eine andere Entscheidung, die ich treffe, wenn ich nach Amerika fliege oder ob ich in einem Zug sitze, in dem 100 Leute um mir herum ein Handy laufen haben. Das ist die Freiheit der einzelnen Person, in beiden Fällen total nicht vergleichbar.

Damit bedanke ich mich nochmals für die Debatte und für das Entgegenkommen der Mehrheit und nehme deren Vorschläge an, weil ich merke, dass es das ist, wohin man in diesem Moment gelangen kann.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage eine Abstimmung nach getrennten Teilen der vier Punkte des beschließenden Teils.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 378/15 im Sinne der von den Abgeordneten Knoll, Steger und Blaas sowie von Landesrätin Stocker gestellten Anträge nach getrennten Teilen ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 5 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 1 des beschließenden Teils ohne das Wort "Krankenhäusern": mit 21 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 20 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 26 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 40/15 vom 19.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend die elektronische Stimmabgabe (E-Voting)".**

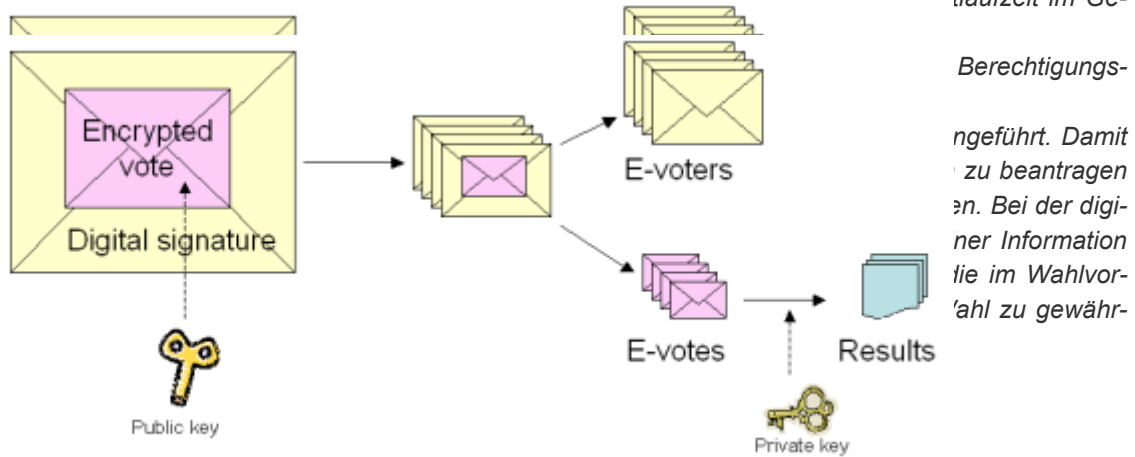
Punto 11 dell'ordine del giorno: **"Voto n. 40/15 del 19.5.2015, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante il voto elettronico (e-voting)".**

*Die jüngsten Gemeinderatswahlen in Süd-Tirol haben uns wieder einmal die Nachteile der klassischen Durchführung der Wahlen vor Augen geführt: langwierige Auszählung der Stimmen, hohe Kosten, sinkende Wahlbeteiligung.*

*Dabei gibt es heute schon Beispiele dafür, wie man eine Wahl schnell, unkompliziert und kostengünstig abwickeln kann. Estland, das bis vor nicht allzu langer Zeit noch im tiefsten Kommunismus lebte, bietet seinen Bürgern schon seit 2005 die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe (E-Vo-*

ting). Das kleine baltische Land ist damit weltweit Vorreiter bei rechtsverbindlichen Online-Wahlen auf staatlicher Ebene. Ebenso werden in Estland verschiedene E-Government-Verfahren konsequent umgesetzt, z.B. das Projekt der "papierlosen Regierung" und die elektronische Bürgerbefragung bei politischen Entscheidungen.

Die Vorteile des E-Votings liegen auf der Hand: Ortsunabhängige Wahl für körperlich eingeschränkte Personen und Heimatterne; höhere Wahlbeteiligung; langfristige Kostensenkung; schnelle Stimmentauszahlung und Vermeidung von Zählfehlern; keine ungültigen Stimmen; keine Postlaufzeit im Ge-



Weitere Beispiele, wo es eine Rechtsgrundlage für das E-Voting gibt, sind Norwegen und die Schweiz.

Dies alles vorausgeschickt,

fordert

der Südtiroler Landtag  
das römische Parlament,  
die Regierung in Rom  
und die EU-Parlamentarier auf,

1. die notwendige Rechtsgrundlage für die elektronische Stimmabgabe (E-Voting) in Italien bzw. in der EU zu schaffen;

2. das Land Südtirol bei entsprechenden E-Voting-Pilotversuchen einzubinden.

<sup>1</sup> Vgl. Estland führt Staatsbürgerschaft für Avatare ein. In: Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 4.12.2014.

URL: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/12/04/estland-fuehrt-staatsbuergerschaft-fuer-avatare-ein/>. Estland: E-Voting führt zu höherer Wahlbeteiligung. In: Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 3.4.2015.

URL: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/03/estland-e-voting-fuehrt-zu-hoeherer-wahlbeteiligung/>.

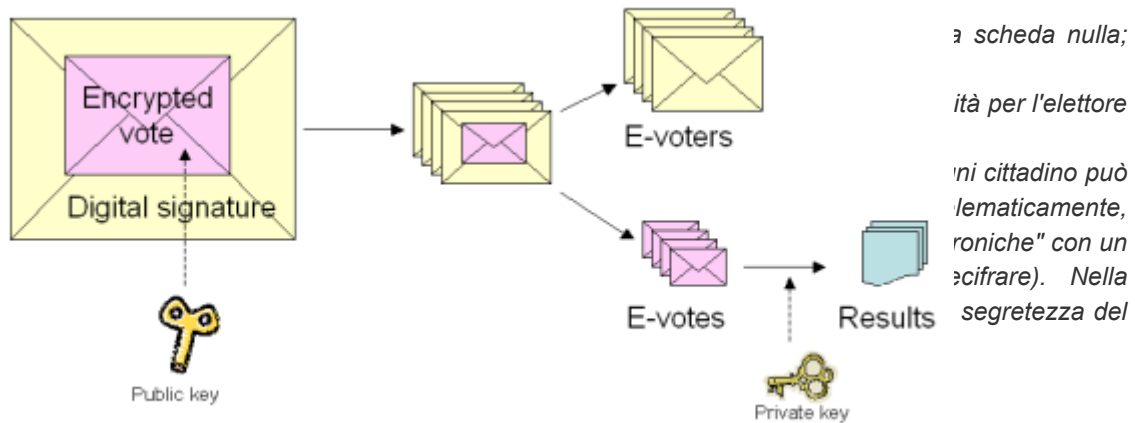
<sup>2</sup> PDF-Datei auf der Webseite der estnischen Wahlkommission, S. 10.

URL: [http://www.vvk.ee/public/dok/General\\_Description\\_E-Voting\\_2010.pdf](http://www.vvk.ee/public/dok/General_Description_E-Voting_2010.pdf).

Le recenti elezioni comunali in Alto Adige ci hanno mostrato ancora una volta gli svantaggi del consueto svolgimento delle elezioni: lungo scrutinio dei voti, costi alti, affluenza in calo.

Eppure ci sono già esempi di come le elezioni possano svolgersi velocemente, senza complicazioni e in modo economico. L'Estonia, che fino a poco tempo fa viveva ancora nel comunismo più rigido, già dal 2005 offre ai propri cittadini la possibilità del voto elettronico (e-voting). Il piccolo Paese baltico è dunque il pioniere mondiale del voto elettronico nelle elezioni nazionali, e sta realizzando con determinazione anche altre misure per informatizzare l'amministrazione, p.es. il progetto dell'amministrazione non cartacea e i sondaggi elettronici dell'opinione pubblica su decisioni politiche.

I vantaggi della votazione elettronica sono evidenti: possibilità di votare da qualsiasi località per i disabili fisici e per chi si trova lontano dal luogo di residenza; maggiore partecipazione; riduzione dei



Altri Paesi il cui ordinamento giuridico prevede la votazione elettronica sono la Norvegia e la Svizzera.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
invita  
il Parlamento, il Governo  
e gli europarlamentari

1. a creare in Italia ovvero nell'UE le basi giuridiche per la votazione elettronica (e-voting);
2. a coinvolgere la Provincia autonoma di Bolzano nei relativi progetti pilota.

<sup>1</sup> Vedi *Estland führt Staatsbürgerschaft für Avatare ein*. In: *Deutsche Wirtschaftsnachrichten* del 4-12-2014.

URL: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/12/04/estland-fuehrt-staatsbuergerschaft-fuer-avatare-ein/>. *Estland: E-Voting führt zu höherer Wahlbeteiligung*. In: *Deutsche Wirtschaftsnachrichten* del 3-12-2014.

URL: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/03/estland-e-voting-fuehrt-zu-hoeherer-wahlbeteiligung/>.

<sup>2</sup> File PDF sul sito della commissione elettorale estone, p. 10.

URL: [http://www.vvk.ee/public/dok/General\\_Description\\_E-Voting\\_2010.pdf](http://www.vvk.ee/public/dok/General_Description_E-Voting_2010.pdf).

Kollege Zimmerhofer, bitte.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** "Die jüngsten Gemeinderatswahlen in Süd-Tirol haben uns wieder einmal die Nachteile der klassischen Durchführung der Wahlen vor Augen geführt: langwierige Auszählung der Stimmen, hohe Kosten, sinkende Wahlbeteiligung.

Dabei gibt es heute schon Beispiele dafür, wie man eine Wahl schnell, unkompliziert und kostengünstig abwickeln kann. Estland, das bis vor nicht allzu langer Zeit noch im tiefsten Kommunismus lebte, bietet seinen Bürgern schon seit 2005 die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting). Das kleine baltische Land ist damit weltweit Vorreiter bei rechtsverbindlichen Online-Wahlen auf staatlicher Ebene. Ebenso werden in Estland verschiedene E-Government-Verfahren konsequent umgesetzt, z.B. das Projekt der "papierlosen Regierung" und die elektronische Bürgerbefragung bei politischen Entscheidungen.

Die Vorteile des E-Votings liegen auf der Hand: Ortsunabhängige Wahl für körperlich eingeschränkte Personen und Heimatferne; höhere Wahlbeteiligung; langfristige Kostensenkung; schnelle Stimmenauszählung und Vermeidung von Zählfehlern; keine ungültigen Stimmen; keine Postlaufzeit im Gegensatz zur Briefwahl.

Die Nachteile des E-Votings sind: Unsicherheit des Internets (z.B. durch Viren); Berechtigungsnachweis des Wählers bei gleichzeitiger Anonymität seiner Stimme.

Um das System sicherer zu machen, hat Estland eine digitale Staatsbürgerschaft eingeführt. Damit hat jeder Bürger die Möglichkeit, einen elektronischen Pass mit biometrischen Daten zu beantragen und mit diesem online sich zu identifizieren, zu wählen und Verträge zu unterschreiben. Bei der digitalen Stimmabgabe werden durch den Wähler mittels Kryptografie (Umwandlung einer Information von einem lesbaren Text in einen

Geheimtext) zwei "digitale Umschläge" erstellt, die im Wahlvorgang getrennt werden, um eine anonyme Stimmabgabe und somit eine geheime Wahl zu gewährleisten.

Wir haben eine Grafik beigefügt, wie das abgewickelt wird.

Weitere Beispiele, wo es eine Rechtsgrundlage für das E-Voting gibt, sind Norwegen und die Schweiz.

Dies alles vorausgeschickt, fordert der Südtiroler Landtag das römische Parlament, die Regierung in Rom und die EU-Parlamentarier auf,

1. die notwendige Rechtsgrundlage für die elektronische Stimmabgabe (E-Voting) in Italien bzw. in der EU zu schaffen;

2. das Land Südtirol bei entsprechenden E-Voting-Pilotversuchen einzubinden."

Ich habe einen Änderungsantrag eingereicht: Nach Punkt 2 des beschließenden Teils wird folgender Punkt hinzugefügt: "3. Der Süd-Tiroler Landtag spricht sich zudem für die Möglichkeit aus, bei Gemeinderatswahlen ebenfalls mittels Briefwahl zu wählen, so wie dies bei Landtagswahlen bereits erfolgreich zur Anwendung kommt." Dann habe ich hier noch ein paar Quellenhinweise dazugegeben, um eventuelle Plagiatsvorwürfe zu entkräften.

Ein großes Problem ist die sinkende Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl. Man muss sich etwas überlegen, wie man dem entgegentritt. Das wäre eine Möglichkeit dazu. Man hat auch in der Schweiz, in Norwegen und in Estland gesehen, dass dort die Wahlbeteiligung effektiv wieder gestiegen ist. Gerade bei den jungen Leuten wäre es sehr interessant, dass man in diese Richtung arbeitet. Ich war selber Listenvertreter bei den Auszählungen vor Ort und habe gesehen, wie kompliziert und langwierig es vonstatten geht. Dies sollte für das Jahr 2015 der Vergangenheit angehören, dass man hier endlich eine technische Lösung findet, wie es anderweitig durchgeführt werden kann. Natürlich ist es eine technische Herausforderung, indem man bei der Wahl die Anonymität wahrt. Mit der Bürgerkarte muss man sich identifizieren, dass die Stimmabgabe anonym bleibt. Das ist sicher eine technische Herausforderung, aber das sollte kein Problem sein.

Auch das Internet Banking wird gehandhabt. Da geht es oft auch um viel Geld und auch das ist sicher. Wenn es beim Internet Banking funktioniert, dann müsste es auch bei den Wahlen funktionieren.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Ich bin prinzipiell schon dafür, werde allerdings schon einige Einschränkungen vorbringen.

Rückblickend auf die vorhergehende Diskussion wäre ich eigentlich versucht zu sagen, dass wir zum alten Scherbengericht zurückkehren sollten. Die alten Griechen haben mit Scherben abgestimmt oder in Syrakus hat man das mit Olivenblättern getan. Bei uns könnte man das mit Äpfeln tun. Man muss, denke ich, vielleicht auch noch definieren, ob wir bei der Abstimmung die Handys und Tablets verwenden dürfen oder ob es nur auf Kabel gestützte Computer usw. geschehen kann.

Dies ist sicherlich, um zur Thematik wieder zurückzukehren, ein guter Vorschlag. Ich werde ihm auch zustimmen, allerdings, wie ich das schon mehrmals getan habe, bedingt. Ich gebe eines zu bedenken. Das System ist nicht sicher. Es wird nie sicher sein. Das muss uns allen klar sein. Ein Hacker wird mit seinem Computer in jedem Fall, wenn er will – heute gibt es schon Hacker-Netzwerke - imstande sein, die sichersten Systeme zu knacken. Das dauert ungefähr einen Tag, dann haben tausend Hacker auf der Welt zusammen, wenn sie ihre Rechner verbinden, jedes System geknackt. Erst vor einigen Tagen wurde die Internetseite der US-Armee, die allerdings auch hoch gesichert ist, gehackt und auf Offline gestellt und durch eine andere ersetzt. Das muss man sich einmal vorstellen. Man ist ins NASA-System, ins CIA-System eingedrungen. Dieses sichere System gibt es also nicht.

Kollege Zimmerhofer hat die Situation in Estland aufgezeichnet. Das ist, wie gesagt, wunderbar, nur muss es uns klar sein. Es gibt das sichere System digital nicht. Ein solches System ist manipulationsanfällig, vielleicht nicht mehr als das derzeitige System, das kann auch sein, weil dieses auch manipuliert wurde. Es ist sozusagen nicht so einfach, die gesamten Wahllokale zu manipulieren, aber es gibt auch den Stimmenkauf wie im Süden. Wir wissen, wie das funktioniert hat. Bei uns wird es auch die eine oder andere Schwierigkeit bei den Auszählungen gegeben haben.

Das Wahlgeheimnis ist nicht gewahrt, das muss klar sein. Ich hinterlasse auf jeden Fall, sobald ich im Internet bin - man muss sich das einmal vorstellen -, eine Spur. Es gibt das Tor-Netzwerk, vielleicht hat jemand einmal davon gehört. Das ist das sogenannte schwarze Internet, um es einmal so zu sagen, aber auch da, wenn ich nicht weiß, wie ich mich da hineinbewege, hinterlasse ich eine Spur und bin somit identifizierbar. Man hinterlässt auf jeden Fall eine Signatur, das muss uns klar sein, aber in einem Punkt würde das E-Voting mit Sicherheit einen Vorteil bringen. Ich bin auch überzeugt, dass es dazu führen würde, dass mehr Bürger sich an normalen Wahlen beteiligen würden, weil es dann doch so einfach wie möglich gemacht werden kann. Ich denke

schon, dass das eine wichtige Frage ist. Ich denke, dass auch die Unterschriftensammlung für Volksabstimmungen usw. digitalisiert werden kann. Wir hatten das schon einmal beim Volksabstimmungsgesetzentwurf der SVP, bei dem ich dagegen war, weil er in wesentlichen Teilen ein Nonsens war, um es einmal so zu sagen, aber bei dem Kollege Schuler federführend war und er das E-Voting, diese digitale Unterschrift vorsehen wollte. Auch damals haben wir bereits über die Sicherheit diskutiert. Prinzipiell bin ich auch der Meinung, dass man in diese Richtung gehen soll, aber es ist nicht sicher und das Wahlgeheimnis ist nicht mehr gewahrt. Das muss uns klar sein.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Genau aus diesen Gründen bin ich persönlich absolut gegen dieses Wahlsystem. Ich werde auch immer dagegen stimmen, weil ich diesem System nicht einen Millimeter vertraue. Ich sage auch, die Menschen müssen alle fünf oder alle drei Jahre schon noch die Zeit haben, in eine Wahlkabine zu gehen und ihre Stimme abzugeben. Mich ärgert auch immer ein bisschen, dass, wenn wir Wahlanalysen machen, wir immer über die Nichtwähler jammern und diejenigen, die wählen gegangen sind, nie loben. Wir weinen hier immer herum, dass die Leute nicht wählen gehen würden. Ich höre aber nie, dass jemand denjenigen, die wählen gegangen sind, gedankt hätte. Das sagen wir nie. Das sind immer noch viele. Ich muss ehrlich sagen, dass diejenigen, die nicht wählen gehen, nicht bestimmen. Das ist die Regel. Da gibt es einfach nichts herumzudeuten. Dann bestimmen eben viel weniger Menschen. Jeder soll pflichtbewusst auch wissen, wie wichtig die Wahlen in einer Demokratie sind. Dann muss man sich die Zeit nehmen hinzugehen, zu wählen und sein Stimme abzugeben. Danach soll ausgezählt werden.

Das sicherste System ist das heutige System. Deshalb würde ich davon nicht abgehen und überhaupt nicht ein elektronisches System einführen, weil wir dann durchkontrolliert sind. Das ist dasselbe wie mit dem bargeldlosen Zahlen, das man einführen will. Man will die Gesellschaft schlussendlich nur kontrollieren, und darum geht es. Somit geben wir auch die persönliche Freiheit immer mehr ab. Deshalb Hände weg.

Für mich ist es ein Antrag, der inakzeptabel ist. Es soll so sein, wie es ist. Ich appelliere an die Menschen, dass die Demokratie schon noch die Zeit haben muss, dass die Menschen sagen, dass sie am Sonntag wählen gehen, weil ihnen eine Wahl in der Demokratie ein sehr wichtiges Gut ist. Ob ich jetzt mit Politikern, mit Parteien einverstanden bin oder nicht, ist ein Kapitel, aber das ist ein Grundrecht, denn in anderen Ländern kann man nicht mehr wählen gehen. Ich lobe jene, die zur Wahl gehen. Wir sollten viel mehr auf diese Menschen schauen. Diejenigen, die heute nicht zur Wahl gehen, weil sie vielleicht zornig sind usw., wählen morgen elektronisch auch nicht. Was ist der Unterschied? Der Unterschied ist jener, dass man beim elektronischen System 5 Sekunden Arbeit und beim anderen 15 oder 30 Minuten Arbeit hat. Das kann nicht das Thema sein, wieso ich nicht wählen gehe. Weil ich mir eine halbe Stunde Zeit nehmen muss? Das sollten wir, meines Erachtens, nicht einmal unterstützen. Der Mensch soll sich damit befassen. Mir wäre es lieber, wenn wir die Gemeinderatswahlen etwas erleichtern würden. Man muss heute die Vorzugsstimmen ausschreiben, und das ist für Senioren ein riesengroßes Problem. Mir wäre es viel lieber, wenn wir sagen würden, dass wir bei den Gemeinderatswahlen wieder die Nummern einführen. Das wäre wichtig, weil sich viele alte Menschen darüber wirklich beschwert haben. In diesem Sinne vielen Dank und Hohes Haus sagen wir nein zu diesem Antrag.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Wir sagen ja zu diesem Vorschlag, und zwar sehr überzeugt, denn wir sind der Meinung, dass das Wählen so leicht wie möglich sein muss und dass es eigentlich, wenn man es sich genau überlegt, schon ein sehr alter Modus ist. Zu Zeiten von Kaiser Augustus haben alle nach Bethlehem gehen müssen, um sich zählen zu lassen. Heutzutage müssen wir alle an einem Tag in unsere Heimatgemeinde zurück, um dort in wenigen Stunden eine Wahl zu treffen. Gerade bei den letzten Gemeinderatswahlen, wo es so war, habe ich mir, während ich dort Schlage gestanden bin, überlegt, wie anachronistisch das eigentlich noch ist, wiewohl ich es immer noch beibehalten würde, aber dass wir in Zeiten, in denen Menschen sehr mobil sind, in denen Leute im Auslandsemester sind, in denen Leute irgendwo anders ihre Arbeit verrichten usw., darauf immer noch beharren, dass wir alle wieder in die Heimatgemeinde zurück müssen, ist ein Anachronismus für die heutige Demokratie.

Noch wichtiger ist es, das Wählen so einfach wie möglich zu machen. Diese Überlegung hatten wir auch schon bei der Briefwahl zu den letzten Landtagswahlen, wo es damals auch Schwierigkeiten in der Abwicklung gegeben hat und die Überlegungen gekommen sind, ob es überhaupt etwas Gescheites ist. Wir haben bei unseren Mitarbeiterinnen auch Frauen aus Deutschland, für welche die Briefwahl schon seit langer Zeit eine Selbstverständlichkeit ist, weil es sehr gut geregelt ist, funktioniert und das Ganze rechtzeitig abgewickelt ist. Wir können uns allerhand Beispiele holen.

Ich würde diesen Änderungsantrag unterstützen, zumindest diese Gelegenheit frei zu lassen, aber ich glaube, dass wir hier sichere Mechanismen entwickeln könnten oder dass es auf EU-Ebene möglich sein sollte. Auf jeden Fall ist das für uns eine unterstützenswerte Initiative im Sinne von einer Mobilität der Ideen, die manchmal weniger aufwendig ist als die physische Mobilität der Menschen.

**STIRNER (SVP):** Ich teile die Meinung meiner Vorrednerin voll und ganz und möchte daran erinnern, dass der erste Gesetzgebungsausschuss der vergangenen Legislaturperiode dem baltischen Land, nämlich Estland einen Besuch abgestattet hat. Ich muss sagen, dass wir alle tief beeindruckt waren, was man dort in Sachen E-Government, E-Voting macht und bereits gemacht hat. Natürlich gibt es im Internet Gefahren. Es stimmt, dass einerseits in Bezug auf die Sicherheit der Abgabe auch Vorbehalte geäußert werden können. Andererseits haben wir auch gesehen, wie Estland damit umgeht. Kollege Zimmerhofer hat es in seinem Begehrensantrag ausführlich geschildert, was Estland zum Beispiel macht, um die Abgabe der Stimme sicher zu machen. Ich glaube auch, wir sollten die Wahl so einfach wie möglich gestalten, um allen Menschen die Möglichkeit zu geben, daran teilzunehmen. Ich finde deshalb den Vorschlag der Kollegen Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle einen guten Vorschlag.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich schließe mich den Worten von meinen beiden Vorrednerinnen an. Ich denke, dass es an der Zeit ist, elektronische Systeme einzuführen. Die Einfachheit und der größere Komfort liegen auf der Hand. Man kann solche Online-Wahlen, die, wenn das System einmal steht, kaum noch was kosten, natürlich auch für Referenden einsetzen, da das Kostenargument nicht mehr existiert. Man kann es über mehrere Tage gehen lassen, wenn man die Schulen nicht blockieren muss. Vor allem kann man auf diese Art, denke ich, die jüngere Generation leichter ansprechen, weil es schwierig ist, sie zu bewegen, zu den Urnen zu gehen, aber nicht nur wegen den Themen, sondern auch wegen dieses Modus. Man könnte auch über ein Smartphone abstimmen. Das alles wäre mit diesen elektronischen Systemen möglich. Es gibt viele Beispiele. Auch von der Sicherheit her sind hier sehr viele Probleme gelöst worden.

Ich glaube, dass der Begehrensantrag im beschließenden Teil genau das Richtige verlangt, und zwar nicht, dass wir es von heute auf morgen einführen, sondern dass einmal die juristische Grundlage geschaffen wird und Südtirol an einem Pilotprojekt teilnehmen kann. Das ist, glaube ich, ein absolut intelligenter Vorschlag auch von der Herangehensweise. Ich werde diesen Vorschlag unterstützen.

**NOGGLER (SVP):** Estland macht es vor und wie Kollegin Stirner gesagt hat, haben wir uns dieses System in der letzten Legislaturperiode auch angeschaut. Auch Ihre Kollegin Eva Klotz, Herr Zimmerhofer, war mit dabei. Wir waren davon fasziniert.

In diesem Begehrensantrag wird verlangt, dass die notwendigen Rechtsgrundlagen für die elektronische Stimmabgabe geschaffen werden, dass in Südtirol Pilot-Versuche gemacht werden und dass bei Gemeinderatswahlen mittels Briefwahl gewählt wird. Der Südtiroler Landtag fordert das römische Parlament, die Regierung in Rom und das EU-Parlament auf, dass sie das machen sollen. Der Adressant ist der falsche. Für die Gemeinderatswahlen ist die Region und für die Landtagswahlen der Landtag zuständig. Wie Sie sicherlich auch wissen, sieht dies alles der Artikel 107 des Regionalgesetzes über die Gemeinderatswahlen bereits vor, und zwar, dass im Hinblick auf die eventuelle Einführung für die Direktwahl des Bürgermeisters und die Wahl der Gemeinderäte in sämtlichen Gemeinden der Region das Verfahren zur Stimmabgabe und Stimmzählung mit Hilfe elektronischer Geräte in den mit Dekret des Präsidenten der Region zu bestimmenden Sprengelwahlbehörden erprobt wird. Die Region würde sogar die Kosten für die Testwahl zahlen.

Jetzt ist es so, dass dies bereits in Trient erprobt wurde, und zwar seit fünfzehn Jahren. Damals hat man dies in der Gemeinde Trient und in einigen anderen Gemeinden, die ausgesucht wurden, gemacht. Man hat die Probeläufe so gemacht, dass nach der Wahl jeder Wähler in den Wahlkabinen diese Wahlmaschinen betätigen konnte, wie etwa in den USA. Man hat es auch in Friaul-Julisch Venetien bei Gemeindefusionen getestet. Dann hat man, leider, nicht mehr weitergemacht. Ich habe nachgefragt, wieso man nicht weitergemacht habe. Der Grund ist aus organisatorischer und wirtschaftlicher Natur. Das heißt, die Kosten sind viel zu hoch.

Was würden das für Kosten sein, weil auch gesagt wurde, dass es viel billiger und viel einfacher wäre? Die Kosten betragen bei der Erstanwendung zirka 20 Millionen Euro. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass man zu Hause aus mit Chip, elektronischem Personalausweis, Lesegerät, Passwörtern usw. arbeiten kann, sondern einzig und allein mit diesen Wahlmaschinen in den Wahlkabinen. Das wäre vielleicht ein erster Schritt. Man würde



vielleicht die Stimmen, die für ungültig erklärt werden, ausschließen, aber das andere würde man damit nicht lösen können. Diese Computer und Programme, wie Sie, Kollege Köllensperger, wissen, müssen immer wieder erneuert werden, wodurch zusätzliche Kosten entstehen und diese sind immens hoch. Man müsste in einer ersten Phase das alte System noch weiterführen, das zirka 2 Millionen Euro kostet. Nachdem es immense Kosten sind, will man es nicht machen.

Ich kann auch noch den Kostenfaktor nennen, was allein das Publizieren der Gemeindewahl heuer der Region gekostet hat. Allein die Resultate in den Computer zu stellen, hat 500.000 Euro gekostet. Wir haben das schon und es ist auch im Gesetz enthalten. Wir müssen niemanden beauftragen, dass er dies für uns irgendwo einbringt, sondern es ist bloß anzuwenden, wenn wir wollen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich habe jetzt nicht verstanden, ob Kollege Noggler dafür oder dagegen ist. Es war sehr hilfreich. Die Ausführungen, die wir hier gehört haben, sind richtig, und auch was den Zuständigkeitsbereich anbelangt.

Ich habe eine ganz einfache Frage. Es gibt ein Grundprinzip, dass die Wahl persönlich und geheim sein muss. Können wir das mit dieser Methode garantieren? Wenn das nicht garantiert werden kann, dann ist es verfassungsmäßig nicht in Ordnung. Die Wahl ist persönlich und geheim. Wer sagt mir, dass nicht jemand zu Hause für seine Mutter, für seinen Sohn und umgekehrt wählt? Wenn das nicht ausgeschlossen ist, dann kann ich nicht dafür sein. Es leuchtet mir ein, dass es toll und geschickt ist. Was sagen wir zur älteren Generation, die mit diesen Geräten nicht umgehen kann? Schicken wir diese alle wieder auf eine Schule?

**ABGEORDNETE:** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich stelle ganz praktische Fragen. Es leuchtet ja ein, dass es toll ist. Ich kann es mir persönlich für mich schon vorstellen, aber wir haben auch die Garantie zu geben, dass die Wahl persönlich und geheim abläuft. Wenn das mit einem solchen System garantiert werden kann, dann sage ich ja, sonst sage ich nein.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich plädiere, dem Antrag zuzustimmen, weil dies zukünftig, nachdem wir in der Vorbereitung der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über die Direkte Demokratie sind, wichtig ist. Gerade für Volksabstimmungen ist es wichtig, diese so einfach und so schnell wie möglich zu vollführen. Wenn, wie gesagt wurde, eine Wahl sozusagen 2 oder 3 Millionen Euro kostet und der ganze bürokratische Aufwand auf einen zukommt, dann ist gerade in Bezug auf Volksabstimmungen dieses E-Voting die einfachste und auch kostengünstigste Möglichkeit. Das ist auch eine Willensbekundung. Hier in diesem Hohen Haus wurde schon mehr beschlossen, ob wir zum Beispiel für einen arbeitsfreien Sonntag sind. Obwohl es so vorgesehen ist, hat man auch eine Willensbekundung geäußert. Die Politik kann sehr viel in diese Richtung lenken sozusagen und zum Ausdruck bringen. Genau das hat nichts damit zu tun, ob es hier um Strahlen oder nicht um Strahlen geht, ob es um ältere Menschen geht, die damit zu Recht kommen oder nicht, sondern es gibt auch Möglichkeiten. Hier wird die Möglichkeit für das E-Voting geboten, was aber nicht heißt, dass die andere Möglichkeit, mit den Stimmzetteln abzustimmen, ausgeschlossen wird. Das eine und das andere ist möglich. Hier wird den Menschen eine zusätzliche Möglichkeit geboten und das ist wichtig. Hier ist es auch wichtig, auf kurze Prozesse, auf gute Möglichkeiten zu setzen. Das wird durch das E-Voting möglich.

Bei bestimmten Aussagen verstehe ich Folgendes nicht. Will man somit anderen Ländern vorwerfen, dass ihre Wahlen nicht glaubwürdig sind? Wenn man aber im Internet zum Beispiel den Suchbegriff "gefälschte Wahlzettel" oder "Wahlbetrug" eingibt, dann kommen unzählige Ergebnisse, wo es einen Wahlbetrug gegeben hat. Auch in Deutschland wurde ein Wahlbetrug über Stimmzettel aufgedeckt. Vor wenigen Jahren, wenn es mich nicht täuscht, wurde selbst über Berlusconi ... In Sizilien sind Kisten aufgetaucht, in denen gefälschte Wahlzettel drinnen waren. Von dem her bedeutet es nicht, dass das derzeitige Wahlsystem absolut sicher ist. Deshalb muss man schon ein bisschen abwägen, dass das eine nicht so perfekt ist.

Hier wird eine Voraussetzung geschaffen, gerade in Bezug auf die Volksabstimmungen, in Bezug auf die direkte Demokratie, dass so viel Wahlberechtigte wie möglich auf einfachste Art und Weise dieses Wahlrecht auch nutzen können. Ich beantrage eine getrennte und namentliche Abstimmung.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Jetzt sage ich doch etwas. Ich bin bei diesem Thema etwas hin- und hergerissen. Ich war damals auch mit der ersten Gesetzgebungskommission in Estland. Was ich dort festgestellt

habe, ist, dass ein ganz anderer Zugang zu dieser Thematik grundsätzlich innerhalb der Bevölkerung vorherrscht, als es bei uns der Fall ist. Diese Gesellschaft dort wächst von klein, sagen wir mal, elektronischer auf, als wir es hier tun. Bei uns fehlt in vielen Dingen auch noch die Sensibilität.

Ich bin auch dafür, dass bestimmte Dinge vielleicht vereinfacht werden, denn ich möchte hier als Beispiel auch das Online Banking einwerfen. Ob dieses hundertprozentig sicher ist, weiß ich nicht, aber ich denke, dass viele von uns dieses auch nutzen und sich darüber auch wenig Gedanken machen, ob man Spuren hinterlässt oder ob es irgendwie gefälscht werden kann, aber so primäre Fragen würde ich nicht so pauschal über Bord werfen.

Es ist für mich schon wichtig, dass gewährleistet ist, dass meine Mutter abstimmt und nicht ich für meine Mutter oder für meinen Bruder abstimme oder mein Vater für uns alle abstimmt, wie es vielleicht in bestimmten Familien der Fall wäre, wenn man ihnen erst einmal den Schaltknopf in die Hand drückt. Wenn das tatsächlich möglich wäre, dann bin ich dagegen, weil eine Wahl auf jeden Fall frei und geheim sein muss. Das sind auch die Argumente, wenn man in Suchmaschinen die Begriffe eingibt, die überall diskutiert werden, ob eine Wahl noch geheim ist.

Es stimmt, auch Wahlkabinen, also die herkömmliche Wahl kann gefälscht werden. Das haben wir alle erlebt und das sage ich ganz offen. Ist es kein Wahlbetrug, wenn in Südtirol lange Zeit einigen Menschen der Satz "Wenn Du anders wählst, dann kriegst Du die Rente nicht" eingetrichtert wurde? Für mich ist auch das Wahlbetrug. Wir kennen die ungeheuerlichsten Beispiele auch aus unserer eigenen Heimat. Deswegen hier nur Berlusconi ins Feld zu führen, ... Wir können nur vor der eigenen Haustüre kehren, denn wir wissen alle, wie es bei uns bei Gemeinderatswahlen zugeht. Ich rede jetzt noch von der Vergangenheit, heute ist es sicher besser. Aber ich denke, dass, wie soll ich sagen, die Schwierigkeit schon darin liegt, inwieweit jemand noch selbst überhaupt wählt oder inwieweit es möglich ist, dass dieses Recht jemandem auch genommen wird oder er selbst irgendwo gar nicht diese Möglichkeit in Anspruch nehmen kann.

Ich möchte die Landesregierung fragen, ob sie sich diesbezüglich näher auseinandergesetzt hat. Ich nehme das Beispiel vom Online Banking. Ich weiß, die Bayern möchten 2018 die Landtagswahl auch das erste Mal über das E-Voting abhalten und haben als Hauptargument gerade das Online Banking genannt. Sie haben gesagt, wenn Bankgeschäfte Online möglich sind, dann muss es die Wahl auch sein. Hier kenne ich mich technisch echt zu wenig aus, aber bei uns fehlt vielfach die Sensibilität. In anderen Ländern gibt es überall einen kostenlosen WLAN Zugang. Da sind wir hier wirklich noch weit entfernt, Entwicklungsland, aber, wie gesagt, wir haben uns vorhin auch dagegen ausgesprochen.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Ich möchte mich aufrichtig für diese interessante Diskussion bedanken. Ich glaube, wir haben alle Themen rund um das Thema E-Voting auf der Platte. Ich werde inhaltlich wahrscheinlich nicht weiß Gott was ergänzen können, aber was ganz klar sichtbar geworden ist, ist im Prinzip das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen.

Einige Punkte kann ich noch zu dieser guten Debatte ergänzen. Es muss zum Schluss allerdings etwas die Spaßgrenze sein, das nehme ich vorweg, weil wir in der Abwägung dieser unterschiedlichen Standpunkte schon der Meinung sind, Bezug nehmend auf das, was Kollegin Mair gesagt hat, dass wir uns – das sage ich hier als Informatiklandesrätin – in vielen Punkten noch weit bewegen müssen, damit wir dahin kommen, ein gutes und sicheres System zu haben. Wir möchten daran arbeiten, aber Sie haben recht. Ich wünschte mir, ich weiß nicht wie oft am Tag, dass manches schneller geht und auch gehen muss. Wir müssen schrittweise anfangen, damit wir irgendwann einmal dahin ankommen, dass wir ein gutes System finden, wo wir es auch testen können. Ich erlaube mir aber doch einige Punkte aufzugreifen.

Hier ist auf Estland verwiesen worden. Kollege Zimmerhofer hat treffend ausgeführt, dass es rund um das Thema E-Voting viele gute Argumente gibt. Diese will ich gar nicht unerwähnt lassen: Die schnelle Stimmauswertung, weniger Zählfehler, die Möglichkeit von Orts unabhängigen Abstimmungen, deshalb wahrscheinlich die Kombination mit der Briefwahl. Das sind sicher die Vorteile dieses Systems. Allerdings gibt es – diese wurden alle schon genannt - eine Reihe noch nicht gelöster oder unzureichender objektiver Problematiken rund um juristische und organisatorische Aspekte. Es fehlt an dieser Stelle, wie gesagt, die digitale Kompetenz. Sie haben von den "digital natives" und "digital gaps" gesprochen - das haben wir hier schon erwähnt -, also jene, die mit dem System aufwachsen. Ich habe meiner Tochter viel zu lernen, wie sie das nutzen.

Wir haben letztlich eine Aussprache mit dem Seniorenbund gehabt, bei der die Senioren darauf hingewiesen haben. Laut ASTAT fällt die Rate der Nutzer der digitalen Systeme – Menschen ab 50, vor allem ab 60 - ganz, ganz massiv nach unten. Wir müssen im Bereich der Information, der Fortbildung viel mehr leisten und

es schaffen, ein bisschen Begeisterung für die Geschichte zu erwecken. Unheimlich freut es mich, wenn die Senioren diese Zugangsängste überwinden. Wenn sie den Zugang schaffen, dann nutzen sie auch das Tablet, aber das sind leider noch wenige. Deshalb müssen wir noch viel tun.

Sie verweisen in Ihrem Antrag auf einen Artikel, welchen ich ganz kurz erwähnen möchte. In den Fußnoten wird die Internetadresse <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/12/04/estland-fuehrt-staatsbuergerschaft-fuer-avatare-ein/>. Estland: E-Voting führt zu höherer Wahlbeteiligung, angeführt. Es ist richtig, denn im Titel steht zwar, dass das E-Voting zu höherer Wahlbeteiligung führt, aber im gleichen Artikel steht, dass auch der Staat Estland insbesondere wegen der technischen Anfälligkeit des Online-Voting-Systems heftig kritisiert wird und dass Experten letztendlich in diesem Artikel auch zum Punkt kommen, dass das System, so wie es auch Estland angewendet hat, noch nicht ausgereift ist und nachgebessert werden muss.

Voraussetzung für das E-Voting - das ist heute schon mehrmals genannt worden - ist eine sichere elektronische Identifizierung. Estland hat schon das, wo wir in Italien noch daran arbeiten, und zwar an einem elektronischen Pass. Diesbezüglich sind wir in Italien noch etwas hinten. Wir haben vorgestern ein Schreiben der zuständigen Ministerin Madia bekommen dahingehend, dass sie die Einführung der elektronischen Identität vorantreiben möchte und hat angekündigt, dass dies ganz schnell passieren soll. Diese digitale Identität ist dann eine wichtige Voraussetzung für das digitale Bürgerkonto, das wir auf Landesebene eingeführt haben, das es aber auf Staatsebene noch nicht gibt. Das müssen wir vernetzen, damit die Bürger diese Dienste über dieses Bürgerkonto ohne Lesegerät, ohne Bürgerkarte mobil nutzen können. Da arbeiten wir gemeinsam in die gleiche Richtung, sitzen auch an den Tischen in Rom mit, um das zu beobachten, damit wir es nicht in eine andere Richtung bauen als im restlichen Staatsgebiet.

Kollege Leitner, Artikel 48 der Verfassung sieht im Absatz 2 wichtige Grundprinzipien des Wahlrechtes vor. Wer wählt die Identifizierung? Wer garantiert, dass zu Hause derjenigen, der sich im System anmeldet, auch derjenige ist, der den Wahlknopf drückt?

Der zweite Punkt ist sicher die geheime Abstimmung. Kollege Pöder, in diesem Bereich bin ich nicht der ausgewiesene Experte, aber es ist richtig, dass wir überall unsere Spuren hinterlassen und dass wir, wenn wir ein solches System einführen möchten, damit leben müssten, dass es für die einen oder anderen, wenn er will, nachvollziehbar wird.

Beim Online Banking liegt die Sicherheit des Systems darin, dass ich garantiert haben muss, dass der Zugriff verwehrt ist und der Nutzer ganz klar sein muss. Bei der geheimen Abstimmung müsste ich erreichen, dass ich einerseits die richtige Identifizierung sicherstelle, aber andererseits, dass es nicht nachvollziehbar ist, damit die Abstimmung geheim sein kann. Diesbezüglich besteht, muss ich sagen, sicher noch Verbesserungsbedarf.

Es gab zu den bereits genannten andere Beispiele in Österreich. Österreich hat sich schon früh mit dem Thema E-Voting befasst und ein relativ technisch sicheres System für die Durchführung solcher Wahlen realisiert und auch schon Testwahlen durchgeführt. Bei den ÖH Studentenwahlen scheint mir auf, dass diese mit E-Voting-System durchgeführt wurden, aber auch in Österreich hat man sich noch nicht dazu durchgerungen, politische Wahlen mit diesem System durchzuführen. Diese Doppelgleisigkeit führt zu enormen Kosten, die Kollege Noggler – ich danke ihm für seine Ausführungen – sehr präzise auf den Punkt gebracht hat.

Insofern habe ich schon angekündigt, ein bisschen die Spaßbremse zu sein. Wir werden diesen Vorschlag ablehnen, allerdings, wie gesagt, bin ich froh, wenn Sie uns helfen mitzudenken, wohin wir uns bewegen möchten. Ich sehe diese Nutzung vielleicht einmal in einer Testphase bei einer Bürgerbeteiligung. Das wäre schon einmal eine spannende Geschichte. Das könnte man vielleicht in diesem Gremium auch andenken. Wir müssen darüber reden, wie wir es finanzieren. Vielleicht finden wir eine EU-Schiene, wo wir das Geld anzapfen können. Ein Testlauf wäre eine Supersache, aber ich würde es auf diese Geschichte begrenzen. Ich möchte zu diesem Thema nicht mehr viel sagen, sondern einige Punkte hinzufügen.

Was tut sich? Ganz schlafen tun wir auch nicht. Wir haben gestern in der Landesregierung eine Verordnung zur papierlosen Verwaltung, wenn Sie so wollen, zu einer stärkeren Digitalisierung innerhalb der Landesverwaltung mit den Bezirksgemeinschaften und Gemeindeverwaltungen beschlossen. Entsprechende Informationen gehen heute als Pressemitteilung hinaus. Das digitale Bürgerkonto haben wir bei uns schon eingerichtet, wo nur die Online-Dienste des Landes über dieses Bürgerkonto genutzt werden können. Wir können die Bürgerkarte noch nicht verschrotten, weil wir diese für die digitalen Online-Dienste auf nationaler Ebene weiterhin brauchen. Wenn das einmal eingeführt würde, dann könnten wir ... Bitte?

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Auf staatlicher Ebene! Wenn das einmal eingeführt würde, dann könnten wir uns anpassen. Wir arbeiten – das wissen Sie vielleicht auch – mit diesem digitalen Bürgerkonto auch an einer digitalen Identität. Da tut sich einiges, und wie gesagt, für Anmerkungen bin ich immer offen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle. Wie gesagt, wir werden den Begehrensantrag nicht annehmen, aber lassen Sie uns gemeinsam weiterdenken.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich danke allen für die angeregte Diskussion.

Ich möchte als Listenvertreter noch ein Beispiel nennen. Bei der Auszählung der Bürgermeisterwahl haben wir hunderte und tausende Stimmen gezählt, wobei zum guten Schluss eine gefehlt hat. Wir haben sage und schreibe dreimal alles durchgezählt, bis wir dann draufgekommen sind, dass in einer anderen Box der andere Stimmzettel lag. Da sieht man, wie rückständig und mittelalterlich hier noch gearbeitet wird.

Kollege Leitner, Du hast heute gefragt, ob wir fortschrittsfreundlich oder technologiefeindlich sind und was die Wahl anbelangt, ob diese persönlich und geheim ist. Das ist einfach so. Diesbezüglich gibt es in Estland die Rechtsgrundlage. Ich habe eigens die Grafik hinzugefügt, wie es abläuft und gehandhabt wird. Es ist sichergestellt, dass diese persönlich und geheim ist. Du hast gefragt, ob das jetzt nur das E-Voting ist. Das kann jeder parallel machen. Wenn heute eine ältere Person dies nicht kann, dann kann sie selbstverständlich mit dem alten System die Abstimmung machen, aber die E-Voting-Rate ist ständig im Wachsen begriffen. Ich bin der Meinung, dass dies schon fortschrittlich ist. Wenn das Online Banking heute möglich ist, bei dem sehr viel Geld im Spiel ist und es auch sicher abläuft, dann muss es auch bei den Abstimmungen möglich sein.

Kollege Stocker, wenn heute Wahlen manipuliert werden können, dann ist das auch bei den herkömmlichen Wahlen möglich. Das hören wir immer wieder. Das ist sicher gegeben.

Kollege Noggler, wenn das schon in einem Regionalgesetz so drinnen steht, dann frage ich mich, wieso das nie umgesetzt wurde. Im Regionalrat sind wir heute noch bei den Abstimmungen, bei denen wir die Hand aufheben müssen. Wir müssten endlich einmal ein bisschen fortschrittlicher denken.

Was die Kosten anbelangt, sind diese am Anfang natürlich höher, aber wir sind immer soweit, dass wir selber alles erfinden müssen. Die Schweiz und Norwegen sind keine Entwicklungsländer. Diese haben das schon länger in Ausarbeitung oder in Betrieb. Das muss man sich einmal anschauen. Vielleicht kann man einmal das Programm – man muss es nicht kopieren – günstig kaufen. Dann werden die Kosten mittel- und langfristig sinken. Für uns wäre dies wichtig, denn wir wollen die Bürgerbeteiligung forcieren. Dann hört man immer wieder, dass die Kosten zu hoch seien. Die Bürgerbeteiligung mit E-Voting ginge ruckzuck und würde auch wenig kosten.

Dass dies auf staatlicher Ebene im großen Format nicht funktioniert, dass dies in Italien landesweit nicht geht, ist mir schon klar, aber im kleinen Raum müssten wir das schon in Griff bekommen.

Es geht nur darum, dass wir europaweit die Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass wir das ermöglichen können. Das wäre für Südtirol natürlich ein großer Fortschritt, weil wir technisch immer an vorderster Front sind. Das wären Arbeitsplätze, das wäre für uns sehr fortschrittlich und innovativ. Die Schweiz und Norwegen sind keine Entwicklungsländer. Wenn diese das machen, dann sollten auch wir imstande sein, dies durchzuführen.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Begehrensantrag Nr. 40/15 im Sinne des von der Abgeordneten Atz Tammerle gestellten Antrages einer namentlichen Abstimmung nach getrennten Teilen ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 6 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 34 anwesende Abgeordnete, 29 abstimmende Abgeordnete, 5 nicht abstimmende Abgeordnete (Blaas, Knoll, Pöder, Stirner, Widmann).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Foppa, Heiss, Köllensperger, Mair, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Artioli, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Leitner, Mussner, Noggler, Oberhofer, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stocker M., Stocker S., Theiner, Tinkhauser, Tommasini, Tschurtschenthaler, Wurzer.

Folgender Abgeordnete hat sich der Stimme enthalten: Urzì.

Ich eröffne die Abstimmung über den beschließenden Teil:

(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – *Votazione per appello nominale con procedimento elettronico*)

Abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen. 34 anwesende Abgeordnete, 31 abstimmende Abgeordnete, 3 nicht abstimmende Abgeordnete (Knoll, Stirner, Widmann).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Foppa, Heiss, Köllensperger, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Artioli, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Leitner, Mussner, Noggler, Oberhofer, Pöder, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stocker M., Stocker S., Theiner, Tinkhauser, Tommasini, Tschurtschenthaler, Urzi, Wurzer.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Blaas, Mair.

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 384/15 vom 26.5.2015, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend eine bessere Vertaktung der Personenzüge am Bahnhof Bozen Kaiserau"**.

Punto 12 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 384/15 del 26.5.2015, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante: Aumentare la frequenza dei treni di passaggio per la stazione Bolzano Casanova"**.

*Bekanntlich halten die nach bzw. von Meran kommenden Zügen am Bahnhof Bozen Kaiserau nur stündlich, während sie an den anderen Bahnhöfen (ausgenommen Siebeneich und Vilpian) eine halbstündliche Vertaktung haben. Dies obwohl das Einzugsgebiet der potentiellen Fahrgäste, die in der neuen Stadtsiedlung Kaiserau und in der Ortler-, Similaun- und Reschenstraße wohnen, groß genug wäre, um vorrangig derart dichtbevölkerte Wohngebiete anzuschließen. Es handelt sich nämlich um das am dichtesten besiedelte Stadtviertel längs der Bahnlinie Bozen-Meran. Dass eine derartige Maßnahme notwendig wäre, beweisen allein die im Jahr 2014 durchgeführten Fahrkarten-Entwertungen. In diesem Stadtviertel wurden zirka 400 Unterschriften für einen verbesserten Zuganschluss und eine bessere Vertaktung gesammelt. Bis zur Verdoppelung der Bahngleise – was notgedrungen länger dauern wird – und nach Überprüfung der technischen Durchführbarkeit einer besseren Vertaktung am Bahnhof Kaiserau mittels Fahrplanänderungen, ohne dabei die Ankunfts- bzw. die Abfahrtszeiten von Bozen und Meran anzutasten,*

*verpflichtet*

*der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung,*

- 1. durch die zuständigen Ämter der Abteilung Mobilität die Möglichkeit einer besseren Vertaktung am Bahnhof Bozen-Kaiserau überprüfen zu lassen;*
- 2. einen Arbeitstisch mit RFI einzurichten mit dem Ziel, einen neuen Fahrplan auszuarbeiten, sollte die unter Punkt 1 vorgesehene Möglichkeit als durchführbar erachtet werden.*

-----

*È noto che nella stazione ferroviaria di Bolzano Casanova i treni da e per Merano si fermano solo con cadenza oraria, mentre nelle altre stazioni della linea ogni mezz'ora (salvo Settequerce e Vilpiano). E questo malgrado il bacino di utenza potenziale del nuovo quartiere Casanova e delle vicine vie Ortles, Similaun, Resia andrebbe a giustificare una preferenza per una zona tanto popolosa. Il rione rappresenta infatti il nucleo urbano più densamente abitato tra quelli presenti sulla linea Bolzano-Merano. Anche i dati riguardanti le oblitterazioni per l'anno 2014 (il primo per la nuova stazione) indicano che un intervento sarebbe doveroso. Nello stesso quartiere erano state raccolte circa 400 firme per chiedere di ampliare l'offerta di corse, rendendo il cadenzamento più frequente. Nell'attesa – inevitabilmente lunga – del raddoppio della linea ferroviaria e verificato che l'obbiettivo di aumentare le fermate nella stazione Casanova è tecnicamente fattibile con opportune modifiche all'attuale orario, senza variare gli arrivi e le partenze da Bolzano e Merano,*

*il Consiglio della Provincia*

*autonoma di Bolzano*

● ● ● ● ● ● ● ●  
*impegna*  
*la Giunta provinciale*

1. a valutare nei competenti uffici dell'assessorato alla Mobilità un cadenzamento più frequente nella stazione di Bolzano Casanova;
2. ad aprire un tavolo di confronto con Rfi per implementare un nuovo orario, nell'eventualità che il punto 1 dovesse fornire riscontri positivi.

Kollege Köllensperger, bitte.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Die Sachlage ist, glaube ich, bekannt. In Bozen Kaiserau gibt es mittlerweile auch einen Bahnhof, an dem die Züge momentan nur stündlich halten. Bereits vor einem Jahr wurde versprochen, dass man darauf hinarbeiten wird, die Frequenz zu erhöhen. Das hat auch einen guten Grund, denn ein Blick auf die Tabelle der Fahrkartenentwertungen sowohl des Jahres 2014 als auch 2015 deutet ganz eindeutig darauf hin, dass dieser Bahnhof mit dem Stellenwert doch über vielen anderen Bahnhöfen auf der Linie Bozen-Meran steht. Es waren 31.000 Entwertungen im Jahr 2014, als der Bahnhof noch völlig neu war und es noch keine Gewöhnung gab, dass dieses neue Mittel zur Verfügung steht und auch nur mit einem einzigen Halt pro Stunde. Heuer, 2015 bis jetzt, sind die Entwertungen über 3.000 pro Monat, wobei, wie gesagt, diese Haltestelle doch über zahlreichen anderen Haltestellen liegt. Das ist auch logisch, denn die Bevölkerungsdichte im Gebiet Casanova, in der anschließenden Reschenstraße und in anderen Wohngebieten ist doch ziemlich hoch, denn hier wohnen viele tausend Menschen.

In vielen anderen Bahnhöfen, die weniger Bedeutung haben oder weniger Entwertungen zählen, gibt es momentan eine halbstündliche Vertaktung. So zum Beispiel in Gargazon, in Vilpian, wo die Züge viermal, zweimal hinauf und zweimal hinunter, in der Stunde stehen bleiben. Dies obwohl das Einzugsgebiet dieser potentiellen Fahrgäste geringer wäre als jenes zum Beispiel in der Siedlung Kaiserau.

Eine derartige Maßnahme wäre notwendig, denn das beweisen die Fahrkartenentwertungen. Es sind auch andere Überlegungen, die hier einfließen, die einen Grund mehr bieten, warum man diesen Bahnhof besser vertakten sollte. Eines ist, dass die SASA, die Buslinie 16, jetzt abgeschafft wird. Das Zweite ist, dass man vom Stadtviertel Kaiserau, um ins Zentrum zu kommen, mit dem Bus zirka 25 Minuten braucht, während dies der Zug von Kaiserau bis zum Bahnhof in 7 Minuten schafft. Außerdem ist geplant, dass anscheinend die "Azienda dei servizi sanitari" vor diesem Bahnhof seinen neuen Hauptsitz aufschlagen soll. Man kann davon ausgehen, dass dadurch dieser Bahnhof noch populärer wird und noch mehr Bedarf da ist, dass man ihn hier gut anbindet.

Die Verdoppelung der Bahngeleise und die Begradigung der Bahnlinie Bozen-Meran sollte man nicht abwarten. Natürlich wäre damit das Problem gelöst, aber das wird notgedrungen etwas länger dauern.

Es ist mir auch vollkommen bewusst, dass nicht auf allen Bahnhöfen der Linie Bozen-Meran die Züge jede halbe Stunde stehen bleiben können. Das ist nicht möglich, wenn man den Fahrplan beibehalten will. Es ist mir auch vollkommen bewusst, dass der Stundenplan für die Abfahrtszeiten in Bozen und in Meran so beibehalten werden muss, weil die Anbindung an alle anderen, vor allem an Trenitalia große Probleme bereiten würde, wenn man diesen Fahrplan umändern würde.

Es ist aber auch möglich - das ist im Grunde genommen die Forderung dieses Beschlussantrages -, dass man Kaiserau besser anbindet, und zwar auf folgende Art: Es wäre möglich, dass man die aktuellen zwei Halte auf drei erhöht, vier geht nicht, aber drei wären möglich. Wir haben dies auch mit Hilfe eines Experten, der die Strecke abgefahren ist, mit einer Stoppuhr getestet. Das ließe sich machen, wenn man dafür die Haltestelle Siebeneich nach 8 Uhr und vor 19 Uhr auslassen würde, die momentan nur ein Halt auf Anfrage ist, der oft nicht durchgeführt wird, aber trotzdem nicht die vollen zwei Minuten eines normalen Haltes ist, aber doch einiges kostet, weil der Zugchauffeur den Zug verlangsamen und schauen muss, ob nicht jemand auf dem Bahngleis steht und einsteigen will. Wenn man das nach 8 Uhr bis 19 Uhr weggeben würde, dann würde sich ein Halt mehr idealerweise in Richtung Bozen Bahnhof am Zugbahnhof Kaiserau ergeben. Von zwei würde man auf drei gehen, nicht auf vier, was die Ideallösung wäre, und damit würden, wohlgemerkt, die Abfahrtszeiten in Bozen und Meran genau gleich bleiben. Es würde sich also kein Problem ergeben, dass man hier die gesamten Fahrpläne mit Trenitalia überarbeiten müsste.

Eine Möglichkeit hätte man noch, um etwas mehr Raum zu schaffen. Das wäre zum Beispiel in Gargazon, das ein sehr schwach besuchter Bahnhof, laut der Entwertungen, ist, wo momentan vier Halte pro Stunde sind, dass man auf drei heruntergeht. Das sollte aber gar nicht nötig sein. Ich denke, wenn man das in Siebeneich nach 8 Uhr mit einem Halt weniger macht, dann ist es zeitlich möglich. Jeder, der den Bahnhof Siebeneich in der Früh

verwendet, weiß es, denn die Benutzer kommen mit dem Auto und parken vor dem Bahnhof und fahren von Siebeneich weg. Wenn man schon mit dem Auto kommt – Terlan ist von Siebeneich einen Kilometer weit entfernt -, dann könnte man auch in Terlan einsteigen. Ich glaube nicht, dass man hier jemanden besonders benachteiligt.

Es ist ein bekanntes Problem, und zwar Folgendes. Es war bereits eine Unterschriftensammlung gestartet. Die Züge, die in Kaiserau halten - es sind nur drei am Tag, nebenbei zu besonders ungünstigen Uhrzeiten -, sind behindertenfreundlich. Dies beschränkt sich nicht nur auf jene im Rollstuhl, sondern auch auf die Frauen, die die Kinder in ihrem Kinderwagen haben. Es gibt Züge, die den flachen Einstieg haben, ohne dass man Treppen steigen muss, und behindertenfreundlich sind, aber auch familienfreundlich, weil man dort mit dem Kinderwagen sehr leicht hineingehen kann. Momentan ist es so, dass es von Meran nach Bozen einen einzigen Zug gibt. Diese Züge hat überhaupt nur die SAD, denn Trenitalia hat keine. Laut Auskunft von Hopfinger wird sich dies bis 2020 ändern. Die SAD-Züge gibt es, welche diese Möglichkeit haben, aber momentan halten hier nur drei am Tag, einer von Meran nach Bozen um 20.18 Uhr und zwei von Bozen nach Meran hinauf, aber auch zu ungünstigen Uhrzeiten. Der zweite ist jener um 22.11 Uhr und das ist natürlich nicht eine sehr populäre Uhrzeit. Deswegen glaube ich – das steht im Beschlussantrag nicht drinnen, möchte es aber mündlich hinzufügen -, dass man hier in diese Richtung etwas mehr Sensibilität wahren lassen sollte. Es ist nicht ganz leicht. Ich weiß, dass man das rollende Material nicht beliebig einsetzen kann, wenn man will, aber man sollte zumindest versuchen, etwas familien- und behindertenfreundlicher zu sein. Das ist, glaube ich, soweit recht klar.

Im beschließenden Teil geht es darum, dass der Südtiroler Landtag die Landesregierung verpflichtet, durch die zuständigen Ämter der Abteilung Mobilität die Möglichkeit einer besseren Vertaktung am Bahnhof Bozen-Kaiserau überprüfen zu lassen. Wie gesagt, laut Stoppuhr gibt sich diese Möglichkeit von zwei zumindest auf drei Halte pro Stunde hinaufzufahren; einen Arbeitstisch mit RFI einzurichten mit dem Ziel, einen neuen Fahrplan nur intern auf der Linie Bozen-Meran auszuarbeiten, sollte die unter Punkt 1 vorgesehene Möglichkeit als durchführbar erachtet werden.

Ich denke, das wäre ein sinnvoller Beschluss, denn technisch besteht die Möglichkeit. Man kann das laut Beschlussantrag noch einmal mit den zuständigen Ämtern prüfen. Sollte sich diese technische Möglichkeit, so wie wir es selbst geprüft haben, effektiv bestätigen, dann wäre es, glaube ich, eine sehr sinnvolle Entscheidung, hier einen Halt pro Stunde mehr einzuführen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Dies ist ein von unserer Seite sehr unterstützungswerter Vorschlag. Der Bahnhof von Kaiserau war auch Gegenstand der ersten oder zweiten Anfrage, die ich selbst in meiner Zeit hier im Landtag gemacht habe, weil es gerade in die Anfangszeit des Bahnhofs Kaiserau gefallen ist. Dort haben einige Anlaufschwierigkeiten bestanden, was den Stundenplan betraf. Damals war gerade in der Stoßzeit am Morgen ein großes Loch zu verzeichnen – ich habe es nachkontrolliert -, das inzwischen behoben ist, aber trotzdem ist es so, dass außer in den Stoßzeiten am Morgen nur stündlich ein Zug verkehrt, es sei denn man steigt um. Eine Umsteigemöglichkeit gibt auch die Fahrplanseite des Landes her, allerdings sind dort drei Umsteigemöglichkeiten zwischen Bozen Kaiserau und Bozen Bahnhof drinnen. Vielleicht sollt man diese Seite überprüfen, denn dies ist ziemlich grotesk, wenn man es dann auch wirklich durchziehen möchte.

Der Vorschlag findet unsere Unterstützung. In Kaiserau leben über 3.000 Personen. Das ist ein mittleres Südtiroler Dorf, das den Bahnhof sehr stark nutzt, diesen Bahnhof auch für die eigene Lebensqualität als sehr wichtig empfindet. Alles, was noch Verbesserung schaffen kann, wird auf jeden Fall von uns unterstützt werden.

**PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien):** Ich glaube auch, dass es eine gute Idee ist, wie Kollege Köllensperger schreibt. Das würde die Abfahrts- und Ankunftszeiten in keinsten Weise berühren, denn es gibt Wartezeiten mitten drin. Die Züge bleiben oft einige Minuten stehen und dann verkürzt man halt dort die Wartezeiten und damit hat es sich. Ich denke auch, dass es ein sehr dicht besiedeltes Gebiet ist. Alles, was dazu beiträgt, den Verkehr auf dieser Strecke in irgendeiner Form zu verringern, ist sicherlich unterstützenswert.

Wir haben insgesamt immer noch die Problematik – das steht auch in der Prämisse -, dass die zweite Schiene, die doppelte Schiene, leider Gottes, nicht existiert. Die MeBo ist die meist befahrene Straße Südtirols mit, glaube ich, 28.000 Autos pro Tag, gezählt bei Vilpian. Das sind mehr Autos als auf der Brennerautobahn im Abschnitt Brixen-Bozen-Süd, ganz einfach deshalb, weil die beiden größten Städte durch die MeBo verbunden werden. Ich denke, um es noch einmal hier anzumerken, dass es weiterhin das Bestreben sein muss, diese zweite Schiene auf der Strecke Bozen-Meran zu errichten, allerdings hat man diesbezüglich technische Bedenken. Man ist der Meinung, dass es gar nicht geht.

Es gibt auch Alternativlösungen. Es wäre zum Beispiel möglich, dass man eine bestimmte Strecke bei Sigmundskron, eine längere Strecke hinauf oder hinunter oder ab Terlan, vielleicht einen Kilometer, und zwar dort, wo es technisch machbar ist, dass man dort auf einer kürzeren Strecke, nicht die gesamte Strecke, diese doppelte Schiene macht. Dann würde das auf jeden Fall eine Erhöhung des Taktes ermöglichen, weniger Wartezeiten und ein bis zwei Züge, wenn nicht sogar drei Züge pro Tag mehr, bedeuten. Der Takt wäre noch höher zu gestalten als er derzeit bereits ist. Man müsste nicht durchgehend eine zusätzliche Schiene von Meran nach Bozen machen, sondern vielleicht einen Kilometer lang auf einer bestimmten Strecke, und zwar dort, wo es geht, wo es technisch relativ einfach und nicht so kostenintensiv machbar ist. Damit könnte man dann die Wartezeiten, die Kreuzungen an den Bahnhöfen vermeiden und man hätte die zusätzliche Schiene auf einem anderen Weg realisiert.

**MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP):**

Auf der eingleisigen Strecke Meran-Bozen besteht derzeit ein Halbstundentakt, der wie folgt aufgebaut ist: Stundentakt Meran-Bozen-Brenner alle Tage und ein Stundentakt Meran-Bozen werktags. Die Haltestelle Bozen-Kaiserau wird in dieser Zeit mit 17 von insgesamt 30 Zugpaaren bedient, welche auf dieser Linie zirkulieren, da dieser Halt von RFI nur für den Stundentakt Meran-Bozen-Brenner genehmigt wurde. Ab 15. Dezember 2015, nämlich in sechs Monaten, wenn die Fahrpläne umgestellt werden, wird der Halt Kaiserau auch noch zusätzlich von zwei Zügen in den Stoßzeiten bedient.

Bezüglich der Züge, welche werktags von Montag bis Samstag mit Ankunft in Bozen in der Minute 26 und Rückfahrt von Bozen-Meran in der Minute 35 zirkulieren, hat RFI die Anfrage eines weiteren Haltes in Kaiserau immer abgelehnt, da es nicht möglich ist, die Strecke von Sigmundskron bis Bozen innerhalb 10 bis 11 Minuten zu fahren und eine weitere Haltestelle einzuführen, außer jene, die schon vorgesehen ist und sehr stark benützt wird, nämlich jene von Bozen-Süd. Seit der Aktivierung des Fahrplanes im Dezember 2014 bis zum 31. Mai 2015 ist die Pünktlichkeit/Verspätung innerhalb von 5 Minuten der Züge mit Ankunft in Bozen zur Minute 35 niedriger als 89 Prozent. Durchschnittlich haben wir in Südtirol eine Quote von 94 Prozent der Züge, die pünktlich fahren. Dies ist ein weiterer Hinweis dafür, dass die Bewertungen von RFI richtig waren und eine zusätzliche Einführung von Haltestellen, ohne Änderung der Infrastrukturen, nur weitere Verspätungen mit sich bringen würden. Dies wäre momentan auch nicht akzeptabel. Man muss zugeben, dass die Meraner Linie sehr verspätungsanfällig ist, und zwar aus den Gründen, die wir bereits diskutiert und besprochen haben.

Um die Haltestelle Kaiserau alle drei Minuten bedienen zu können und die Regelmäßigkeit der Meraner Linie auf das Niveau der restlichen Südtiroler Bahnlinien zu bringen, bräuchte es die Erweiterung eines zweiten Gleises mit Begradigung der Linie und Erhöhung der Geschwindigkeit auf der Strecke zwischen Terlan und Sigmundskron – diesbezüglich hat es bereits Lokalausweise gegeben - sowie auch die Möglichkeit, dass die Meraner Linie ein eigenes unabhängiges Gleis für die Einfahrt in den Bahnhof von Bozen bekommt, wie wir bereits gesagt haben.

Die Projektierung dieser Maßnahmen sind im Einvernehmen mit RFI vom 4. Mai 2015 schon festgeschrieben, mit dem Ziel, die Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit der Bahnlinie Meran-Bozen zu erhöhen, um alle Halte, auch Kaiserau, Vilpian und Siebeneich im Halbstundentakt beginnen zu können.

Sie haben bereits eine Zahl genannt: 2014 waren es 31.450 Entwertungen. Durchschnittlich sind das 86 pro Tag in Kaiserau, heuer 3.000 pro Monat, was im Jahr 2015 35.000 ausmachen wird und eine Erhöhung von 12 Prozent bedeutet. In Bozen-Süd gab es 2014 zum Beispiel 185.580 Entwertungen durchschnittlich, also 508 am Tag und in Sigmundskron waren es 94.950 Entwertungen, durchschnittlich 260 am Tag, wobei Kaiserau zirka 86 Entwertungen pro Tag aufweist.

Aus diesen Gründen ersuche ich, diesen Beschlussantrag zurückzuziehen oder ansonsten dagegen zu stimmen, weil diesbezüglich bereits alles gemacht worden ist. Man hat versucht zu intervenieren, sowohl intern als auch mit RFI, aber es war nicht möglich, dies zu machen. Das Problem wird definitiv angegangen werden, wenn diese infrastrukturellen Angriffe auch angegangen und erledigt werden.

**PRÄSIDENT:** Angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit schlage ich vor, dass der Kollege Köllensperger morgen repliziert. Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Danke die Sitzung ist geschlossen.*

**Ore 17.59 Uhr**



**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ARTIOLI (8, 31, 34, 46)

ATZ TAMMERLE (10, 23, 42, 70)

BIZZO (46)

BLAAS (39, 40, 64)

DEEG (71)

DELLO SBARBA (7, 43, 55, 56)

FOPPA (1, 27, 37, 38, 46, 63, 68, 76)

HEISS (9, 24, 32)

HOCHGRUBER KUENZER (46)

KNOLL (5, 19, 28, 32, 42, 55)

KÖLLENSPERGER (40, 69, 75)

LEITNER (6, 25, 44, 53, 59, 60, 61, 70)

MAIR (9, 58, 70)

MUSSNER (77)

NOGGLER (69)

PÖDER (30, 31, 41, 47, 56, 63, 67, 76)

SCHIEFER (25, 43)

STEGER (7, 22, 45, 57, 61, 63)

STIRNER (24, 33, 69)

STOCKER M. (11, 33, 58, 62)

STOCKER S. (26, 68)

THEINER (27)

TSCHURTSCHENTHALER (44)

URZÌ (4, 12, 23, 56, 57, 63)

ZIMMERHOFER (26, 66, 73)